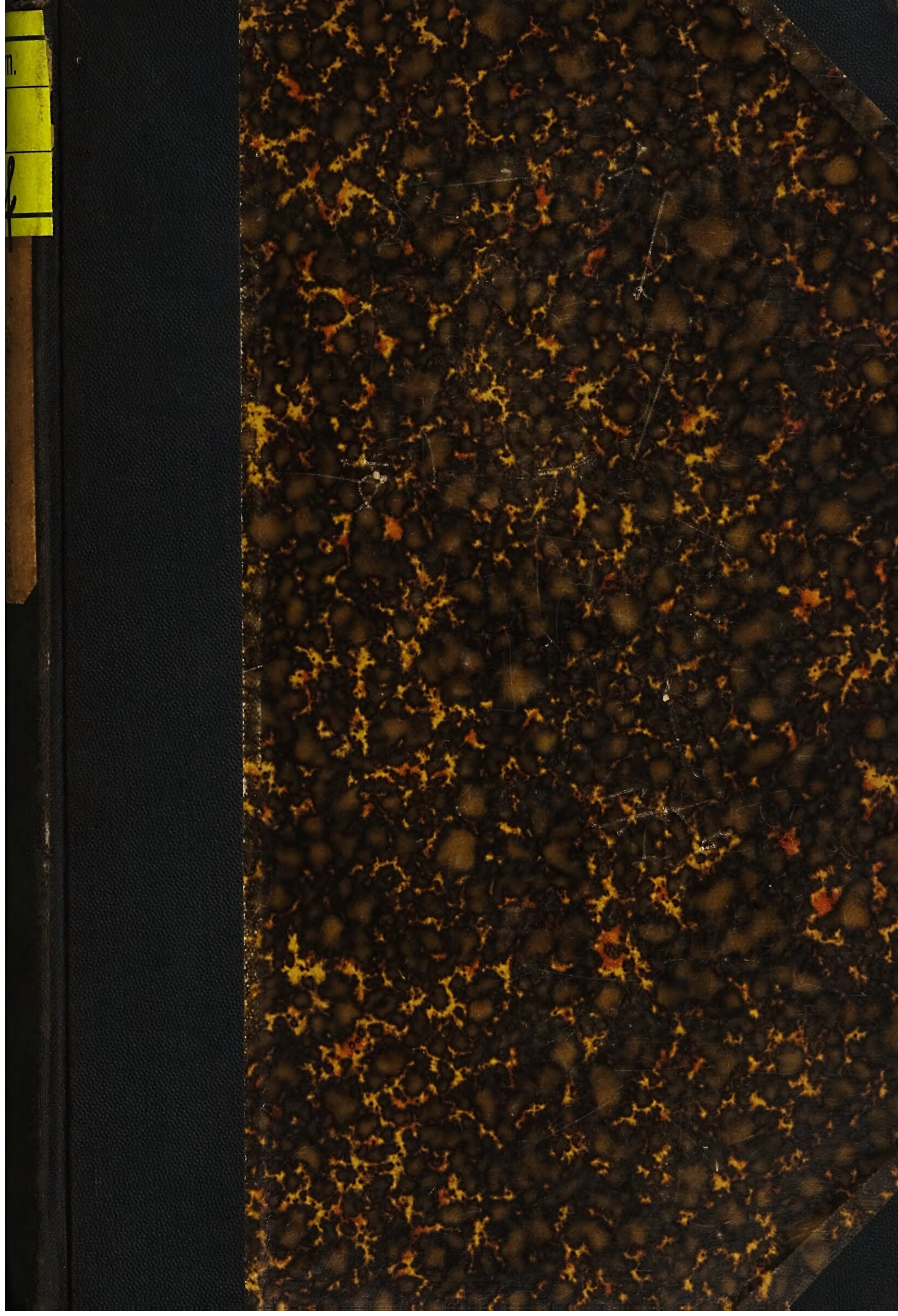




Crim.

Badler,

9 df



Der Begriff
des
politischen Delikts
nach
schweizerischer Gesetzgebung und Praxis.

Inaugural-Dissertation
zur
Erlangung der juristischen Doktorwürde
vorgelegt der
staatswissenschaftlichen Fakultät
der
Universität Zürich
von
Reinhold Bader
von Regensdorf (Ktn. Zürich).

Zürich
Druck von ED. LEEHMAN (vormals E. Herzog)
1894.



DEM
HERRN PROF. D^R GUSTAV VOGT
MEINEM HOCHVEREHRTEN LEHRER
IN DANKBARKEIT
GEWIDMET.



I. Teil.

I. Teil.

Allgemeine Einleitung.

Im ersten Kapitel dieser Einleitung, welches die §§ 1—4 umfasst, ist es uns hauptsächlich darum zu thun, in kurzen Zügen einen *historischen Ueberblick* über die politischen Delikte zu geben, zu welchem Zwecke wir dieselben betrachten:

1. im römischen Recht,
2. im germanischen Recht,
3. im gemeinen Recht, und endlich
4. den Stand der modernen Gesetzgebung.

Es ist uns hiebei insbesondere daran gelegen, zu zeigen, wie verschieden die politischen Verbrecher zu den verschiedenen Zeiten behandelt wurden, und welche Ausdehnungen und Einschränkungen der Begriff des politischen Delikts im Laufe der Zeit erfahren hat.

Das zweite Kapitel ist den *modernen Begriffsbestimmungen* des politischen Verbrechens gewidmet.

I. Kapitel.

Historisches.

§ 1.

Römisches Recht ¹⁾).

Die Verbrechen im ältern römischen Strafrecht reihen sich um zwei Grundbegriffe, nämlich um *perduellio* und *parricidium*. Die römische perduellio ist die Wurzel des heutigen Hochverrates und der Ausgangspunkt für die Entwicklung der politischen Delikte; an das parricidium dagegen lehnt sich die grosse Gruppe der gemeinen Verbrechen an.

I. Zur *Königszeit* (753—510 a. Chr. n.) begreift die perduellio sowohl den Hochverrat als den Landesverrat, jedoch unterschied man an ihr eine äussere und eine innere Seite.

a) Die *innere* perduellio, auch perduellio *im engern Sinne* des Wortes, besteht in denjenigen Verbrechen, welche dahin zielen, den Umsturz der bestehenden Staatsgewalt herbeizuführen und die bestehende Verfassung gewaltsam gänzlich oder teilweise zu verändern. Es sind dahin zu zählen: Staatsumwälzung, Königsmord und Nachstellung gegen das Leben des Königs.

¹⁾ Vergl. *Köstlin*: Die perduellio unter den römischen Königen, 1841. *Rein*: Das römische Kriminalrecht von Romulus bis auf Justinian, 1844. *Weiske*: Hochverrat und Majestätsverbrechen des crimen majestatis der Römer, 1836. *Bernhöft*: Staat und Recht der römischen Königszeit, 1882. *Brunnenmeister*: Das Tötungsverbrechen im altrömischen Recht, 1878.

b) Die *äussere* Seite der *perduellio*, eigentlich *proditio* genannt, begreift den Landesverrat. Des Landesverrates machte sich derjenige Staatsbürger schuldig, welcher einen äussern Feind im Kriege gegen Rom unterstützte und das römische Gemeinwesen einem fremden Staate einzuverleiben trachtete.

Ueber diese Verbrechen entschieden die Centuriatcomitien und belegten sie mit der Todesstrafe ¹⁾.

II. Mit der Einführung der *Republik* (510—31 a. Chr. n.) erlitt der Begriff der *perduellio* einige Veränderungen. Es fielen diejenigen Bestimmungen aus dem Perduellionsgesetze aus, die auf den Schutz des Königs Bezug hatten, und es traten in deren Lücke Modifikationen und Ergänzungen, welche der neuen Verfassung angemessen waren. Solche Neuerungen brachten insbesondere die *leges sacratae* und die *leges Valeriae*. Zur *innern perduellio* rechnete man noch folgende strafbare Handlungen: Streben nach Alleinherrschaft, staatsgefährliche nächtliche Zusammenkünfte, Anmassungen obrigkeitlicher Gewalt und Missbrauch derselben, unerlaubtes Eingreifen in die Rechte der Magistrate. Zur *äussern perduellio* oder *proditio* zählte man verräterische Ueberlieferungen von Land und Leuten, Uebergehen zum Feind, Unterstützung des Feindes durch Spionieren und Zufuhr von Lebensmitteln, Entlassung von feindlichen Geiseln, Aufregung eines fremden Volkes zum Kriege.

In dieser Periode steht die Bestrafung der politischen Verbrechen den Centuriat- und den Tributcomitien zu, nicht dagegen den Curiatcomitien.

¹⁾ Liv. I, 26. Dion. II, 56.

Für diese Verbrechen war die *aquæ et ignis interdictio* die gesetzliche Strafart, doch kam auch zeitweise die Todesstrafe zur Anwendung.

III. Zur *Zeit der Kaiser* und zum Teil schon am Ende der Republik wurden alle Perduellionshandlungen in den Begriff des *crimen majestatis* hineingezogen. Das *crimen majestatis* ist ein Vergehen, durch welches die Majestät des römischen Volkes und Staates und in der Kaiserzeit insbesondere die des Kaisers angetastet und beeinträchtigt wird. Das erste Majestätsgesetz war die *lex Apuleia* vom Jahre 102 a. Chr. n., welcher unter Sullas Diktatur (81 oder 80 a. Chr. n.) die *lex Cornelia* folgte. Eine Vervollständigung und Erneuerung der *lex Cornelia* ist die *lex Julia*, welche von Julius Cæsar erlassen wurde. Von dieser *lex Julia* stammen wahrscheinlich die im *Corpus juris* unter dem Titel: „*Ad legem Juliam majestatis*“ angeführten Fragmente ¹⁾. Der Grundgedanke dieser *lex* ist der Begriff der geminderten *majestas*, d. h. der Beeinträchtigung der Hoheit und Würde des *populus Romanus* und später des *princeps*. Treffend sagt *Ulpian*: *Majestatis crimen autem illud est, quod adversus populum Romanum vel adversus securitatem eius committitur* ²⁾. Die in der *lex Julia* verpönten Handlungen sind insbesondere Ueberlieferung von Land und Leuten an den Feind ³⁾, Unterstützung des Feindes in der Kriegsführung ⁴⁾, Entlassen von Geiseln der Feinde ⁵⁾, Desertieren ⁶⁾, Aufruhr und

¹⁾ D. ad. leg. Jul. majest. 48, 4.

²⁾ l. 1, § 1 eod.

³⁾ l. 4 pr. D. eod.

⁴⁾ l. 1, § 1 eod.

⁵⁾ l. 1, l. 3 eod.

⁶⁾ l. 3 eod.

Volksaufstand ¹⁾ etc. Die in dieser lex angedrohte Strafe bestand in der aquæ et ignis interdictio.

Die *lex Julia* bildete nun die ganze Kaiserzeit hindurch die Grundlage für die Bestrafung der politischen Delikte, und es fehlte nicht daran, alles was politisch bedenklich schien, unter den Standpunkt der bedrohten Majestät zu stellen. Objekt der Majestätsverbrechen war nun in erster Linie der Kaiser, und die Geschichte weiss von vielen grausamen Imperatoren zu berichten, die dem Begriff des *crimen majestatis* die unschuldigsten Handlungen unterstellten. So wurde z. B. das Tragen von purpurenen Kleidern, der Gebrauch der Purpurtinte, das Umkleiden in der Nähe der kaiserlichen Statue etc., als politisches Verbrechen bestraft. Doch fehlte es auch nicht an guten Herrschern, welche die politischen Verbrechen mit aller Milde behandelten und mit Recht sich rühmen konnten, nicht durch das Majestätsgesetz regiert zu haben. Dem trefflichen *Titus* (79—81) wird sogar nachgerühmt, nie eine Majestätsklage angenommen und nach Entdeckung einer Verschwörung die Teilnehmer durch Grossmut entwaffnet zu haben. Auch der Kaiser *Theodosius III.* muss hier erwähnt werden, welcher durch die *constitutio* vom Jahr 393 die grosse Härte in Beziehung auf die Schmähschriften und Schmähreden gegen den Kaiser auf das richtige Mass zurückführte ²⁾.

Die Strafen, welche in dieser Periode über Majestätsverbrecher verhängt wurden, waren harte. Die Todesstrafe war die Regel und das Exil eine milde Strafart. Die Nicht-Konfiskation der Güter bildete eine Aus-

¹⁾ l. 1, § 1 eod.

²⁾ l. un. C.; 9, 7.

nahme, denn nur milde Herrscher eigneten sich das Vermögen der Verurteilten nicht an. In schweren Fällen gieng die Strafe der Majestätsverbrecher auch auf die Söhne und Töchter über und es bestimmt die Lex 5 § 1 C., 9, 8 wie folgt: Die Kinder derselben aber, denen wir aus kaiserlicher Gnade das Leben besonders schenken (denn sie müssten eigentlich durch die Strafe ihrer Väter mit ums Leben kommen, indem von ihnen Beispiele des väterlichen, d. h. des ererbten Verbrechens zu besorgen sind), sollen von der mütterlichen oder grossmütterlichen und endlich von der Erbschaft und der Beerbung aller Verwandten ausgeschlossen werden, aus den Testamenten fremder Personen nichts erwerben, sollen ewig in Dürftigkeit und Armut leben und die väterliche Schande unaufhörlich auf ihnen ruhen, zu keinen Ehren und keinem Eide zugelassen werden, und endlich in der Lage sein, dass ihnen in steter Entbehrung schmachkend, der Tod ein Trost und das Leben eine Strafe sei.

Der Prozess, der einem Majestätsverbrecher gemacht wurde, war ein rascher; ja bei factio und seditio wurde die Strafe sogleich vollzogen. Eine Appellation wurde nicht zugelassen, und die Bestätigung der Todesstrafe durch den Kaiser war nicht nötig ¹⁾. Ein Beispiel liefert uns die schleunige Hinrichtung *Jesu Christi* ²⁾.

§ 2.

Germanisches Recht.

I. Im altgermanischen Recht bedeutete jede Missethat, die gegen den Einzelnen verübt wurde, ein Bruch

¹⁾ l. 6, § 4 D. de injust. rupt. 28, 3.

²⁾ Vergl. *Vargte*: Die Verteidigung in Strafsachen, pag. 14 ff.

des Gemeinfriedens und wurde als ein gegen das Gemeinwesen verübtes Unrecht bestraft ¹⁾. An dieser Stelle jedoch sind nur diejenigen Verbrechen zu betrachten, welche unmittelbar gegen den Staat begangen werden. Die wichtigsten dieser Verbrechen sind Verrat an Land und Volk und an dem König. Eine Unterscheidung zwischen Hochverrat und Landesverrat kannte man noch nicht; man begnügte sich mit den beiden Begriffen der *Treulosigkeit* und des *Verrates*. Des Verrates machte sich schuldig, wer Feinde gegen sein Land und Volk erweckte oder solche in ihren kriegerischen Unternehmungen unterstützte. Als treulos galt derjenige, der sein Heer auf der Fahrt verliess, aus dem Kampfe floh oder ohne seinen Schild aus der Schlacht zurückkehrte. Verräter und Ueberläufer wurden mit dem Tode bestraft ²⁾ und die Treuebrecher ehrlos erklärt ³⁾.

II. Wie früher das römische crimen majestatis in das kanonische Recht aufgenommen worden war, so wurde es auch in Deutschland recipiert und fand seine Aufnahme in der *goldenen Bulle* (Cap. XXIV) vom Jahre 1356. Dasselbe wurde als auf die Person des Kaisers und der Kurfürsten anwendbar erklärt und später auf alle übrigen Landesherren ausgedehnt ⁴⁾. Auch die *Bambergensis* nahm römisches Recht auf, indem sie in Art. 132 und 133 das crimen læsæ maje-

¹⁾ *Wilda*: Strafrecht der Germanen, 1842, pag. 984. *Schröder*: Deutsche Rechtsgeschichte, 1889, pag. 70 ff. *Brunner*: Deutsche Rechtsgeschichte I, pag. 156 ff. und II, pag. 536 ff.

²⁾ Tacit. Germ. c. 12.

³⁾ Tacit. Germ. c. 6 und 14. Näheres hierüber siehe insbesondere bei *Brunner*: Deutsche Rechtsgeschichte, Bd. II, pag. 685—690.

⁴⁾ Anderer Ansicht ist *Wilda*: a. a. O. pag. 991.

statis behandelt und der Art. 135 von der prodito spricht. Die *Carolina* dagegen recipierte das Majestätsverbrechen nicht, wohl aber die Bestimmungen über die Verrätereie ¹⁾, welche jedoch grössten Theils deutschrechtlichen Ursprungs sind, was schon aus der Strafe der Vierteilung hervorgeht, die auf dieses Verbrechen gesetzt war.

Der Unterschied der politischen von allen übrigen Delikten, besteht im deutschen Recht darin, dass sie als todeswürdige Verbrechen ausserhalb des Compositionensystems liegen, d. h. dass sie nicht durch Zahlung einer Geldsumme von Seiten des Delinquenten gesühnt werden konnten. Die todeswürdigen Verbrechen wurden unter dem Ausdrücke „*Neidingswerke*“ zusammengefasst.

§ 3.

Gemeines Recht. ²⁾

Die peinliche *Halsgerichtsordnung* Karls V. bestätigte teilweise das römische Recht als gemeines Recht, behielt jedoch viele germanische Gewohnheiten bei und wurde durch die Verschmelzung des römischen und deutschen Rechts die selbständige Grundlage eines neuen gemeinen Rechts. Dennoch fanden die politischen Delikte in diesem neuen Rechte keine bestimmte Abgrenzung. Das *crimen læsæ majestatis* erhielt wieder jene grosse Ausdehnung wie im römischen Recht, während der Begriff des Verrates immer mehr zurückgedrängt wurde. Ueber die Anwendung des *crimen*

¹⁾ C. C. C. Art. 124.

²⁾ Vergl. *Hepp*: Die politischen Verbrechen nach gemeinem Recht, 1846. *Zirkler*: Die gemeinrechtliche Lehre von Majestätsverbrechen und Hochverrat, 1838. v. *Borch*: Einfluss des römischen Strafrechts auf Gefolgschaft und Majestätsverbrechen in Deutschland.

laesae majestatis herrschte lange Zeit Streit, obwohl diese Frage früher schon von *Carpzow* zu Gunsten aller Landesfürsten entschieden worden war.

Als politische Verbrechen galten insbesondere: Verrat an Land und Leuten oder am Staatshaupte, Entthronung, Tötung oder Gefangennehmung des Regenten, rechtswidrige Vernichtung der Staatsverfassung und Umwälzung der Regierungsform, Verletzung der Majestät des Regenten durch Injurien etc.

Die Strafe für schwere politische Delikte war das Vierteilen und bei Weibern das Ertränken ¹⁾; das Vermögen des Thäters erhielt der Fiskus und seines Namens Gedächtnis wurde verflucht.

Am Ende des vorigen Jahrhunderts, als durch alle Gebiete und insbesondere durch dasjenige der Rechtswissenschaft ein neuer Geist wehte, gelang es auch das Strafrecht von der alten und lähmenden Herrschaft des *crimen majestatis* zu befreien. Man trennte nun Hochverrat und Landesverrat klar und bestimmt von einander und zog den Majestätsbeleidigungen schärfere Grenzen. Dies fand insbesondere seinen Ausdruck im allgemeinen preussischen Landrecht.

§ 4.

Die Landesgesetzgebungen.

I. Seit der Mitte des 18. Jahrhunderts wurden in den meisten Ländern Landesstrafgesetzgebungen erlassen ²⁾. Ihre Entstehung verdanken dieselben der wiedererwachenden Lebenskraft der deutschen Rechtswissen-

¹⁾ C. C. C. Art. 124.

²⁾ Vergl. *Berner*: Die Strafgesetzgebung in Deutschland vom Jahr 1751 bis zur Gegenwart. Leipzig 1867.

schaft. Der strafrechtliche Grundsatz „nullum crimen, nulla poena sine lege“ stammt aus dieser Zeit, und so kam es denn, dass in Zukunft der Richter nur die Handlung als politisches Verbrechen bestrafen konnte, welche das Gesetzbuch als solches bezeichnete. Da man die politischen Delikte immer noch als die gefährlichsten und strafbarsten Handlungen erachtete, definierte man dieselben mit der grössten Ausführlichkeit. Daher erklärt sich der grosse Raum, den die politischen Verbrechen in den älteren Gesetzbüchern einnehmen.

Die ältesten dieser Landesgesetze sind:

1. *Der Codex juris Bavarici criminalis* vom 7. Okt. 1751.
2. *Die Constitutio criminalis Theresiana* v. 31. Dez. 1768.
3. *Das Strafgesetzbuch Josephs II.* vom 13. Jan. 1787.
4. *Das Strafrecht des allgemeinen preussischen Landrechts* vom 1. Juni 1794.

Die politischen Verbrechen stehen in diesen Gesetzbüchern an der Spitze. Von besonderer Bedeutung ist das preussische Landrecht, welches genau zwischen Hochverrat und Landesverrat unterscheidet. Der Landesverrat ist definiert als „ein Unternehmen, wodurch der Staat gegen fremde Mächte in äussere Gefahr und Unsicherheit gesetzt wird“, und vom Hochverrat wird gesagt, derselbe ziele auf eine gewaltsame Umwälzung der Verfassung des Staates oder auf das Leben oder die Freiheit seines Oberhauptes ab. Sämmtliche dieser Kodifikationen drohen für diese Verbrechen die grausamsten Strafen an, und um dies zu belegen, bemerken wir nur, dass nach der *Constitutio Theresiana* die Hinrichtung eines Weibes erst erfolgen konnte nach vollzogener „Zwickung mit glühenden

Zangen an den Brüsten“! Einige dieser Gesetzbücher erklären die politischen Delikte auch als unverjährbar.

II. Von den neuern Landesgesetzen sind insbesondere folgende zu merken, welche bei dieser Arbeit zur Vergleichung mit dem schweizerischen Rechte öfters zugezogen wurden.

1. *Das preussische Strafgesetzbuch* vom 14. April 1851.
2. *Das sächsische Strafgesetzbuch* vom 11. Aug. 1855.
3. *Das bayrische Strafgesetzbuch* vom 10. Nov. 1861.
4. *Das Strafgesetzbuch für das deutsche Reich* vom 15. Mai 1871.
5. *Das österreichische Strafgesetzbuch* vom 27. Mai 1852.
6. *Der französische Code pénal* vom 2. Febr. 1810.
7. *Der italienische Codice penale* vom 30. Juni 1884.

Diese neueren Kodifikationen haben vor den älteren grosse Vorzüge, und der grösste Vorzug muss wohl darin gesehen werden, dass sämtliche für alle Verbrechen die qualifizierten Todesstrafen abgeschafft haben. Die französische Verfassung vom 4. November 1848 hob sogar die Todesstrafe für politische Verbrechen auf, und das ausgezeichnete italienische Strafgesetzbuch kennt diese Strafart überhaupt nicht mehr.

II. Kapitel.

Neuere Begriffsbestimmungen des politischen Verbrechens.

§ 5.

Die politischen Verbrechen im engeren Sinne ¹⁾.

Man hat bei den politischen Verbrechen zu unterscheiden:

1. *Die politischen Verbrechen im engeren Sinne*, auch *absolut politische Delikte* genannt, und

2. *Die politischen Verbrechen im weitern Sinne*, oder die *relativ politischen Delikte*.

Die politischen Verbrechen im engeren Sinne, mit denen wir uns zuerst beschäftigen, sind solche strafbare Handlungen, welche direkt gegen den Staat oder dessen Organe in ihrer staatlichen Eigenschaft unternommen werden. Die Strafgesetzbücher bezeichnen diese Delikte als „Verbrechen gegen den Staat und die öffentliche Ordnung“ ²⁾. Wie wir oben gezeigt haben, galten sie früher für die schwersten Verbrechen und bildeten auch Gegenstand der gegenseitigen Auslieferung. Die politischen Verbrechen im engeren Sinne bezwecken nicht den Umsturz jeder staatlichen Ordnung überhaupt, sondern bloss einer speziellen Form derselben. Es sind also die Anarchisten keine poli-

¹⁾ *Lammasch*: Auslieferungspflicht und Asylrecht. Leipzig 1887, pag. 215 ff.

²⁾ So auch das zürcherische Strafgesetzbuch: Zweite Abteilung, erster Titel.

tischen Verbrecher, wohl aber die russischen Nihilisten ¹⁾).

Durch die absolut politischen Verbrechen kann entweder die äussere oder die innere Sicherheit des Staates untergraben werden. Hierauf beruht die Einteilung der politischen Delikte des Code pénal, welcher unterscheidet zwischen den crimes et délits contre la sûreté extérieure und denjenigen contre la sûreté intérieure de l'Etat ²⁾).

Die politischen Verbrechen im engeren Sinne des Wortes begreifen:

1. den Hochverrat,
2. den Landesverrat,
3. die Majestätsbeleidigungen,
4. die Verbrechen gegen die staatlichen Einrichtungen und die staatsbürgerlichen Rechte,
5. die Verbrechen gegen die völkerrechtlichen Verhältnisse der Staaten.

Zu den in letzter Linie angeführten Delikten gehört insbesondere die öffentliche Beschimpfung eines fremden Volkes oder einer fremden Regierung.

Wegen dieser Klasse von Verbrechen findet nach dem geltenden Recht aller Staaten eine Auslieferung nicht statt.

¹⁾ Vergl. *Soldan*: L'extradition des criminels politiques, pag. 15. Derselbe sagt u. a.: „Les délits politiques, en effet, sont moins dirigés contre les bases mêmes de la société que contre l'ordre établi; moins contre le gouvernement en lui-même que contre sa forme et contre ceux qui l'exercent.

²⁾ Code pénal: liv. III, tit. I, chap. 1, rect. 1 et 2.

§ 6.

Die politischen Verbrechen im weiteren Sinne.

Die Aufstellung von Strafbestimmungen gegen politische Verbrechen bezweckt sowohl die Aufrechterhaltung der allgemeinen Ordnung, als den Schutz der herrschenden Macht. Missbraucht nun die herrschende Macht das politische Strafrecht, sei es zur Erhaltung ihrer Herrschaft, sei es zur Unterdrückung der Freiheit und Rechte des Volkes, so treten die relativ-politischen Delikte auf, d. h. gemeine Verbrechen mit politischem Zweck und Motiv.

Eine nicht unbedeutende Anzahl von Lehrern des Strafrechts und des öffentlichen Rechts haben in jüngster Zeit versucht diese Verbrechensart von den gemeinen Delikten scharf abzugrenzen, und für sie eine genaue Definition aufzustellen. Indessen ist dies trotz vieler Mühe bis heute nicht geglückt; es ist keine Definition gegeben worden, welche eine allgemeine Anerkennung gefunden hätte ¹⁾, und doch ist die Bestimmung des Begriffs des politischen Verbrechens als dringende wissenschaftliche Aufgabe erklärt worden, von deren Lösung man die Beantwortung wichtiger politisch-strafrechtlicher Fragen und leitende Grundsätze für die Praxis erwartet ²⁾.

Hören wir nun die Definitionen verschiedener Juristen ³⁾.

¹⁾ Vergl. v. Bar: *Revue du droit intern.*, Bd. IX, pag. 10; und Teichmann, in derselben Zeitschrift, Bd. XI, pag. 488.

²⁾ Pfenninger: Referat in der XVIII. Jahresversammlung des schweiz. Juristenvereins zu Bern, pag. 33 und 34.

³⁾ Eine beinahe erschöpfende Zusammenstellung der verschiedenen Definitionen giebt Löwenfeld in der Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft, Bd. V, pag. 56 ff.

Rossel sagt: „Man betrachtet allgemein als politisches Delikt jede Handlung, welche auf politischen Motiven beruht“ ¹⁾.

Reinhold Schultz: „Das politische Motiv sieht man meist als das eigentliche Merkmal des politischen Verbrechens an“ ²⁾.

Hugo Meyer: „Eine sehr schwankende Bedeutung hat der Ausdruck politische Delikte, unter dem man in der Regel diejenigen Delikte versteht, deren Begehung entweder im gegebenen Fall oder meistens auf politischen Beweggründen beruht“ ³⁾.

Auf einem ganz ähnlichen Standpunkte stehen *Billot* ⁴⁾, *Deloume* ⁵⁾, und *v. Bar* ⁶⁾, welch' letzterer „nur diejenigen strafbaren Handlungen, welche erweislich aus der Tendenz entspringen, den Staat oder dessen Einrichtungen in ungesetzlicher Weise umzugestalten, oder welche als eine, wenn auch die formellen Schranken der Verteidigung gegen formell ungesetzliche oder den Grundprincipien der Gerechtigkeit und Billigkeit widersprechende Akte der Staatsgewalt“ erscheinen, als politische Verbrechen betrachtet.

Die bis jetzt erwähnten Schriftsteller legen mehr oder weniger auf die subjektiven Momente, d. h. auf Zweck und Motiv das Hauptgewicht. Diese subjektive Theorie hat jedoch vielfache Anfechtung erfahren

¹⁾ *Rossel*: Les traités d'extradition de la Suisse, pag. 13.

²⁾ *Reinhold Schultz*: Der Widerstand gegen die auswärtige Staatsgewalt, pag. 19.

³⁾ *Hugo Meyer*: Lehrbuch d. deutschen Strafrechts, pag. 641.

⁴⁾ *Billot*: Traité de l'extradition, Paris 1874, pag. 102.

⁵⁾ *Deloume*: Principes généraux du droit international, Toulouse 1882, pag. 147.

⁶⁾ *v. Bar*: Das internat. Privat- und Strafrecht, pag. 595.

und die Mehrzahl der Schriftsteller sucht den Begriff nun objektiv zu bestimmen.

So sagt *v. Liszt*: „Nach der richtigen, mehr und mehr sich bahnbrechenden Ansicht gehören hierher alle vorsätzlichen, gegen Bestand und Sicherheit des Staates, sowie gegen das Staatsoberhaupt und die politischen Rechte der Staatsbürger (nicht gegen die Staatsverwaltung) gerichteten Verbrechen“ ¹⁾.

Hoseus bestimmt den Begriff wie folgt: „Entscheidend ist es, dass die Handlung entweder begrifflich und unmittelbar, oder indem sie als Mittel dient, auf den Zweck eines Angriffes gegen den Staat und seine Institutionen gerichtet ist, wobei es sich von selbst versteht, dass dieser Angriff auch in die Form des Widerstandes gekleidet sein kann“ ²⁾.

Bluntschli sagt: „Das politische Verbrechen ist in der Mehrzahl der Fälle ausschliesslich gegen die Verfassung oder die Regierung eines bestimmten Volkes und Landes gerichtet“ ³⁾,

und *Brusa*: „Politische Verbrechen sind Angriffe gegen den Staat als politische Organisation und jeder seiner Gewalten“ ⁴⁾.

Fiore führt diesen Gedanken noch weiter aus: „Die politischen Delikte sind diejenigen,, welche die Ordnung stören, die durch die Fundamentalgesetze des Landes gegeben ist, die Verteilung und die Grenzen

¹⁾ *v. Liszt*: Lehrbuch des Strafrechts, IV. Aufl., pag. 114.

²⁾ *Hoseus*: „Der Grundsatz der Nichtauslieferung politischer Verbrecher“, in Schmollers Jahrbuch, Bd. I, pag. 1058.

³⁾ *Bluntschli* in der Revue des droits int., Bd. XIII, pag. 73.

⁴⁾ *Brusa*: Del delitto politico in Ferris Archivio, 2. Jahrg., pag. 87; bei Löwenfeld, a. a. O., pag. 60.

der öffentlichen Gewalten, die socialen Einrichtungen und die daraus sich ergebenden Rechte und Pflichten“¹⁾.

Endlich folgen noch einige Schriftsteller, welche ganz eigentümliche Auffassungen von dem Begriff des politischen Verbrechens haben.

Schirach ²⁾ unterscheidet bei den öffentlichen Verbrechen:

1. Das *sociale* Verbrechen — Bruch des gesellschaftlichen Friedens — Weltfriedensbruch;
2. Das *nationale* Verbrechen, Volksverrat;
3. Die *politischen* Verbrechen, und zwar:
 - a) gegen die Staatsverfassung,
 - b) gegen die Organe der drei Staatsgewalten in dieser Eigenschaft.

Fröbel ³⁾ leugnet die Existenz politischer Verbrechen. „Gefangene Angehörige einer aufständischen Partei“ sagt er „sind Gefangene nach Völkerrecht, nicht nach Staats- und Strafrecht; denn um es kurz zu sagen — Hochverrat und überhaupt politische Verbrechen gibt es nicht“.

Diese Ansicht scheint indes nicht viele Anhänger gefunden zu haben.

Der grosse Staatsrechtslehrer *Franz v. Holtzendorff* anerkennt zwar die politischen Verbrechen, doch hält er es für unmöglich, für sie eine wissenschaftliche Definition zu finden. Er sagt wörtlich: „Die Grenzlinie zwischen politischen und gemeinen Verbrechen lässt sich weder durch wissenschaftliche Definitionen

¹⁾ Bei *Teichmann*: a. a. O., pag. 490.

²⁾ *Schirach*: Ueber politische Verbrechen, im Archiv des Kriminalrechts; Neue Folge, Jahrg. 1851, Beilageheft, pag. 65.

³⁾ *Fröbel*: System der socialen Politik, Mannheim 1847, pag. 247 ff.

noch durch einen allgemeingültigen Gesetzesausdruck zum Zweck der Vertragschliessung feststellen“ ¹⁾).

Nach *Holtzendorff* soll also im einzelnen Fall untersucht werden, ob ein *politisches* oder *gemeines* Verbrechen vorliege. Diese Ansicht scheint auch bei uns in der Schweiz Anhänger gefunden zu haben. Die von *Pfenninger* an der Versammlung des schweiz. Juristenvereins aufgestellte These 3 lautet: „Weder das Rechtsgut noch das politische Objekt, weder Absicht noch Motiv, noch der Ursprung in der Insurrektion können einseitig und ausschliesslich den Begriff bestimmen; vielmehr ist er aus dem Ganzen, nach den Regeln der Erfahrung in Würdigung der speziellen Lage zu finden“ ²⁾).

Auch durch *Exemplifikation* und *Specifikation* wurde versucht den Begriff des politischen Verbrechens zu definieren ³⁾. Auch auf diese Weise gelangte man zu keinem richtigen Resultat, denn es glückte nicht, das politische Delikt erschöpfend zu bestimmen, und es ist daher wohl das Beste, auf derartige Versuche von vornherein zu verzichten ⁴⁾.

Der Vollständigkeit halber sei hier auch die Theorie von *Lombroso* erwähnt, nach welcher dem politischen Verbrecher ein Uebermass von Altruismus eigen sein

¹⁾ *v. Holtzendorff*: Die Auslieferung der Verbrecher und das Asylrecht, Berlin 1881, pag. 57.

²⁾ *Pfenninger*: a. a. O., pag. 101.

³⁾ So insbesondere *Haus*: Principes généraux du droit pénal Belge, pag. 241 ff. und *Teichmann* in der Revue intern., Jahrgang 1871.

⁴⁾ Dieser Ansicht ist auch *Homberger*: Der Begriff des politischen Deliktes und dessen Verwertung im materiellen Strafrechte des deutschen Reiches, München 1893, pag. 73.

soll. Wir können jedoch hierauf nicht näher eintreten, weil eine solche Theorie u. E. juristisch absolut unbrauchbar ist ¹⁾).

In den zwischen den einzelnen Staaten abgeschlossenen Auslieferungsverträgen ist der Begriff des politischen Verbrechens ein sehr dehnbarer. Dieses Merkmal ist von grosser Bedeutung, weil damit in jedem einzelnen Falle es dem um die Auslieferung ersuchten Staat überlassen sein soll, zu entscheiden, ob ein politisches Verbrechen vorliege oder nicht.

§ 7.

Die Bestimmung des politischen Verbrechens nach innern und äussern Umständen.

Das politische Verbrechen ist ein Delikt, das mit der Politik eines Landes, wie mit dessen Einrichtungen und sozialen Zuständen im engsten Zusammenhang steht. Erst aus den politischen Verhältnissen gelangt das politische Verbrechen zu seiner Bedeutung ²⁾).

1. *Äussere Ursachen* der That können sein:

Politischer Druck, Vergewaltigung der politischen Gegner, Verkümmern der Rechte des Volkes durch die Regierung, Unterdrückung der Pressfreiheit und des Vereinsrechts. Mangel an politischen Einrichtungen zur Kundgebung des Volkswillens, Aufruhr oder Revolution.

2. Geeignetes *Objekt* des Verbrechens kann jede politische Einrichtung oder Sache sein, nicht dagegen jeder Mensch. Es ist notwendig, dass letzterer eine

¹⁾ *Lombroso & Laschi*: Der politische Verbrecher und die Revolutionen, übersetzt von Kurella, Hamburg 1891.

²⁾ *Pfenninger*: a. a. O., pag. 98.

politische Rolle spielen. Privatpersonen ohne politische Bedeutung sind als Objekte politischer Verbrechen untauglich.

3. Das *Subjekt* dagegen erfordert weder politische Grösse noch Bedeutung. Es sind aus der Geschichte genug Fälle bekannt, wo unscheinbare und mit geringen Kräften ausgestattete Personen ein politisches Verbrechen begangen und oft entscheidend auf das Schicksal des Staates eingewirkt haben. Wohl aber darf vom Subjekt die innere Wahrheit verlangt werden, d. h. die That muss in den Augen desselben eine gute That sein. Ob es dieselbe, vom Fanatismus erstickt, begangen habe, ist dabei gleichgiltig.

4. Der politische *Zweck* begründet für sich allein kein politisches Delikt. Dieser Ansicht ist auch Ausdruck gegeben in der These 14 a des *Institut de droit international*, welche von ihm in seiner Jahresversammlung zu Oxford (1880) aufgestellt wurde. „Die Thatbestände, denen die Merkmale eines gemeinen Verbrechens gegeben sind (Mord, Brandstiftung, Diebstahl) dürfen der Auslieferung nicht deswegen entzogen werden, weil deren Urheber politische Zwecke im Auge hatten. Damit geht auch *Pfenninger* einig, indem er sagt ¹⁾: „Es ist vor allem erforderlich, dass die Tendenz sich kundgebe innerhalb jener äusseren staatsgeschichtlichen Bedingungen, welche der That erst einen allgemeinwertigen politischen Charakter geben. Aber selbst dann wird der Zweck oder angebliche Zweck noch nicht entscheiden, vielmehr müssen noch andere Merkmale hinzutreten um der Handlung Begriff und Vorzug eines politischen Verbrechens zu geben.“ Immerhin

¹⁾ *Pfenninger*: a. a. O., pag. 98.

muss doch betont werden, dass der politische Zweck ein wesentliches Merkmal dieser Verbrechenart ist und in den meisten Fällen ersichtlich in den Vordergrund tritt.

5. Die *Motive*, d. h. die Beweggründe zur That sind an sich ebensowenig entscheidend, wie die Tendenz, um das Verbrechen zu einem politischen zu stempeln. Die Motive können verschiedenartigster Natur sein, z. B. Herrschsucht, Ruhmsucht, Freiheitsdrang etc. ³⁾. Entspringt der Beweggrund aus reinem Patriotismus, so wird man in der Mehrzahl der Fälle von einem politischen Delikt reden können.

6. Das *Mittel* zur Erreichung des politischen Zweckes muss ein geeignetes sein. Banknotenfälschung, Münzfälschung, Attentate gegen Einzelpersonen und ähnliche Handlungen können nicht als politische Verbrechen betrachtet werden ⁴⁾.

¹⁾ Vergl. *Löwenfeld*: a. a. O., pag. 92 und *Pfenninger*: a. a. O., pag. 99.

²⁾ *Pfenninger*: a. a. O., pag. 100 und ff.



II. Teil.

II. Teil.

Eidgenössisches Recht.

§ 8.

Die Quellen des Bundesstrafrechts.

Die Materie auf dem Gebiete des Bundesstrafrechts und der Bundesstrafrechtspflege ist eine äussert zersplitterte und es hat der Jurist oft grosse Mühe sich in diesem Chaos von Gesetzen nur einigermassen auszufinden. Wir glauben daher nichts überflüssiges zu thun, wenn wir hier zu Anfang die für uns wichtigen Bundesgesetze der Reihe nach aufzählen.

1. *Die Bundesverfassung* von 1848 und deren Revision vom Jahre 1874.

2. *Das Bundesgesetz über das Bundesstrafrecht* vom 4. Hornung 1853 ¹⁾.

3. *Das Bundesgesetz über die Bundesstrafrechtspflege* vom 27. August 1851.

4. *Das Bundesgesetz über die politischen und polizeilichen Garantien zu Gunsten der Eidgenossenschaft* vom 23. Dezember 1851.

5. *Das Bundesgesetz betref. die eidgenössischen Wahlen und Abstimmungen* vom 19. Juli 1872.

¹⁾ Siehe auch im Anhang, wo über das heute noch nicht in Kraft bestehende Anarchistengesetz die Rede ist.

6. *Das Bundesgesetz über die Organisation der Bundesrechtspflege* vom 22. März 1893.

7. *Das Bundesgesetz über die Auslieferung von Verbrechern und Angeschuldigten* vom 24. Juli 1852.

8. *Das Bundesgesetz betreffend die Auslieferung gegenüber dem Ausland* vom 22. Januar 1892.

9. *Die verschiedenen Auslieferungsverträge der Schweiz mit ausländischen Staaten.*

Erster Abschnitt.

Die einzelnen politischen Verbrechen nach schweiz. Bundesstrafrecht.

§ 9.

Vorbemerkung.

Gleichwie heutzutage, so wurden auch vor nicht ganz 100 Jahren Anstrengungen zur Vereinheitlichung des schweizerischen Strafrechtes gemacht. Dieselben waren nicht ohne Erfolg, denn am 4. Mai 1799 wurde das peinliche Gesetzbuch der helvetischen Republik erlassen ¹⁾. Diesem Gesetz — allerdings nichts anderes als eine schlechte Uebersetzung des französischen Code pénal von 1791 — war jedoch keine lange Dauer verliehen, denn durch die Vermittlungsakte vom 29. Febr.

¹⁾ Vergl. *Pfenninger*: Das Strafrecht der Schweiz, pag. 142 u. ff; *Hilty*: Oeffentl. Vorlesungen über die Helvetik, pag. 616; *Stooss*: Das Bundesstrafrecht der Schweiz im 40. Band des Gerichtsaals, pag. 121.

1803 wurde die Strafgerichtsbarkeit den Kantonen zurückgegeben, welche indessen nicht versäumten, ihre partikulären Strafgesetze wieder zur Geltung zu bringen.

Im Jahre 1848, als die Schweiz ihre staatliche Organisation änderte, wurden in die Verfassung folgende Sätze aufgenommen: „Die Bundesgesetzgebung wird das Nähere bestimmen über die Verbrechen und Vergehen, welche in die Kompetenz des Bundesgerichtes fallen und über die Strafgesetze, welche anzuwenden sind“ ¹⁾. Auf diesen Satz gründet sich die Befugnis des Bundes zur Erlassung des Bundesgesetzes über das Bundesstrafrecht vom 4. Hornung 1853. Dieses Gesetz handelt — abgesehen von nur wenig andern Bestimmungen — von den politischen Verbrechen und Vergehen.

Der zweite Abschnitt dieses Bundesgesetzes, wo „von den verschiedenen Verbrechen im Besondern“ die Rede ist, zerfällt in folgende Titel:

1. Verbrechen gegen die äussere Sicherheit und Ruhe der Eidgenossenschaft.

2. Verbrechen gegen fremde Staaten.

3. Verbrechen gegen die verfassungsmässige Ordnung und innere Sicherheit.

4. Verbrechen, welche von den Bundesbeamten in ihrer amtlichen Eigenschaft verübt werden.

5. Verbrechen gegen Bundesbeamte.

6. Vermischte Bestimmungen.

7. Von den Verbrechen, welche mittelst der Druckerpresse, oder auf ähnliche Weise verübt werden.

Die Behandlung der politischen Verbrechen nach ihrer Einteilung im Bundesgesetz ist jedoch nicht

¹⁾ Bundesverfassung von 1848, Art. 107, 5.

zweckmässig, da insbesondere öfters die Titelüberschriften ihrem Inhalt nicht entsprechen ¹⁾. Wir haben daher eine vollständig andere Einteilung gewählt, welche rationeller und logischer sein dürfte.

Erstes Kapitel.

Verbrechen gegen den Staat.

§ 10.

Hochverrat.

I. Hochverrat ist der verbrecherische Angriff auf die *innere* Existenz des Staates ²⁾.

Obschon es niemals gelingen wird den Thatbestand des Hochverrates an Hand der verschiedenen Fälle erschöpfend zu bestimmen, werden dennoch diejenigen verbrecherischen Handlungen, die insbesondere gegen die *Staatsverfassung*, das *Staatsgebiet* und die *Staatsbehörden* gerichtet sind, mit dem allgemeinen Namen Hochverrat bezeichnet.

1. Bei dem hochverräterischen Angriff auf die *Staatsverfassung* kommt vor allem in Betracht, ob derselbe gegen die Bundesverfassung oder auf die Ver-

¹⁾ Vergl. *Stooss* im Gerichtsaal, 40. Bd., pag. 126.

²⁾ Vergl. *v. Liszt*: Lehrbuch, pag. 555. *Berner*: Lehrbuch, pag. 327. *Hälschner*: Das gem. deutsche Strafrecht, 2. Band, II. Abtlg., pag. 727, und ferner über den Hochverrat im allgemeinen: *Knitschky*: Das Verbrechen des Hochverrates 1874. *v. Feder*: Das Staatsverbrechen des Hochverrates. *Hepp*: Die politischen und unpolitischen Staatsverbrechen 1846.

fassung eines Kantons gerichtet sei. Ist eine kantonale Verfassung Objekt des Hochverrates, so findet eidgenössisches Recht nur insofern Anwendung, als die betreffenden strafbaren Handlungen Ursache oder Folge von Unruhen waren, durch welche eine bewaffnete eidgenössische Intervention veranlasst wurde ¹⁾.

Der gewaltsame Umsturz der Bundesverfassung bildet den Gegensatz zu einer verfassungsmässigen Aenderung derselben und ist daher als rechtswidrige Handlung mit Strafe bedroht ²⁾. Als hochverräterischer Angriff auf die Verfassung müsste insbesondere dasjenige Unternehmen bezeichnet werden, welches zum Zwecke hätte, die schweizerische Republik gewaltsam in einen monarchischen Staat umzuwandeln oder eine der beiden Kammern, z. B. den Ständerat, aufzuheben.

Hochverrat an der Bundesverfassung kann auch mittelbar, d. h. durch einen Angriff auf eine kantonale Verfassung begangen werden und es lässt sich alsdann die Frage aufwerfen, ob in einem solchen Falle eidgenössisches oder kantonales Recht Anwendung finde. U. E. ist eidgenössisches Recht anzuwenden. Auch von einer idealen Konkurrenz der verschiedenen Rechte kann hier nicht die Rede sein ³⁾.

¹⁾ Bundesstrafrecht, Art. 52. Vergl. auch Bundesverfassung, Art. 112, Abs. 3; Organisationsgesetz, Art. 107, Abs. 3; Botschaft des Bundesrates zum Gesetzesentwurf über das Bundesstrafrecht im Bundesblatt, 1852, II, 386.

²⁾ Art. 45 des Bundesstrafrechts. Ueber verfassungsmässige Aenderung der Bundesverfassung vergl. Art. 118 ff.

³⁾ Vergl. *Temme*: Lehrbuch des schweiz. Strafrechts, pag. 346 u. Botschaft des Bundesrates im Bundesblatt, 1852, II, 586. Vergl. auch Art. 6 der Bundesverfassung.

Von der gewaltsamen Verfassungsänderung ist die Verfassungsverletzung wohl zu unterscheiden, die aber hier ausser Betracht fällt, weil durch sie keine Aenderung der bestehenden Verfassung herbeigeführt wird.

Als hochverräterisch kann diejenige Verfassungsänderung nicht angesehen werden, welche von den verfassungsmässigen Organen, der gesetzgebenden Behörde, vorgenommen wird, wenn dies auch auf rechtswidrige Weise geschieht, weil z. B. Gewalt oder Drohungen gegen sie angewandt wurden ¹⁾).

2. Ein weiteres Objekt des hochverräterischen Angriffs ist das *Gesamtgebiet der schweizerischen Eidgenossenschaft* wie das *Gebiet eines einzelnen Kantons*. Ein Hochverrat am Bundesgebiet ist zugleich auch Hochverrat am Gebiet eines einzelnen oder mehrerer Kantone, da das Gebiet des Bundes sich aus sämtlichen kantonalen Gebieten zusammensetzt ²⁾. An diesen Fall des Hochverrates ist im Art. 37 des Bundesstrafrechtes gedacht, wonach derjenige Bürger oder Einwohner der Schweiz mit Zuchthaus von wenigstens 10 Jahren bestraft wird, welcher es versucht, die Eidgenossenschaft oder einen Teil derselben in die Gewalt oder Abhängigkeit einer fremden Macht zu bringen oder einen Teil eines Kantons von ihr loszureissen. Da diese strafbare Handlung unzweifelhaft die äussere Sicherheit der Schweiz gefährdet, ist sie mit Recht im ersten Titel des Strafgesetzes eingereiht worden; fehlerhaft aber wäre es, dieses Verbrechen als Landesverrat zu betrachten ³⁾).

¹⁾ Hälschner: a. a. O., pag. 739.

²⁾ Bundesverfassung, Art. 1. Vergl. auch Temme: a. a. O., pag. 347 und Pfenninger: Strafrecht der Schweiz, pag. 351.

³⁾ Stooss, im Gerichtsaal, Bd. 40, pag. 126.

3. Ein drittes Objekt des Hochverrates sind die *Bundesbehörden* wie die *obersten kantonalen Behörden* ¹⁾. Das Bundesstrafrecht findet im letztern Fall aber wiederum nur Anwendung, wenn in Folge der verbrecherischen Handlung eine bewaffnete Intervention von Seite des Bundes nötig wurde ²⁾.

Unter den Bundesbehörden sind zu verstehen: „Die beiden eidgenössischen Räte (Nationalrat und Ständerat), der Bundesrat und das Bundesgericht. Ob die Bundeskanzlei auch dahin zu zählen ist, dürfte zweifelhaft sein ³⁾. Indessen möchten wir diese Frage eher bejahen.

Zu den obersten kantonalen Behörden gehören der Kantonsrat (Grosser Rat), der Regierungsrat (Staatsrat) und das Obergericht (Kantonsgericht).

Für sämtliche genannte Behörden entsteht die Frage, inwieweit sie Gegenstand des Hochverrates sein können. Um ihre gänzliche Beseitigung als solcher, auch nur um eine Aenderung in ihrer Wirksamkeit, kann es sich nicht handeln; darin läge ein Angriff auf die Verfassung. Es können also nur die gegenwärtigen, jene Behörden bildenden oder repräsentierenden Personen gemeint sein, und zwar nur entweder insofern als gerade diese Personen überhaupt in solcher staatlicher und amtlicher Wirksamkeit sich befinden, oder als sie diese für einen speziellen Fall ausüben. In jener ersten Beziehung kann ein Angriff gegen sie dahin gemacht werden, dass sie ganz aus ihrer Stellung ausscheiden sollen, indem man die Korpo-

¹⁾ Bundesstrafrecht, Art. 45.

²⁾ Bundesstrafrecht, Art. 52.

³⁾ *Temme*: a. a. O., pag. 348, verneint dies.

ration (besser Kollegium) auflöst, um sie mit neuen Mitgliedern zu besetzen. In der zweiten Beziehung ist ein Angriff dahin denkbar, dass die Mitglieder entweder verhindert werden, zusammenzutreten oder sonst ihre staatlichen und amtlichen Funktionen auszuüben, oder dass sie zu bestimmten solchen Funktionen gezwungen werden sollen. In beiden Beziehungen kann allerdings erheblicher Nachteil für den Staat entstehen und zwar in analoger Weise, wie wenn der Fürst eines Landes gehindert wird zu regieren. Die Existenz des Staates ist zwar nicht gefährdet; am allerwenigsten liegt ein direkter Angriff gegen sie vor, wohl aber stocken nach der einen oder nach der andern Seite die Regierungsgeschäfte. Es ist daher erklärlich, wenn nach beiden genannten Seiten hin in einer Republik Angriffe gegen die republikanischen Gewalten in gleicher Weise als Hochverrat behandelt werden, wie in Monarchieen Angriffe gegen den Fürsten ¹⁾).

II. Seit 1848, d. i. seit dem Bestehen der Bundesverfassung, ist weder sie selbst, noch die Bundesbehörden, noch das Bundesgebiet Objekt des Hochverrates gewesen. Seit diesem Jahre bis heute sind nur zwei kantonale Regierungen auf gewaltsame Weise gestürzt worden, während vor 1848 die sogenannten „Putsche“ nicht zum Aussergewöhnlichen zählten ²⁾).

1. Zunächst betrachten wir den royalistischen Handstreich im Kanton Neuenburg vom 2./3. Septbr.

¹⁾ *Temme*: a. a. O., pag. 349.

²⁾ Bundesblatt, 1890, IV, 153. *Blumer-Morcl*: Handbuch des Bundesstaatsrechts, III. Aufl., Bd. 1, pag. 281.

1856, welcher der Schweiz dazumal arge diplomatische Schwierigkeiten verursachte.

Obschon nach Art. 6 der Bundesverfassung vom Jahr 1848 nur ein solcher Staat Mitglied der schweiz. Eidgenossenschaft sein konnte, dessen Verfassung nichts den Vorschriften der Bundesverfassung Zuwiderlaufendes enthielt, d. h. die insbesondere die Ausübung der politischen Rechte nach republikanischen Formen sicherte und vom Volke angenommen worden und revidiert werden konnte, wenn die absolute Mehrheit der Bürger es verlangte, erneuerte der König von Preussen dennoch von Zeit zu Zeit seine Ansprüche auf den Kanton Neuenburg, — der früher auch in der That ein preussisches Fürstentum gewesen war, — und war insbesondere bestrebt, daselbst ein monarchisches und ihm wohlgefälliges Regierungssystem einzuführen.

Der schweizerische Bundesrat suchte diese Angelegenheit durch einen gütlichen Vergleich beizulegen, was jedoch nicht gelang ¹⁾. Auf der Londonerkonferenz vom Jahre 1852 liess sich der König seine Rechte auf das alte Fürstentum von den Grossmächten ausdrücklich anerkennen. Auch im Kanton Neuenburg selbst lebte bei den sogenannten Royalisten noch die Hoffnung auf Wiederherstellung des Fürstentums unter der Hegemonie des Königs von Preussen und es standen dieselben beständig in enger Verbindung mit dem Berliner Hof ²⁾.

In der Nacht vom 2./3. September 1856 bemächtigte sich ein Haufe Königlichgesinnter der Stadt und des

¹⁾ Bundesblatt, 1857, I, 6.

²⁾ Vergl. Bericht der eidg. Kommissäre im Bundesblatt, 1856, II, 496.

Regierungsgebäudes. Die Mitglieder der Regierung wurden gefangen genommen, die preussische Fahne auf dem Schlosse aufgepflanzt und in feierlicher Proklamation die Wiederherstellung der Monarchie verkündet ¹⁾).

Aber wie vorauszusehen war, hatte dieser Aufstand keine Aussicht auf dauernden Erfolg. Das republikanisch gesinnte Volk strömte alsbald massenweise nach der Stadt und gleichsam in einem Augenblicke war der verfassungsmässige Zustand wieder hergestellt. Die Gefangenen wurden befreit und an deren Stelle eine grosse Menge der Royalisten in die Gefängnisse gesperrt. Beide Parteien hatten einige Tote zu beklagen ²⁾). Das Haupt der ganzen Verschwörung war *Graf Pourtalès-Steiger*.

Sobald der Bundesrat von diesem Aufstande Kenntnis erhalten, traf er die erforderlichen Massnahmen. Er ordnete zwei seiner Mitglieder als Kommissäre nach dem Kanton Neuenburg ab und lud die Regierungen von Bern und Waadt ein, die für den nächsten Truppenzusammenzug bestimmten Bataillone unverzüglich einzuberufen und ihm zu weiterer Verfügung zu stellen ³⁾). Am darauffolgenden Tage fasste der Bundesrat den weitem Beschluss, es sei in Anwendung der Art. 45, 52 und 73 lit. d. des Bundesstrafgesetzes vom 4. Februar 1853 gegen die Urheber des Aufstandes in Neuenburg gerichtliche Verfolgung zu erheben und der eidgenössische Generalanwalt mit deren Einleitung

¹⁾ Bundesblatt, 1856, II, 502 u. ff., 509—514; 1857, I, 6.

²⁾ Bundesblatt, 1856, II, 495.

³⁾ Bundesratsbeschluss vom 3. September 1856 (Bundesblatt, 1856, II, 389).

zu beauftragen, in der Meinung, dass er sich über den Umfang und die Ausdehnung dieser Verfolgung mit der Regierung von Neuenburg ins Einverständnis setze ¹⁾. Hierauf verlangte der König von Preussen die Freilassung der Gefangenen und wurde dabei von Frankreich, Oesterreich und Russland unterstützt ²⁾. Da der Bundesrat diese Forderung jedoch zurückwies und zurückweisen musste, brach Preussen die diplomatischen Beziehungen mit der Schweiz ab ³⁾ und traf alle Vorbereitungen zum Kriege ⁴⁾. Aber auch in der Schweiz war man entschlossen Gut und Blut für die Ehre und Freiheit des Vaterlandes einzusetzen. Die Bundesversammlung wählte den bewährten Strategen *Dufour* zum General ⁵⁾, und bewilligte dem Bundesrat unbeschränkte Vollmacht zur Landesverteidigung ⁶⁾. Wohl noch nie beseelte einen solchen Mut und eine solche Opferfreudigkeit alle Schweizerherzen, wie an den Neujahrstagen 1857 ⁷⁾.

In dieser gefährlichen Lage nahm sich aber das freie England der Schweiz an. Auch *Napoleon III.* bot die Hand zu einer gütlichen Lösung der Frage und versicherte den *General Dufour*, Preussen werde auf Neuenburg Verzicht leisten, wenn den Gefangenen

¹⁾ Bundesratsbeschluss vom 4. September 1856 (Bundesblatt, 1856, II, 394).

²⁾ Botschaft des Bundesrates im Bundesblatt, 1856, II, 514 und 749.

³⁾ Bundesblatt, 1856, II, 755.

⁴⁾ Bundesblatt, 1856, II, 756.

⁵⁾ Bundesblatt, 1857, I, 15.

⁶⁾ Bundesblatt, 1856, II, 761.

⁷⁾ Vergl. Bundesblatt, 1856, II, 763, 766; 1857, I, 8 u. ff., 631, 849.

Amnestie gewährt werde ¹⁾. Die Schweiz war bereit den Prozess niederzuschlagen, jedoch sollten die Royalisten bis zur gänzlichen Anstrengung der Sache das Gebiet der schweizerischen Eidgenossenschaft meiden ²⁾.

In Bälde kam nun durch die Vermittlung der Grossmächte zu Paris ein Vertrag zu Stande, nach welchem die Schweiz sämtliche Neuenburger Royalisten amnestierte, der König von Preussen aber für sich und seine Nachkommen auf ewige Zeiten auf Neuenburg verzichtete.

2. Am 11. September 1890 brach im Kanton Tessin eine Revolution von äusserst ernstem Charakter aus. Ursachen waren die so traurigen Rechtszustände, welche schon längst in diesem Kanton geherrscht hatten, und beständig Anlass zu heftigen Reibereien zwischen den beiden politischen Parteien gaben. Es wurde damals die verfassungsmässige Regierung gesprengt, etliche Mitglieder derselben gefangen genommen, ja eines sogar durch einen Schuss zu Tode getroffen. Durch eine Proklamation vom gleichen Tage wurde die alte konservative Regierung als abgesetzt erklärt und es trat an ihre Stelle eine provisorische Regierung ³⁾. Durch verschiedene Telegramme wurde der Bundesrat von diesem Aufstande benachrichtigt, worauf er sogleich den *Oberstdivisionär Künzli* als eidgenössischen Kommissär nach dem Kanton Tessin sandte ⁴⁾. Als Interventionstruppen wurden ihm die Berner Bataillone 37 und 38 beigegeben, welche später noch einer Verstärkung bedurften. Im Auftrage des Bundesrates

¹⁾ Bundesblatt, 1857, I, 39.

²⁾ Bundesblatt, 1890, IV, 163.

³⁾ Bundesblatt, 1890, IV, 157.

setzte der Kommissär die verhafteten Personen unverzüglich in Freiheit und traf für deren Sicherheit die erforderlichen Massnahmen ¹⁾. Die provisorische Regierung wurde aufgelöst, und deren bisherige Regierungsakte null und nichtig erklärt. Ferner wurde die alte Regierung angefragt, ob sie gewillt sei ihre Funktionen wieder aufzunehmen. Da der Kommissär die Wiedereinsetzung der alten Regierung jedoch für unzweckmässig und gefährlich hielt, wurde damit noch einige Zeit zugewartet. Am 5. Oktober fand dann die vom Kommissär angeordnete Abstimmung über die Verfassungsrevision statt, welche eine kleine Mehrheit zu Gunsten einer solchen ergab ²⁾. Durch Bundesratsbeschluss vom 11. Oktober wurde Oberst Künzli folgende Weisung erteilt: „Der Kommissär ist eingeladen, der Regierung des Kantons Tessin die Leitung der kantonalen Angelegenheiten zurückzugeben, indem er sich jedoch in allgemeiner Form alle diejenigen Verfügungen vorbehält, welche der Bundesrat nach Massgabe der Art. 5 und 102 Ziff. 3, 10 und 11 der Bundesverfassung, zum Zwecke der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung im Kanton für nötig erachten wird“ ³⁾. Drei Tage später nahm die gestürzte Regierung ihre Amtsthätigkeit wieder auf ⁴⁾.

In seiner Sitzung vom 15. September fasste der Bundesrat nach Einsichtnahme eines Berichtes des Generalanwaltes und auf Antrag des eidgenössischen

¹⁾ Telegramm des Bundesrates an Kommissär Künzli, Bundesblatt, 1890, IV, 167.

²⁾ Bundesblatt, 1890, IV, 629.

³⁾ Bundesblatt, 1890, IV, 630.

⁴⁾ Bundesblatt, 1890, IV, 659—672, 680, 703, 723—747, 1067; V, 309—424, 469 ff.

Justiz- und Polizeidepartementes, sowie in Ausführung der Art. 3, 4, 6, 19 und 21 des Bundesgesetzes über die Bundesstrafrechtspflege den förmlichen Beschluss, es sei über die neuesten Vorgänge im Kanton Tessin gerichtliche Untersuchung einzuleiten und beauftragte den Generalanwalt, den eidgenössischen Untersuchungsrichter ohne Verzug in Thätigkeit zu setzen ¹⁾. Als solchen hatte die Anklagekammer des Bundesgerichtes bereits *Prof. A. Schneider* in Zürich bezeichnet, welcher die Strafuntersuchung sogleich an Hand nahm und energisch zu Ende führte. Als Gerichtsschreiber wurde ihm *Tongi* (Graubünden) beigegeben ²⁾.

Zwanzig Radikale wurden durch Beschluss der Anklagekammer des Bundesgerichtes vom 6. April 1891 unter der Anklage, am 11. September 1890 mit rechtswidrigem Vorsatze an einem Unternehmen Teil genommen zu haben, welches die gewaltsame Vertreibung und Auflösung der Regierung des Kantons Tessin zum Zwecke hatte, den Assisen zur Aburteilung überwiesen. Die Kriminalkammer derselben Gerichtsstelle fasste hierauf am 11. April 1891 den Beschluss, die Angelegenheit an die Assisen des III. eidgenössischen Geschwornenbezirkes in Zürich zu verweisen, woselbst am 29. Juni 1891 die Verhandlungen ihren Anfang nahmen. Am 14. Juli 1891 fällten die Geschwornen ihr Verdikt und zwar in dem Sinne, dass die sämtlichen Angeklagten von Schuld und Strafe freigesprochen wurden. Auf eine Entschädigungsforderung leisteten die Angeklagten Verzicht. Die Prozesskosten

¹⁾ Bundesblatt, 1890, IV, 175 ff.

²⁾ Bundesblatt, 1890, IV, 175.

wurden gemäss Art. 121 der Bundesstrafrechtspflege dem Bunde auferlegt ¹⁾).

Die Unternehmung hatte ferner aber auch zu Tage gefördert, dass niemand anders als ein gewisser *Angelo Castioni* von Stabio *Staatsrat Rossi* erschossen hat. Der eidgenössische Untersuchungsrichter erliess daher gegen ihn am 18. September 1890 einen Haftbefehl, worin er ihn der absichtlichen Tötung, im Sinne des Art. 287 ff. des tessinischen Strafgesetzbuches beschuldigte. Da England, wohin sich der Angeeschuldigte geflüchtet hatte, dessen Auslieferung verweigerte, verurteilte ihn der Gerichtshof in contumaciam zu einer Zuchthausstrafe von acht Jahren, sowie zum Verluste des Aktivbürgerrechts für die Dauer von zwölf Jahren ²⁾).

Dies war der Abschluss des in der ganzen Schweiz und im Auslande so lärmschlagenden September-Putsches.

Von Herzen mögen wir den Angeklagten die Freisprechung gönnen, können aber trotzdem nicht umhin ihre Handlungsweise als eine entschieden rechtswidrige zu verurteilen.

Seither haben die leidenschaftlichen Kämpfe im Tessin abgenommen. Die Regierung und die Gerichte sind nun von Männern beider Parteien besetzt, und es hat allen Anschein, als sei nach den langen und schweren politischen Kämpfen endlich die Aera des Friedens herangebrochen, zum Heil und Segen des tessinischen Volkes und unseres ganzen Vaterlandes.

¹⁾ Vergl. auch Entsch. des Bundesgerichts, 17. Bd., 390.

²⁾ Bundesblatt, 1892, II, 574 und Zeitschrift für Schweizer-Strafrecht, Bd. V, 119 und ff. v. Salis: Bundesrecht, III, 445 ff.

§ 11.

Der Landesverrat.

I. Landesverrat ist der verbrecherische Angriff auf die *äussere* Sicherheit des Staates, also auf den Staat in seiner Existenz innerhalb der Völkergemeinde ¹⁾.

„Der Staat ist Angriffsobjekt beim Hochverrate wie auch beim Landesverrate. Die Verschiedenartigkeit des Angriffsobjektes für die beiden Verbrechen ergibt sich aber daraus, dass beim Hochverrat der Staat als ein für sich bestehendes Ganzes, dass er dagegen beim Landesverrat als eine in völkerrechtlicher Gemeinschaft mit andern Staaten stehende Individualität zu denken ist. Für den Begriff des Hochverrates brauchen wir nichts weiter, als die Existenz des Staates als Staat; für den Landesverrat dagegen ist die Existenz völkerrechtlicher Beziehungen dieses Staates zu andern Staaten wesentliche Voraussetzung“ ²⁾.

Beim Landesverrat unterscheidet man den *militärischen* und den *diplomatischen* ³⁾. Diese Unterscheidung rechtfertigt sich aus dem Völkerrecht, da dasselbe sowohl die Beziehungen der Staaten in Kriegs- als in Friedenszeiten regelt.

Zum *militärischen* Landesverrat gehört nach dem Bundesstrafrecht: Waffentragen gegen die Eidgenossenschaft ⁴⁾, Anreizung einer fremden Macht zu Feind-

¹⁾ Vergl. *Liszt*: Lehrbuch, pag. 559 ff. *Berner*: Lehrbuch, 14. Aufl., pag. 339 ff. *John* in Holtzendorff's Handbuch des Strafrechts, pag. 45 ff. *Hälschner*: a. a. O., pag. 753. *Pfenninger*: Das Strafrecht der Schweiz, pag. 350. *Temme*: a. a. O., pag. 363.

²⁾ *John*: a. a. O., pag. 45.

³⁾ *v. Liszt*: Lehrbuch, pag. 560.

⁴⁾ Bundesstrafrecht, Art. 36.

seligkeiten gegen die Schweiz oder einen Teil derselben ¹⁾ und Begünstigung des Feindes bei ausgebrochenem Kriege durch eine Handlung oder Unterlassung ²⁾).

Zum *diplomatischen* Landesverrat zählt man insbesondere: Veränderung der Grenzen oder Unsichermachung derselben, Entwendung oder Verfälschung von Urkunden oder andere rechtswidrige Handlungen, welche die Interessen der Eidgenossenschaft zu Gunsten eines fremden Staates gefährden ³⁾).

Sowohl die gesamte Eidgenossenschaft, als ein einzelner Kanton kann Objekt des Landesverrates sein. Der Verrat, welcher an der gesamten Eidgenossenschaft begangen wird, fällt immer unter das Bundesstrafrecht, und nur wenige Fälle von Landesverrat an kantonalen Staatswesen sind dem kantonalen Rechte unterstellt. Die Bedeutung des Strafrechts der Kantone ist also für Fälle von Landesverrat eine äussert geringe ⁴⁾).

Was die Strafbarkeit der *Subjekte* betrifft, so hat man folgende drei Fälle zu unterscheiden:

1. Das Waffentragen gegen die Eidgenossenschaft wird nur an Schweizern bestraft ⁵⁾).

2. Der übrigen Fälle des militärischen Landesverrates können sich neben Schweizerbürgern auch Einwohner der Schweiz schuldig machen ⁶⁾).

¹⁾ Bundesstrafrecht, Art. 37.

²⁾ Bundesstrafrecht, Art. 37.

³⁾ Bundesstrafrecht, Art. 38.

⁴⁾ Vergl. *Temme*: a. a. O., pag. 366.

⁵⁾ Bundesstrafrecht, Art. 36.

⁶⁾ Bundesstrafrecht, Art. 37.

3. Subjekt des diplomatischen Landesverrates kann jede deliktsfähige Person sein ¹⁾).

Es sei hier noch kurz angeführt, dass der Entwurf zum Bundesstrafrecht unter dem Titel: „Verbrechen gegen die äussere Sicherheit und Ruhe der Eidgenossenschaft“ noch einen weitem Artikel mit folgender Bestimmung hatte: Ein Schweizer, welcher ohne Bewilligung der Bundesbehörden mit einer fremden Regierung oder mit einem Agenten einer solchen sich in einen diplomatischen Verkehr einlässt, in der Absicht, auf das Verhalten des betreffenden fremden Staates gegen die Eidgenossenschaft einzuwirken, soll mit einer Geldbusse verurteilt werden, sofern nicht nach den Art. 37 und 38 eine schwerere Strafe anwendbar ist ²⁾. Dieses Verbot ist der Bundesgesetzgebung der Vereinigten Staaten von Nordamerika entlehnt, und es bemerkt hiezu die Botschaft des Bundesrates zu dem betreffenden Gesetzesentwurf: Ohne gerade ein grosses Gewicht auf die diesfällige Strafandrohung zu legen, halten wir doch dafür, dass dieselbe durchaus angemessen sei. Solche Korrespondenzen, welche hinter dem Rücken der Bundesbehörden gepflogen werden, können der Eidgenossenschaft sehr nachteilig sein, ohne gerade unter den Begriff des Landesverrates zu fallen. Die Anwendung der Strafe des Landesverrates wäre in solchen Fällen oft ebensowenig am Platze als gänzliche Straflosigkeit und es wird die im Art. 41 des Entwurfes enthaltene Vorschrift namentlich da aushelfen, wo Verhandlungen mit dem Auslande in

¹⁾ Bundesstrafrecht, Art. 38.

²⁾ Entwurf zum Bundesstrafrecht, Art. 41, im Bundesblatt, 1852, II, 568.

offenbar übelwollender Gesinnung stattgefunden haben, ohne dass die verräterische Absicht klar an den Tag getreten wäre ¹⁾).

II. Seit 1848 ist an der Schweiz nie ein Verrat verübt worden.

§ 12.

Beleidigungen der Bundesbeamten.

I. Der fünfte Titel des Bundesstrafrechtes: „Verbrechen gegen Bundesbeamte“ handelt von der öffentlichen Beschimpfung oder Verleumdung der Bundesversammlung oder einer Abteilung derselben oder des Bundesrates, oder des Bundesgerichts, oder eines Mitgliedes dieser Behörden, oder eines eidgenössischen Repräsentanten oder Kommissärs ²⁾. Dieser Titel ist ohne irgendwelche Systematik dem Bundesstrafrecht eingereiht; ja die Titelüberschrift selbst ist eine durchaus verfehlt ³⁾.

Es kann hier die Frage aufgeworfen werden, ob es überhaupt billig und zweckmässig sei, den Behörden des Bundes gegen öffentliche Beschimpfungen und Verleumdungen einen erhöhten Rechtsschutz zu gewähren. Das Bundesstrafrecht gibt den Behörden ein Vorrecht in derartigen Fällen, und es ist dieses Vorrecht in Art. 59 enthalten. Das neue eidgenössische Strafgesetzbuch wird hoffentlich diese Ausnahme beseitigen.

Art. 59 gibt keine Definition von Ehrverletzungen, und es bemerkt hiezu die Botschaft des Bundesrates:

¹⁾ Botschaft des Bundesrates zum Gesetzesentwurf über das Bundesstrafrecht im Bundesblatt, 1852, II, 585.

²⁾ Art. 59 des Bundesstrafrechts.

³⁾ Vergl. *Stooss*: Gerichtsaal, 40. Bd., pag. 128.

Wir halten es für unmöglich, Ehrverletzungen auf völlig befriedigende Weise zu definieren. In England und Amerika wird als charakteristisches Merkmal einer Schmähschrift angegeben, dass sie darauf berechnet sein müsse, den Angegriffenen verhasst, verächtlich oder lächerlich zu machen. Das amerikanische Bundesgesetz vom 14. Juli 1798 z. B. bedroht diejenigen, welche eine Schmähschrift gegen die Regierung oder gegen den Präsidenten oder gegen eine der beiden Kammern der Vereinigten Staaten veröffentlichen, with intent to defame them or to bring them or either of them into contempt or disrepute or to excite against them or either of them the hatred of the good people of the United States mit Gefängnis bis auf zwei Jahre und mit einer Geldbusse bis auf 2000 Dollars¹⁾. Man begnügte sich also mit den beiden Ausdrücken Beschimpfung und Verleumdung, da am Ende doch immer alles darauf ankommt, welchen Eindruck eine Aeusserung auf die öffentliche Meinung hervorzubringen geeignet ist, und diese Frage müssen die Geschwornen rein nach ihrem Gefühle beurteilen, indem alle Regeln, welche man ihnen an die Hand geben würde, sie jedenfalls nicht binden, möglicherweise aber verwirren könnten²⁾.

Zum Thatbestande dieses Verbrechens ist erforderlich, dass die Beschimpfung oder Verleumdung *öffentlich* geschehen sei. Die strafbare Aeusserung muss also in einer öffentlichen Versammlung oder durch das Mittel der Druckerpresse gethan worden sein. Ist das Vergehen durch das Mittel der Druckerpresse be-

¹⁾ Botschaft des Bundesrates im Bundesblatt, 1852, II, 587. Vergl. auch *Pfenninger*: Strafrecht der Schweiz, pag. 353.

²⁾ Bundesblatt, 1852, II, 588.

gangen worden, so haftet zunächst der Verfasser der Druckschrift. Hat aber die Herausgabe und Verbreitung ohne dessen Wissen und Willen stattgefunden, oder kann derselbe nicht leicht ausgemittelt werden, oder befindet er sich ausser dem Bereiche der Bundesgewalt, so haftet der Herausgeber, in Ermangelung dessen der Verleger, und wenn auch dieser nicht vor die Gerichte gezogen werden kann, der Drucker ¹⁾.

Ferner wird gefordert, dass die beleidigende Aeusserung bei Gelegenheit der Ausübung der amtlichen Verrichtungen oder mit Beziehung auf dieselben stattgefunden hat ²⁾. Beleidigungen anderer Art fallen unter das kantonale Strafrecht.

Die Beleidigungen und Verleumdungen im Sinne des Art. 59 des Bundesstrafrechts werden auf dem Wege der öffentlichen Klage verfolgt, gleichwie die Beleidigungen eines fremden Volkes oder seines Souveräns oder fremder Regierungen, und es wird das gerichtliche Verfahren nur auf Verlangen der durch die betreffende Handlung beleidigten Behörde oder Person eingeleitet und durchgeführt ³⁾.

Für die Beurteilung dieser Vergehen ist in erster Linie das Bundesstrafgericht zuständig (Art. 125 und 107 des Organisationsgesetzes), während sie früher den eidgen. Assisen zur Beurteilung zugewiesen wurden. Dem Bundesrat ist es jedoch unbenommen, dieselben nach Massgabe des Art. 146 des Bundesgesetzes über die Organisation der Bundesrechtspflege von 1893 den

¹⁾ Bundesstrafrecht, Art. 69. Vergl. auch Art. 70—72 und Art. 4 der Bundesstrafrechtspflege.

²⁾ Bundesstrafrecht, Art. 59.

³⁾ Bundesstrafrecht, Art. 59, Abs. 2.

kantonalen Gerichten zur Beurteilung zuzuweisen. Ein solches Verfahren wird ganz allgemein *Delegation der Gerichtsbarkeit* genannt.

II. Obschon die Bundesversammlung, der Bundesrat und namentlich auch eidgenössische Kommissäre schon öfters arg beschimpft und auf eine äusserst rohe Weise lächerlich gemacht wurden, kam der Art. 59 doch erst in letzter Zeit einige Mal zur Anwendung.

Gegen Ende des Jahres 1886 veröffentlichten der in Basel erscheinende „*Kapitalist*“, sowie das Wochenblatt von Bulle „*La Gruyère*“ einige gegen den damaligen Bundesrat Welti, Chef des schweizerischen Eisenbahndepartements, gerichteten Artikel, in welchem sie ihm die Beteiligung an einem Hausse-Konsortium der Nordostbahn vorwarfen. Gegen diese beiden Zeitungen erhob Welti Klage, und es übertrug der Bundesrat, gestützt auf den damals noch in Kraft bestehenden Art. 74 des Bundesstrafrechts — nunmehr ersetzt durch Art. 146 des Organisationsgesetzes — die Untersuchung und Beurteilung den Gerichten der Kantone Baselstadt und Freiburg ¹⁾.

Die erste Instanz der Basler Gerichte nahm an, der betreffende Artikel des „*Kapitalist*“ involviere zwar eine Beleidigung; es sei dieselbe aber keine absichtliche, wie das Bundesstrafrecht sie fordere (Art. 11),

¹⁾ Art. 74, Abs. 1, des Bundesstrafrechts lautete: „Die andern durch gegenwärtiges Gesetz vorgesehenen Verbrechen werden in der Regel sowol zur Untersuchung als zur Beurteilung an die Kantonalbehörden gewiesen. Doch steht es dem Bundesrate frei, dieselben nach dem eidg. Prozessverfahren untersuchen und durch die Bundesassisen beurteilen zu lassen. Auf jeden Fall sind von den urteilenden Gerichten die Bestimmungen dieses Gesetzbuches anzuwenden.“

sondern beruhe auf blosser Fahrlässigkeit. Das Gericht sprach in Folge dessen den Angeklagten frei, verurteilte ihn jedoch immerhin zur Bezahlung der Prozesskosten ¹⁾. Gegen dieses Urteil legte der Staatsanwalt von Basel-Stadt, welcher die Anklage zu führen hatte, Berufung ein, und es hob das Appellationsgericht in der That das erstinstanzliche Urteil auf und verurteilte die Redaktion des „Kapitalist“ wegen Verleumdung durch das Mittel der Druckerpresse zu 300 Fr. Busse, 50 Fr. Urteilsgebühr und je einmaliger Veröffentlichung des Urteils in einer grössern Anzahl Zeitungen ²⁾.

Das Urteil des Basler Appellationsgerichtes diene nun den Freiburger Gerichten als Präjudiz, indem dieselben die Redaktion der „*Gruyère*“ ebenfalls zu einer Busse von 400 Fr. verurteilten ³⁾.

Ein ganz ähnlicher Fall wurde im Jahre 1888 auch von dem luzernerischen Bezirksgericht in Sursee behandelt, worüber zu vergleichen ist: Geschäftsbericht des Bundesrates vom Jahr 1887, S. 514 und vom Jahr 1888, S. 723.

In den Zeitungen wurde dazumal über die Zweckmässigkeit der Anhebung solcher Klagen sehr lebhaft gestritten, und wir können nicht umhin einen hierauf bezüglichen Artikel der Neuen-Zürcher-Zeitung, dem wir in seinem vollen Umfange zustimmen, teilweise wiederzugeben. Ueber noch so übelwollende, heisst es, in noch so plumper Form gehaltene Kritik seiner

¹⁾ Urteil vom 21. Dezember 1886.

²⁾ Urteil vom 10. Februar 1887.

³⁾ Urteil vom 15. März 1887. Vergl. auch Bundesblatt, 1887, II, 731.

amtlichen Thätigkeit mag sich der Beamte getrost hinwegsetzen, sobald das Mass der von ihm aufgewandten Intelligenz und Geschicklichkeit einzig in Frage kommt. Wie man ihm Mangel dieser Eigenschaften vorwirft, wenn man ihm grober Missgriffe bezichtigt, wenn man ihn als seiner Stelle nicht gewachsen, absolut unfähig sogar, darstellt — das Alles greift die Ehre im eigentlichen Sinne nicht an und er mag daher auf eine Ehrbeleidigungsklage verzichten. Anders aber, wo es sich um seine Integrität handelt. Es ist charakteristisch, dass in der romanischen, wie in der deutschen Sprache die mit Rechtschaffenheit gleichbedeutenden Ausdrücke von dem Worte „Ehre“ abgeleitet werden. Ehrlich ist, wer Ehre besitzt; an seiner Ehre wird verletzt, wem Unehrlichkeit vorgeworfen wird. Das soll und darf kein Staatsmann dulden. Das Volksgefühl wird sich einverstanden erklären, dass die Staatslenker den Vorwurf der Unfähigkeit ungeahndet hinnehmen — es würde nicht begreifen, dass sie eine Anschuldigung sich gefallen liessen, die einen Mackel auf ihren Charakter wirft. Ja mehr und mehr wird es klar, dass weniger die Intelligenz als der Charakter den Mann ausmacht. Und das Volk verlangt und darf verlangen, dass die Männer seines Vertrauens und seiner Wahl nichts auf sich sitzen lassen, was die Integrität ihres Charakters in Zweifel zu ziehen gestattet. Es wünscht sich nicht Zustände herbei, in denen es als eine geringere Beleidigung gilt, ein Schurke genannt zu werden als ein Esel. Wir wollen gar nicht behaupten, dass die Zustände jenes Staatswesens beneidenswerte sind, wo Titulaturen der letztern Art gäng und gäbe sind. Unsere Presse weist, seit das „Nieder mit dem Re-

spekt“ Schlagwort geworden, eine bedenkliche Neigung auf, sich ähnlicher Kraftausdrücke zu bedienen. Und zur Erhöhung der Kultur und Verfeinerung der Sitten trägt ein solcher Lapidarstyl keineswegs bei. Es ist sogar ein ganz bedenkliches Symptom bereits eingerissener Verrohung. Allein es ist von dieser Verrohung noch ein weiter Weg bis zu jenen Zuständen moralischer Verlotterung, wo das Andichten sittlich - verwerflicher Gesinnung und Handlungsweise als erlaubtes Mittel der Polemik gilt und dem politischen oder privaten Gegner gegenüber praktiziert wird. So weit sind wir glücklicherweise noch nicht, wollen auch nicht so weit kommen. Aber damit wir nicht soweit kommen, wird es nötig, von Anfang an, energisch aufzutreten. Der ersten derartigen Beschimpfung, den ersten derartigen Prozess ¹⁾.

§ 13.

Verbrechen gegen das Wahl- und Stimmrecht.

I. Nur die Gesetzgebungen derjenigen Länder — und nicht einmal aller — in denen das Volk politische Rechte auszuüben hat, enthalten Strafbestimmungen über Verbrechen gegen das Wahl- und Stimmrecht. Ob man nicht ebensogut gethan hätte, die strafbaren Handlungen in Beziehung auf die Ausübung der politischen Rechte der Staatsbürger je nach Umständen einfach unter die Begriffe von Gewaltthätigkeit und Betrug zu subsummieren, bleibt dahingestellt ²⁾.

¹⁾ Neue Zürcher-Zeitung vom 4. Jan. 1887, Nr. 3, I. Blatt.

²⁾ Ueber diese Verbrechen vergl. *Drenkmann*: Ueber die Wahlvergehen, in *Goltdammer's Archiv*, Bd. 17, pag. 163. *John*: a. a. O., pag. 83. *Liszt*: Lehrbuch, pag. 567. *Schindler*: Die

In einem republikanischen Staatswesen wie die Schweiz, wo der Bürger über alle wichtigen Fragen zu entscheiden und im Jahr oftmals seine Stimme abzugeben hat, werden Wahlumtriebe immer eher vorkommen, als in einer Monarchie, wo der Bürger selten zu wählen und im besten Fall in Gemeindeangelegenheiten zu stimmen hat. In einer Republik lassen sich also derartige Strafandrohungen viel eher rechtfertigen, als in einem monarchischen Staate.

Die Strafbestimmungen, welche das Bundesstrafrecht in Bezug auf Verbrechen gegen das Wahl- und Stimmrecht aufgestellt, lassen sich in folgende drei Gruppen einteilen:

1. *Bestimmungen gegen die Wahl- und Stimmverhinderung.* Solche Strafsätze finden sich aufgestellt in Art. 46 und 47 des Bundesstrafrechts.

„Wer Gewalt anwendet, um die Vornahme von Wahlen, Abstimmungen oder andere Verhandlungen, welche durch die Bundesgesetze vorgeschrieben sind, zu verhindern, soll mit Gefängnis und Geldbusse bestraft werden“ ¹⁾; und

„Auf der Teilnahme an Zusammenrottungen, welche zum Zwecke haben, die Vornahme von Wahlen, Abstimmungen und drgl., welche nach Vorschrift der Bundesgesetze stattzufinden haben, zu hindern, steht Gefängnis und Geldbusse und in schweren Fällen Zuchthaus ²⁾).

Delikte gegen das öffentliche Wahl- und Stimmrecht, im Gerichtsaal, Bd. 40, pag. 1 ff. *Hälschner*: a. a. O., pag. 782. *Berner*: Lehrbuch, pag. 352. *Temme*: a. a. O., pag. 396. *Pfenninger*: Strafrecht der Schweiz, pag. 351.

¹⁾ Bundesstrafrecht, Art. 47.

²⁾ Bundesstrafrecht, Art. 46.

2. *Bestimmung gegen die Wahlfälschung.* „Eine Geldbusse, mit welcher in schweren Fällen Gefängnis bis auf 2 Jahre verbunden werden kann, verwirkt:

Wer auf das Ergebnis einer, gemäss der Bundesgesetzgebung stattfindenden Wahl oder andern Verhandlung durch Wegnahme oder Verfälschung echter oder durch Beifügung falscher Stimmzettel oder auf andere rechtswidrige Weise einwirkt“,

Wer unbefugter Weise an einer solchen Wahl oder an deren Verhandlung teilnimmt“ ¹⁾.

3. *Bestimmungen gegen Wahlbestechung.* „Eine Geldbusse, mit welcher in schweren Fällen Gefängnis bis auf 2 Jahre verbunden werden kann, verwirkt:

Wer auf die an der Wahl teilnehmenden Bürger durch Geschenke oder Verheissungen von solchen, oder durch Drohungen einen Einfluss auszuüben sucht“ und ebenso

Wer bei einer solchen Gelegenheit ein Geschenk annimmt, oder irgend einen Vorteil sich einräumen lässt“ ²⁾.

Damit diese Strafsätze Platz finden, ist es vor allem erforderlich, dass die betreffende Wahl oder Abstimmung durch ein Bundesgesetz oder ein kantonales Gesetz vorgeschrieben sei ³⁾; die Wahl oder Abstimmung muss eine verfassungsmässige sein. Das Bundesstrafrecht bezieht sich also auch nur auf inländische

¹⁾ Art. 49 a u. d des Bundesstrafrechts.

²⁾ Art. 49 b u. c des Bundesstrafrechts.

³⁾ Im letzteren Fall natürlich nur unter der Voraussetzung des Art. 52 des Bundesstrafrechts.

Wahlen, denn ausländische Wahlen und Abstimmungen können in der Schweiz selbstverständlich nicht stattfinden. Es kann sich ferner aber auch nicht um jede öffentliche Wahl oder Abstimmung handeln, sondern bloss um solche, bei denen die staatsbürgerliche Qualität der Wähler oder Stimmenden ein absolutes Erfordernis ist. Wahlen von Aktiengesellschaften, Gewerbege nossenschaften etc., kommen hier nicht in Betracht. Es ist also bloss das politische Wahl- und Stimmrecht geschützt.

Was die Mittel anbetrifft, durch welche die Stimmabgabe verhindert wird, so ist es notwendig, dass dieselben den Charakter der Gewalt oder Drohung an sich haben. Bloss oder sogen. Wahllügen, auch wenn sie einen grossen Einfluss auf die Stimmenden ausgeübt haben, fallen nicht unter das Strafgesetzbuch.

II. Wie schon bemerkt wurde, kommen solche Wahlverbrechen in der Schweiz gar nicht so selten vor, und es sieht sich der Bundesrat beinahe jedes Jahr genötigt, Strafuntersuchungen gegen Fehlbare einzuleiten.

Wir erwähnen hier an Hand der Geschäftsberichte des Bundesrates in chronologischer Reihenfolge eine Anzahl solcher Fälle.

1. Im Jahre 1853 fanden im Kanton Freiburg bei einer Nationalratswahl Umtriebe in grossem Umfange statt. Die Regierung liess eine Voruntersuchung anheben, die dann vom eidgenössischen Generalanwalt und Untersuchungsrichter fortgesetzt wurde. Es ergab sich daraus unzweideutig, dass Wahlfälschungen, Bestechungen und Drohungen gegen Wähler, Ge-

schenksannahmen und unbefugte Teilnahme wegen Unfähigkeit stattfanden. Bei vielen Personen war der Beweis schon durch Geständnis geleistet. Dessenungeachtet und obwohl die Voruntersuchung sich auf zirka 150 Personen ausgedehnt hatte, abstrahierte die Anklagekammer zur Zeit von der Versetzung in den Anklagestand, in Erwägung, dass bei der fraglichen Wahl, welche wegen anderweitiger Störungen nicht zu Stande kam, eine solche Menge von Wahlumtrieben und Unfugen stattgefunden, dass dieselben mehr einen allgemeinen Charakter tragen, als einzelne Vergehen bilden, und dass, insofern man deren Urheber strafrechtlich verfolgen wolle, die Voruntersuchung auf einer breiteren Basis geführt werden müsste. Bei dieser Sachlage zog es daher der Bundesrat vor, die Untersuchung fallen zu lassen ¹⁾).

2. Am 29. Oktober 1854 wurden an verschiedenen Orten des Kantons Tessin Gewaltthätigkeiten verübt und betrügliche Handlungen vorgenommen. Durch dieselben bezweckten die Urheber den gesetzlichen Gang der Nationalratswahlen zu stören. Der Bundesrat ordnete hierüber eine Strafuntersuchung an, und es wurden im Ganzen vier Prozesse eingeleitet. Zwei derselben waren noch im Stadium der Voruntersuchung, als die Bundesversammlung am 25. Juli 1855 auf den bezüglichen, auf politische Gründe sich stützenden Bericht des Bundesrates die Niederschlagung aller vier Prozesse beschloss ²⁾).

¹⁾ Geschäftsbericht des Bundesrates vom Jahr 1853, pag. 75.

²⁾ Geschäftsbericht des Bundesrates, 1854, pag. 81 und 1855, pag. 206.

3. Den 22. August 1864 brachen in der Stadt Genf sorgenerregende Unruhen aus ¹⁾. Ursache derselben war die Wahl eines Mitgliedes in den Staatsrat. Die beiden politischen Parteien von beinahe gleicher Stärke fochten einen erbitterten Wahlkampf, in welchem schliesslich die Radikalen mit ihrem Kandidaten *James Fazy* unterlagen und *Chenevière*, der Kandidat der Independenten, mit einem Mehr von 337 Stimmen aus der Urne hervorgieng. Dessenungeachtet kassierte das Wahlbureau auf eine ganz ungerechtfertigte Weise die Wahl. Nun brach der Sturm los. Die Independenten besetzten das Rathaus, um vom Staatsrate die Aufrechterhaltung der Wahl zu erlangen. Die Radikalen, welche sich in St. Gervais versammelt hatten, giengen nach dem Zeughause Grand Pré, um sich dort Waffen und Munition zu holen. Kurze Zeit nachher erfolgte in St. Gervais ein unglücklicher Zusammenstoss der beiden erhitzten Parteien, wobei die Radikalen von ihren Waffen Gebrauch machten und hiebei eine Anzahl Personen töteten und verwundeten. Die Independenten bemächtigten sich nun ebenfalls eines Zeughauses, doch kam es glücklicherweise zu keinem neuen Zusammenstoss. Durch beidseitige Bemühungen gelang es endlich die Niederlegung der Waffen zu erzielen und den schwerbedrohten öffentlichen Frieden aufrecht zu erhalten. Nachdem der Bundesrat von dieser gefährlichen Lage Kenntniss genommen, ordnete er *Bundesrat Fornerod* (der am 3. Oktober durch

¹⁾ Vergl. Bundesblatt, 1864, II, 740—781; 1865, II, 27. Geschäftsbericht des Bundesrates vom Jahr 1864, pag. 28. *Ernst Naville*: Die Wahlen in Genf; eine Denkschrift. *Bericht der Unabhängigen über die Ereignisse vom 22. Aug. 1864*. *Blumer-Morel*: Bundesstaatsrecht, I, pag 284 und ff.

Welti ersetzt wurde) und *Oberst Barman* als eidgenössische Kommissäre nach Genf ab. Es wurden ihnen zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung die erforderlichen Truppen beigegeben. Die Wahl vom 22. August, welche vom Hauptbureau des Conseil général nichtig erklärt worden war, wurde vom Bundesrat, auf Rekurs des grossen Rates hin bestätigt. Ueber die Vorfälle vom 22. August wurde eine richterliche Untersuchung eingeleitet und die Hauptbeteiligten vor ein eidgenössisches Geschwornengericht gestellt. Die Assisen traten am 13. Dezember in Genf zusammen. Der Wahrspruch der Geschwornen erfolgte nach fast dreiwöchentlichen Verhandlungen am 30. Dezember und lautete auf nicht schuldig. Die Occupationskosten wurden auf ein Gesuch der Genferregierung durch Bundesbeschluss vom 10. Juli 1866 dem Kanton Genf erlassen ¹⁾. Trotzdem man in der ganzen Schweiz strenge Bestrafung der Schuldigen verlangt hatte, mag doch vom politischen Standpunkte aus ein freisprechendes Urteil für den erregten Kanton heilsamer gewesen sein ²⁾.

4. Bei der am 23. Januar 1870 im XI. eidgenössischen Wahlkreis (Luzern) stattgefundenen Wahl eines Mitgliedes des Nationalrates kamen Unordnungen vor, welche die Eröffnung einer Strafuntersuchung herbeiführten. In Folge dessen verurteilte das Bezirksgericht Kriens und Malters zwei Angeklagte in Anwendung des Polizeistrafgesetzbuches des Kantons Luzern wegen Bestechung zu Geldbusse und Einstellung im

¹⁾ Vergl. Bundesblatt, 1866, II, 292 und ff. und Art. 16, Abs. 4, der Bundesverfassung.

²⁾ *Blumer-Morel*: Bundesstaatsrecht, I, pag. 286.

Aktivbürgerrecht. Der Bundesrat wirkte jedoch, als er von diesem Urteil Kenntnis erhalten, auf dessen Kassation hin, weil für die Feststellung der Gerichtsbarkeit solcher Untersuchungen der Art. 74 (der schon öfters erwähnte, nunmehr aufgehobene Artikel) des Bundesstrafrechts und für die Art und das Mass der Strafe Art. 49 des gleichen Gesetzes massgebend sind, wonach nur Geldbusse und Gefängnis bis auf 2 Jahre (also keine Einstellung im Aktivbürgerrecht) verhängt werden kann. Nachdem dann der Bundesrat gemäss dem erwähnten Art. 74 des Bundesstrafrechts die Untersuchung und Beurteilung dieses Falles den Gerichten des Kantons Luzern übertragen hatte, wurden in weiterem Verlaufe des Prozesses zwei Angeklagte zu je 150 Franken und der Dritte zu 600 Franken Busse verurteilt, welche in die Bundeskasse fielen ¹⁾. Die Verurteilten gelangten mit dem Gesuche um Begnadigung an die Bundesversammlung, wurden aber durch Bundesbeschluss vom 21. Dezember 1870 abgewiesen ²⁾.

Aehnliche Fälle sind erwähnt im Geschäftsbericht des Bundesrates 1870 pag. 366; 1873 pag. 390; 1875 pag. 193.

5. Der Redaktor und der Drucker der Zeitung „Il Tempo“ *Simen* und *Mariotta* in Locarno wurden durch die Tessiner Gerichte wegen Verleumdung verurteilt, weil sie in mehreren Artikeln der genannten Zeitung im Jahr 1876 die Behörden einiger Gemeinden beschuldigt hatten, dass dieselben bei den Nationalratswahlen im Oktober 1875 eine Anzahl Bürger in

¹⁾ Geschäftsbericht des Bundesrates vom Jahr 1870, pag. 366.

²⁾ Bundesblatt, 1870, III, 765.

das Stimmregister und unter die Stimmenden aufgenommen hätten, welche nach den Militärkontrollen ausser Landes sich befinden. Im Jahr 1878 verlangten die Verurteilten vom Bundesrat, dass die kantonale Justiz suspendiert und dass nach Vorschrift der Art. 49 und 74 des Bundesstrafrechts verfahren werde. Der Bundesrat trat hierauf nicht ein, weil eine Verfolgung von Wahlvergehen, wie sie im Art. 49 des Bundesstrafrechts vorgesehen sind, unstatthaft sei, nachdem die betreffenden Wahlen nicht bloss schon lange vom Nationalrat genehmigt worden, sondern sogar die Amtsdauer der Gewählten in kurzer Zeit zu Ende geht ¹⁾).

6. Ein ebenfalls recht interessanter Fall ist folgender. Bei der Prüfung der Unterschriften zur Unterstützung des Referendumsbegehrens betreffend das Bundesgesetz über die Gewährung von Subsidien für Alpenbahnen haben sich verschiedene Unregelmässigkeiten ergeben, die gemäss den Vorschriften von Art. 5 des Bundesgesetzes betreffend Volksabstimmung über Bundesgesetze und Bundesbeschlüsse vom 17. Juui 1874 zu behandeln waren ²⁾), nämlich:

a) Zahlreiche Listen tragen mehrfache Namen, die augenscheinlich von der nämlichen Hand ge-

¹⁾ *Salis*: Schweizer. Bundesrecht, Nr. 1148. Vergl. auch Bundesblatt, 1879, II, 612.

²⁾ Art. 5, Abs. 2 u. 3, des betreffenden Gesetzes lautet: „Der Bürger, welcher das Verlangen stellen oder unterstützen will, hat dasselbe eigenhändig zu unterzeichnen. Wer unter eine solche Eingabe eine andere Unterschrift als die seinige setzt, unterliegt der Anwendung der Bestimmung der Strafgesetze.“

Die Stimmberechtigung der Unterzeichneten ist vom Vorstand der Gemeinde, wo dieselben ihre politischen Rechte ausüben, zu bezeugen.“

schrieben waren, im Widerspruch mit Absatz 2 jenes Art. 5.

b) Andere Listen waren teilweise von Personen unterzeichnet, die in anderen Gemeinden wohnten, als in derjenigen, deren Behörde die Unterschrift beglaubigt hat, was im Widerspruch steht mit Absatz 3 jenes Art. 5.

c) Andere Listen ermangelten der Bescheinigung der Gemeindebehörden überhaupt oder enthielten sie nur in ungenügender Form.

Es kam hier nun zunächst in Frage, welche Strafgesetze gegen diejenigen anwendbar seien, welche ohne Ermächtigung die Unterschrift anderer beigesetzt haben. Bei der Vorlage des Entwurfes zu dem Bundesgesetze über Volksabstimmungen scheint man von der Ansicht ausgegangen zu sein, dass die in Frage liegende Handlung als gewöhnlicher Betrug durch Fälschung zu behandeln und nach den kantonalen Gesetzen zu bestrafen sei. (Botschaft des Bundesrates, Bundesblatt 1874, I. 1005). Nach näherer Prüfung der Verhältnisse fand jedoch der Bundesrat, dass diese Ansicht unhaltbar sei. Es liegt in dem Beisetzen der Unterschrift eines andern in einem politischen Aktenstück offenbar nicht das gemeine Verbrechen des Betruges oder der Fälschung, indem die gewinnsüchtige Absicht, oder die Absicht, sich selbst oder einem Dritten einen rechtswidrigen Vorteil durch Täuschung zu verschaffen, mangelt. Auch würden die Petitionslisten kaum als Urkunden im strafrechtlichen Sinne zu betrachten sein. Dazu kommt, dass, wenn ein gemeines Verbrechen vorläge, die kantonalen Strafgesetze Anwendung finden müssten, wobei dann die gleiche Tatsache der verschiedensten Behandlung unterliegen

würde. Der Bundesrat fand daher, es müsse die in Frage stehende Handlung als ein eigenartiges Vergehen in öffentlichen Angelegenheiten angesehen und nach Massgabe des Bundesstrafrechts geahndet werden. Der Art. 49, lit. a des Bundesstrafgesetzes passt auch in der That ganz gut, indem dort mit Strafe bedroht ist, wer auf das Ergebnis einer gemäss der Bundesgesetzgebung stattfindenden Wahl oder anderen Verhandlung auf eine rechtswidrige Weise einwirkt. Um jedoch in diesem Sinne vorgehen zu können, lud der Bundesrat zunächst die Regierungen der betreffenden Kantone ein, den Thatbestand über die Entstehung der fraglichen Unterschriften festzustellen. Das Resultat gieng in der Regel dahin, dass die beanstandeten Unterschriften entweder auftragsgemäss von Verwandten gezeichnet oder nachträglich genehmigt wurden, während 82 Unterschriften aus dem Kanton Waadt als ächt anerkannt wurden. Unter diesen Umständen wurde von einer strafrechtlichen Verfolgung abgesehen ¹⁾.

Ueber die Richtigkeit dieses Entscheides sind jedenfalls keine Zweifel zu hegen.

Wir wären in der Lage, noch eine grosse Anzahl Fälle von Wahlfälschungen und Wahlbestechungen aufzuführen. Da uns aber hiezu der Raum mangelt, weisen wir bloss auf die betreffenden Stellen in den Geschäftsberichten des Bundesrates hin, (1883: pag. 574; 1884: pag. 545 und 546; 1885: pag. 578 und 579; 1886: pag. 635; 1887: pag. 513 und 514; 1888:

¹⁾ Geschäftsbericht des Bundesrates vom Jahr 1878, pag. 579 und ff. und ein ganz ähnlicher Fall: Geschäftsbericht, 1889, pag. 456.

pag. 723) um alsdann die bei Anlass der Grossratswahlen vom März 1889 im Kanton Tessin stattgefundenen Wahlumtriebe noch kurz zu behandeln.

7. Am 3. März 1889 fanden im Kanton Tessin die Erneuerungswahlen in den grossen Rat statt. Dieselben giengen in aller Ruhe vor sich, doch fanden dabei grossartige Wahlumtriebe statt. Da der Bundesrat befürchtete, es könnte die innere Ordnung gefährdet werden, sandte er *a. Bundesrat Borel* als eidgenössischer Komissär ins Tessin ¹⁾. Ihm wurde bald darauf zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung ein Zürcher Bataillon nachgeschickt. Zur Prüfung der Wahlakten wurde vom Bundesrat *Prof. Schneider* in Zürich und vom Bundesgericht zum Untersuchungsrichter *Dedual* gewählt, welches Amt später in Folge Demission *Deduals* ebenfalls *Prof. Schneider* übertragen wurde. Schon am 7. März hatte der Bundesrat gestützt auf Art. 4 der Bundesstrafrechtspflege beschlossen, über die fraglichen Verbrechen eine Strafuntersuchung anzuordnen und es wurde *Nationalrat Bezzola* in Chur als Bundesanwalt bezeichnet. Ein ungeheueres Aktenmaterial wurde gesammelt und am 3. Dezember 1890 der Anklagekammer des Bundesgerichtes eingereicht. Durch Beschluss vom 23. und 30. April 1890 wurden 41 Personen wegen Wahlvergehen vor die eidgenössischen Assisen gewiesen. Mit Botschaft vom 15. Juni 1891 ²⁾ stellte der Bundesrat der Bundesver-

¹⁾ Es ist hier nicht der Ort, zu untersuchen, ob diese Intervention sich rechtfertigen lasse oder nicht. Vergl. über diese Frage: *Vogt*: Zur Tessiner-Frage (Heft 18 der Schweizer Zeitfragen) und *Blumer-Morel*: Bundesstaatsrecht, I, pag. 280.

²⁾ Bundesblatt, 1891, III, 586.

sammlung den Antrag, diesen Prozess niederzuschlagen, was letztere jedoch mit einem geringen Mehr verneinte. Durch ein Schreiben vom 11. Dezember 1891 berichtete sodann der tessinische Staatsrat dem Bundesrat, dass er einstimmig beschlossen habe, der Bundesversammlung einen Amnestieantrag mit Bezug auf die bei Anlass der Grossratswahlen vom 3. März 1889 begangenen Wahlbestechungen zu unterbreiten. Den gleichen Antrag stellte auch neuerdings der Bundesrat und so wurde denn endlich von den eidgenössischen Räten in der Dezember-Januar-Session 1891/92 dieser Antrag zum Beschluss erhoben ¹⁾).

Wenn wir auf diese so grosse Zahl von Wahlverbrechen zurückschauen — und eine noch grössere Zahl blieb jedenfalls unentdeckt — so müssen wir uns beinahe schämen, dass sich solches in unserem Lande so häufig ereignet. Denn, ist es nicht traurig, dass beinahe jedes Jahr eine grössere oder kleinere Anzahl Männer ihre ehrenvollsten bürgerlichen Rechte derart missbrauchen? Es taucht einem hier unwillkürlich die Frage nach Grund und Ursache auf. Tragen etwa die milden Strafbestimmungen daran Schuld? Wir glauben kaum, denn heutzutage sind die Kriminalisten darin so ziemlich einig, dass harte Strafen die Prozentzahl der Verbrechen nicht zu verringern vermögen. Oder fehlt es etwa an genügender Kontrolle der Stimmenden? Dies kann sein, doch ist auch das nicht

¹⁾ Vergl. hiezu Bundesblatt, 1889, I, 442 u. ff., 901 u. ff.; 1890, III, 191—197; IV, 153 ff.; Geschäftsbericht des Bundesrates von 1890, pag. 624—627; 1891, pag. 418—420 und ferner die Entscheidungen des Bundesrates über die Tessiner Rekurse aus den Jahren 1887 und 1889 (Separatausgabe).

die Hauptursache. Nein, die Ursache dieser Vergehen ist vielmehr das ewige Jagen nach Amt und Würde, Stellung und Ansehen. Gleichwie auf dem Gebiete der Wissenschaft, so herrscht auch auf dem politischen Felde heutzutage ein ganz elendes Strebertum. Ehrgeiz und Selbstsucht spielen hier die grösste Rolle. Obschon zwar der zu Wählende sich in den wenigsten Fällen selbst ein Vergehen zu Schulden kommen lässt, so trägt er doch öfters indirekt eine Schuld daran, indem seine Wähler durch das Zustandekommen der Wahl für sich irgend einen Vorteil zu erringen hoffen. Es würde der heutigen Zeit gut anstehen, wenn sie namentlich auch in Wahlanglegenheiten ein wenig mehr Altruismus beweisen würde, — von den unerhörten Wahllügen wollen wir gar nicht reden — und dann würde Stimmenmehrheit gewiss viel eher auf den Wägsten und Besten fallen, was jedes rechtschaffenen Bürgers sehnlichster Wunsch ist.

II. Kapitel.

Verbrechen gegen das Völkerrecht.

§ 14.

Verbrechen gegen die Schweiz.

I. Wie der Staat nicht duldet, dass seine eigenen Bewohner hochverräterische Handlungen gegen ihn unternehmen, so ahndet er dieselben auch, wenn solche von einem fremden Staate aus gegen ihn unternommen werden. In diesem Falle kann man aber nicht mehr von

Landesverrat noch von Hochverrat reden, sondern die strafbare Handlung ist dann vielmehr eine völkerrechtswidrige, im Sinne des Art. 39 des Bundesstrafrechts.

Art. 39 lautet: „Wer das schweizerische Gebiet verletzt, oder eine andere völkerrechtswidrige Handlung gegen die Schweiz oder einen Teil derselben sich zu Schulden kommen lässt, oder einer solchen Handlung irgendwie Vorschub leistet, ist mit Gefängnis und Geldbusse und in schweren Fällen mit Zuchthaus zu bestrafen ¹⁾“.

Zum Thatbestand dieses Artikels gehört, dass eine fremde Regierung ²⁾, oder ein Bürger eines fremden Staates sich einer verbrecherischen Handlung schuldig gemacht habe. Wenn Schweizerbürger im Auslande sich Verbrechen gegen ihr Vaterland zu Schulden kommen lassen, so begehen sie keine völkerrechtswidrigen Handlungen, sondern landesverräterische und es finden auf sie die Art. 37 und 38 des Bundesstrafgesetzes Anwendung.

Der Art. 39 spricht zuerst von der Verletzung des Schweizergebietes und sodann von anderen völkerrechtswidrigen Handlungen. Man kann nun sehr im Zweifel sein, was man unter „völkerrechtswidriger Handlung“ zu verstehen hat. Es ist dieser Begriff ein äusserst elastischer. Strafgesetze müssen aber strenge interpretiert werden und wo es an einer definitiven völkerrechtswidrigen Handlung fehlt, muss die Behörde sorgfältig erwägen, ob nach allen Umständen

¹⁾ Damit ist zu vergleichen Art. 41 des Bundesstrafrechts.

²⁾ Zwar steht allerdings eine fremde Regierung niemals unter der Strafgewalt eines andern Staates, aber es kann dennoch von ihr ein Verbrechen gegen das Völkerrecht begangen werden.

des vorliegenden Falles ein anerkanntes Völkerrecht verletzt worden sei. Eine solche Verletzung lässt sich im allgemeinen darin nicht erblicken, wenn ein Staat in einem andern ausseramtliche Erkundigungen einzieht über Verhältnisse, die ihn interessieren, besonders wenn dieselben kein Geheimnis sein sollen und ihrer Natur nach sein können; ebensowenig kann an sich als rechtswidrig erklärt werden, wenn bei einem Streit zwischen zwei Staaten dergl. Nachforschungen nach dem Sachverhalt, um den sich der Streit dreht, angestellt werden. Denn ein blosses Misstrauen in die Richtigkeit oder Vollständigkeit amtlicher Berichte, namentlich bei Streitigkeiten, worin sich zwei Staaten gewissermassen als Parteien gegenüberstehen, kann so wenig unter Staaten als unter Privaten eine Rechtsverletzung sein und von „Polizeimachen“, von Eingriffen in eine fremde Staatshoheit, kann wohl nur dann gesprochen werden, wenn eine Thätigkeit mit amtlichem Charakter rechtswidrig in fremdem Staatsgebiet auftritt ¹⁾).

Ebenso kann man sich fragen, ob unter völkerrechtswidriger Handlung auch die Schmähung der Eidgenossenschaft und des schweizerischen Volkes zu verstehen sei. Wohl ist nach Völkerrecht ein Staat dem andern gebührende Achtung schuldig, aber dennoch glauben wir nicht, dass eine extensive Interpretation im gegebenen Fall zulässig sei. Eine solche Bestimmung müsste u. E. besonders statuiert sein ²⁾).

Eine völkerrechtswidrige Handlung gegen die Schweiz kann sowohl in der Schweiz selbst, als im

¹⁾ *Ullmer*: Staatsrechtliche Praxis, I, Nr. 536.

²⁾ Vergl. *Stooss*, im Gerichtsaal, 40. Bd., pag. 127.

Auslande begangen werden. Der Thäter muss aber immer ein Ausländer sein. Ist die verbrecherische Handlung im Auslande begangen worden und kann die Schweiz des Thäters nicht habhaft werden, so wird derselbe in der Regel straffrei ausgehen, es wäre denn, dass die Gesetze des Begehungsortes die betreffende Handlung ausdrücklich mit Strafe bedrohen würden. Ein Strafantrag seitens der Schweiz wäre nach der Gesetzgebung der meisten ausländischen Staaten unbedingt erforderlich ¹⁾.

II. Es ist uns nur ein einziger hieher gehörender Fall von etwelchem Interesse bekannt, welchen wir kurz erwähnen.

Gegen Ende des Jahres 1853 wurde der Lombarde *Contini* und etliche Bürger aus dem Kanton Tessin der Aufreizung eines fremden Staates in die innern Angelegenheiten der Schweiz, sowie der Verletzung völkerrechtlicher Beziehungen angeklagt. Gegen den Ausländer Contini stützte sich die Anklage auf Art. 38 und 39 des Bundesstrafrechts, während diejenige gegen die Schweizerbürger sich auf Art. 37 berief. In dem Schlussbericht des Untersuchungsrichters wurde aber der Antrag gestellt den Prozess niederzuschlagen, welchem Antrag dann auch die Anklagekammer des Bundesgerichts zustimmte, indem sie die Zulassung der Anklage ablehnte, worauf Contini vom Bundesrat aus dem Gebiete der Eidgenossenschaft ausgewiesen wurde ²⁾.

¹⁾ Vergl. z. B. § 103 und 195 des Strafgesetzbuches des deutschen Reichs.

²⁾ Geschäftsbericht des Bundesrates vom Jahr 1853, pag. 75 u. 76 und 1854 pag. 81.

§ 15.

Verbrechen gegen fremde Staaten.

I. Nur wenige Strafgesetzbücher bedrohen die Verbrechen gegen fremde Staaten mit Strafe, „und zumeist wird der Eintritt des auch inhaltlich viel geringeren Strafschutzes noch von besondern Bedingungen, wie Verbürgung der Gegenseitigkeit abhängig gemacht. Und doch würde der täglich wachsende Verkehr zwischen den verschiedensten, weit entlegenen Staaten, die Verfolgung von Handlungen wünschenswert erscheinen lassen, welche, wenn auch zunächst gegen ein ausländisches Gemeinwesen gerichtet, doch in ihren Rückwirkungen die inländischen Interessen empfindlich zu berühren vermögen“ ¹⁾. Obschon es schwer halten wird, die Gründe für die Aufstellung dieser Strafbestimmungen aus völkerrechtlichen Pflichten herzuleiten, so kann doch nicht geleugnet werden, dass solche Satzungen geeignet sind, die freundschaftlichen Beziehungen der Staaten zu sichern. Die Motive, welche den Gesetzgeber veranlassten, solche Bestimmungen aufzustellen, sind vielmehr folgende:

1. sind die politischen Verbrechen in gewissem Sinne gemeingefährlich und es ist namentlich ein Hochverrat gegen einen Staat im Stande auch in andern Staaten Revolutionen zu erzeugen,

2. wird der verletzte Staat geneigt sein, Gewaltmassregeln gegen denjenigen Staat zu ergreifen, auf

¹⁾ *v. Liszt*: Lehrbuch des Strafrechts, pag. 571. Das deutsche Strafgesetzbuch sagt: „Feindliche Handlungen gegen *befreundete* Staaten“. Vergl. auch *Hälschner*: a. a. O., pag. 772. *Berner*: a. a. O., pag. 351. *John*: a. a. O., pag. 43. *v. Bar*: Lehrbuch des internationalen Privat- und Strafrechts, pag. 244.

dessen Gebiet die feindliche Handlung gegen ihn vorgenommen wurde ¹⁾).

Namentlich aus dem letztern Grunde haben die Art. 41—44 Eingang ins Bundesstrafrecht gefunden. „Damit nicht unter dem Unverstande oder dem bösen Willen einzelner alle zu leiden haben“, sagt die Botschaft des Bundesrates zum betreffenden Gesetzesentwurf, „ist es durchaus notwendig, Verletzungen des Völkerrechts, durch welches das gute Vernehmen zwischen der Schweiz und dem Auslande gestört werden könnte, mit Strafe zu bedrohen“ ²⁾).

Immerhin muss bemerkt werden, dass diese Strafbestimmungen nicht ohne einen gewissen Druck vom Auslande her ins Strafgesetzbuch aufgenommen wurden, was aus den Verhandlungen der Bundesversammlung und indirekt aus der Botschaft des Bundesrates hervorgeht ³⁾).

Zur Zeit, als das Bundesstrafrecht kodifiziert wurde, befand sich nämlich eine grosse Zahl politischer Flüchtlinge in der Schweiz, welche das Asyl oft dazu missbrauchten, um von ihm aus ihre Zwecke weiter zu verfolgen. Deswegen hatte der Bundesrat

¹⁾ Vergl. dazu *Lammarch*: Ueber politische Verbrechen gegen fremde Staaten, in der Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft, Bd. III, pag. 384; *v. Martitz*: Internationale Rechtshilfe, I, pag. 60 u. 71; *Heintze*: Ueber Verbrechen gegen fremde Gemeinwesen, in Goltdammer's Archiv, Bd. 17, pag. 556, insbesondere pag. 673 u. ff.; *Clunet*: Offences et actes hostiles commis par des particuliers contre un état étranger.

²⁾ Bundesblatt, 1852, II, 585.

³⁾ Vergl. den Bericht der Kommission des Nationalrates im Bundesblatt, 1853, I, 10 und *Blumer*: Bundesstaatsrecht, 1. Aufl., Bd. II, pag. 74, Anmerkung.

dann und wann von den fremden Regierungen bittere Vorwürfe zu hören, was ihn bewog, bei der Abfassung des Strafgesetzes warm für diese Bestimmungen einzutreten. Nach einer heftigen Opposition in beiden Räten, wurden sie schliesslich doch nach einigen Abänderungen angenommen ¹⁾. Interessant ist insbesondere die über den Art. 42 stattgehabte Rechts-erörterung. Dieser Art. handelt unter anderem von der Beschimpfung eines fremden Volkes, und es sagt hierüber der Berichterstatter ²⁾ der nationalrätlichen Kommission wörtlich: Es entsteht nämlich bei solchen Kollektiv-Beschimpfungen, geschehen sie gegenüber einzelnen Ständen oder eines ganzen Volkes, die prozessualische Schwierigkeit der Fixierung der persönlichen Klagberechtigung, so wie dann das materielle Recht betreffend, von der Doktrin bekanntlich die Frage aufgeworfen worden ist, ob der Thatbestand der Verletzung der Ehre eines Volkes als einer physisch existenten Persönlichkeit gedenkbar sei — eine Frage, die in jüngster Zeit wenigstens von der obersten Gerichtsbehörde eines Kantons verneinend entschieden wurde. — Diese Frage hat bekanntlich bis heute noch keine als allgemein richtig anerkannte Lösung gefunden. Wir unsererseits zweifeln nicht daran, dass auch die Ehre eines ganzen Volkes verletzt werden kann.

Unter völkerrechtswidrigen Handlungen gegen fremde Staaten sind insbesondere zu verstehen: Verletzung des fremden Staatsgebietes ³⁾, Beschimpfung

¹⁾ Bericht der nationalrätlichen Kommission im Bundesblatt, 1853, I, 10 u. ff.

²⁾ Es ist dies der spätere *Bundesrat Dr. Dubs*. Bundesblatt, 1853, I, 11.

³⁾ Bundesstrafrecht, Art. 41.

eines fremden Volkes oder eines Souveräns oder einer fremden Regierung ¹⁾ und Beschimpfung oder Miss-handlung eines bei der Eidgenossenschaft beglaubigten Repräsentanten einer fremden Regierung ²⁾.

Die öffentliche Beschimpfung eines fremden Volkes oder seines Souveräns oder einer fremden Regierung wird nur bestraft, wenn ein Antrag der betreffenden Regierung vorliegt und der Eidgenossenschaft Gegenrecht gehalten wird ³⁾.

Zum Thatbestande der Verbrechen gegen fremde Staaten wird ausdrücklich verlangt, dass dieselben in der Schweiz begangen werden ⁴⁾. Derjenige, welcher eine solche That im Auslande verübt, sei er Schweizer oder Ausländer, ist nach schweizerischem Rechte nicht strafbar ⁵⁾.

Dass die Beschimpfung einer fremden Regierung auch durch symbolische Handlungen geschehen kann, ist gewiss nicht zu bestreiten. So ist z. B. in der böswilligen Beschädigung eines Wappens, das zur Bezeichnung des Amtslokales eines Konsuls dient, eine öffentliche Beleidigung der betreffenden fremden Regierung ersichtlich ⁶⁾.

Zur Beurteilung der Verbrechen und Vergehen gegen das Völkerrecht ist ausschliesslich das Bundesgericht mit Zuziehung von Geschwornen kompetent,

¹⁾ Bundesstrafrecht, Art. 42.

²⁾ Bundesstrafrecht, Art. 43.

³⁾ Bundesstrafrecht, Art. 42, Abs. 2. Vergl. auch *Lammarch*, in der Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft, III, 427.

⁴⁾ Bundesstrafrecht, Art. 1.

⁵⁾ Vergl. *Lammarch*: Das Recht der Auslieferung, pag. 26.

⁶⁾ Vergl. *Lammarch*: Politische Verbrechen gegen fremde Staaten, Z. III. 427.

welche Letztere über die Thatfrage abzusprechen haben ¹⁾).

II. Es sind uns zwei Fälle von Verbrechen gegen fremde Staaten bekannt, die die eidgenössischen Assisen in Anspruch nahmen. Der erstere fällt in das Jahr 1879 und betrifft den Franzosen *Marie Louis Paul Brousse* von Montpellier, der andere vom Jahr 1888 den Schweizer *Karl Schill* von Basel.

1. Die „*Avant-Garde*“, organe collectiviste et anarchiste, von *Paul Brousse* redigiert, erschien vom 2. Juni 1877 bis zum 24. März 1878 in Bern als Organ des Bundes der internationalen Arbeiterassoziation. Im März 1878 verlegte sie ihren Sitz von Bern nach La Chaux-de-fonds, um sich hier mit dem Bulletin des jurassischen Bundes derselben Gesellschaft zu verschmelzen. In einigen Artikeln wurde die Notwendigkeit des Umsturzes der heutigen Gesellschaftsordnung gepredigt und die Beseitigung der Repräsentanten der Staaten und Völker verlangt ²⁾).

Die Handlungen eines Hödel und Nobiling wurden approbiert und entschuldigt, und als noch am 25. Oktober der Mordversuch des Juan Oliva (Moncasi) gegen den König von Spanien hinzukam, erklärte die „*Avant-Garde*“ vom 18. November: „Nous acceptons la solidarité morale qui nous revient dans sa tentative“, und fügte bei, dass es kindlich wäre, nicht zu erkennen, dass es Menschen gebe, die der Umgestaltung der Institutionen ein wahres Hindernis („obstacle“)

¹⁾ Bundesverfassung, Art. 112, Abs. 2.

²⁾ Vergl. Bundesblatt, 1879, II, pag. 644 u. ff. und pag. 648, woher die folgenden Sätze stammen.

bilden „et qu'on ne pourra promptement changer celles-ci, sans faire disparaître ces obstacles“.

Diese und mehrere andere ähnliche Auslassungen in dem erwähnten Zeitungsblatt veranlassten den Bundesrat in Vollziehung von Art. 102 Ziff. 8, 9 und 10 der Bundesverfassung derartigen Agitationen entgegenzutreten und in Anwendung der Vorschriften des Gesetzes über die Bundesstrafrechtspflege vom 27. Aug. 1851 gemäss Art. 69 des Bundesstrafrechts gegen den Verfasser und Herausgeber der „Avant-Garde“ zunächst polizeilich einzuschreiten um später, nachdem der Verfasser und Herausgeber der verantwortliche Redaktor in der Person des Brousse, wohnhaft in Vivis ausfindig gemacht war, gegen denselben im Sinne von Art. 41 gerichtliche Klage zu erheben ¹⁾. Die Anklage wurde von der Anklagekammer ohne weiteres zugelassen und der Angeklagte am 15. April 1879 vor die eidgenössischen Assisen des I. Bezirkes gestellt, welche ihn der öffentlichen Aufforderung und Anreizung zum Morde von Königen und Magistraten ausserschweizerischer Staaten schuldig befanden und hierauf zu 2 Monaten Gefängnis, 10 Jahren Verbannung vom Gebiete der schweizerischen Eidgenossenschaft, 200 Franken Gerichtsgebühr an die Bundeskasse und zur Tragung sämtlicher Kosten verurteilten.

Die Anklageakte führte zur Begründung der Anklage ungefähr folgendes aus: Die soziale Organi-

¹⁾ Vergl. auch *Hornung*: Sur la repression des délits contre le droit des gens et plus spécialement sur celle des délits contre les lois de la guerre, im *Annuaire de l'institut de droit intern.* 1879—1880, I, 321, und *Lammarch*: Ueber politische Verbrechen gegen fremde Staaten, in der *Zeitschrift für gesamte Strafrechtswissenschaft*, Bd. III, pag. 419.

sation, wie die „Avant-Garde“, sie träumt, hat das Verbrechen zum Ausgangspunkt und die Anarchie zum Ziele. Die Lehren der „Avant-Garde“, auf dem Gebiete der reinen Theorie erlaubt, begründen eine Störung der guten internationalen Beziehungen der Schweiz, sobald sie sich auf bestimmte Fälle beziehen und sobald man sich auf dieselben stützend, dazu gelangt, den benachbarten Ländern den Aufruhr und den Fürstenmord zu predigen. Diese staatsgefährliche und verbrecherische Pressthätigkeit wird durch den Art. 41 des eidgenössischen Strafgesetzbuches verpönt, welcher den schuldig erklärt, der ein fremdes Gebiet verletzt oder eine andere völkerrechtswidrige Handlung begeht. Der Verfasser der „Avant-Grande“ verlangt den Kopf der Monarchen in Fällen, wo der Tod eines einzigen die Niedermetzlung von Tausenden verhüten kann; er will die aufständische Komune; er erhebt Hödel und Nobiling; die Ermordung eines Monarchen erscheint ihm als ein Mittel, die anarchische Republik in den Massen zu befestigen, welche nicht die Zeit haben, sich in die politische Lage, in die parlamentarischen Krisen hineinzuarbeiten. Das Völkerrecht ist der Inbegriff der gegenseitigen Verpflichtungen der Staaten, es anerkennt die Pflicht eines jeden derselben, auf seinem Gebiete die Achtung der Regierungen und Einrichtungen der andern Staaten zu gebieten. Man könnte nicht offener gegen diese Pflichten handeln, als es die „Avant-Garde“ gethan hat ¹⁾.

Wohl mit Recht wird man sich fragen, ob im vorliegenden Fall auf Grund des Art. 41 des Bundes-

¹⁾ Vergl. auch Bundesblatt, 1881, II, 721.

strafrechts eine Verurteilung zulässig war. Weit entfernt, solche anarchistischen Agitatoren nur im Geringsten in Schutz nehmen zu wollen, müssen wir doch gestehen, dass dieses Urteil ein gesetzwidriges war. Eine so weitgehende Interpretation des betreffenden Artikels ist absolut unzulässig. Es hätte im schlimmsten Fall eine Verurteilung im Sinne der Art. 42 oder 48 eintreten können. Da der Angeklagte aber nicht zu Verbrechen an schweizerischen Behörden aufgefordert hat, fällt Art. 48 von vornherein dahin. Auch Art. 42 ist unanwendbar, weil von den Verletzten weder eine Klage geführt, noch das Gegenrecht eingeräumt wurde. Da diese Vorbedingungen fehlten, nahm man in ganz rechtswidriger Weise Zuflucht zu Art. 41, der sich aber nur auf die Verletzung eines fremden Gebiets und thätliche Angriffe gegen Repräsentanten des fremden Staates etc. bezieht. Schmähungen und Verläumdungen fremder Souveraine und Regierungen sind nach Art. 42 zu bestrafen und blossе Drohungen gar nicht strafbar. Es stehen dem Bundesrate ganz andere Mittel zur Hand, solche Individuen in unserem Lande zum Schweigen zu bringen.

Gestützt auf Art. 70 der Bundesverfassung hat er das Recht, Fremde, welche die innere oder äussere Sicherheit der Schweiz gefährden, aus dem Gebiete derselben wegzuweisen ¹⁾.

2. *Karl Schill*, Commis, 23 Jahre alt, von Basel, hatte sich mit andern jungen Leuten verbunden, um an der Basler Fastnacht des Jahres 1888 einen Um-

¹⁾ Allerdings dann nicht Leute wie Baron Courtier, alias Franz Hoffmann, Glasergeselle aus Böhmen! Siehe Bundesblatt 1893, II.

zug zu veranstalten, der die Zustände in Elsass-Lothringen zum Gegenstande der Persiflage machen sollte ¹⁾. Karl Schill übernahm die Aufgabe, die Abfassung und den Druck eines auf diesen Gegenstand bezüglichen Gedichtes zu besorgen, das von den Zugsteilnehmern in fliegenden Zetteln unter das Publikum sollte verteilt werden. Das fragliche Gedicht (betitelt: „Vive la France“) wurde kurz vor der Fastnacht von ihm verfasst; das Manuskript übergab er zwei Tage vor der Fastnacht dem Buchdrucker *Müller-Schmid* zum Druck. Von den bestellten 5000 Exemplaren bezog er am gleichen Tage 300 Stück. Auf die Intervention des Vaters eines der Zugsteilnehmer hin verzichteten indes die Veranstalter des Zuges auf die Verteilung des Zettels und es wurden die noch übrigen Exemplare desselben von dem erwähnten Vater bezogen und vernichtet. Am meisten Anstoss hatte die erste Strophe des Gedichtes, beginnend: „In China isch der gäli Fluss“, gegeben; Schill liess daher an Stelle derselben durch einen Dritten eine andere Eingangsstrophe, beginnend mit den Worten: „d' Elsässer sind doch arg z' biklage“, verfassen und das so abgeänderte Gedicht von neuem in 2000 Exemplaren durch Buchdrucker Müller drucken. Diese zweite „verbesserte“ Auflage wurde von Buchdrucker Müller den Zugsteilnehmern unmittelbar nach Beginn des Umzuges nachgesandt. Indes auch diese zweite Auflage wurde von den Zugsteilnehmern (auf Veranlassung des gleichen Teilnehmers, dessen Vater schon früher interveniert hatte)

¹⁾ Das Thatsächliche dieses Falles ist dem Berichte des Bundesgerichtsschreibers Dr. Rott entnommen. Zeitschrift für Schweizer Strafrecht, Bd. I, pag. 314 und 315.

nicht angenommen, sondern später dem Buchdrucker Müller-Schmid zurückgegeben, nachdem bloss Schill einige Exemplare behündigt hatte. Von dem Zuge aus gelangte daher der Zettel gar nicht zur Verteilung; dagegen hat Schill die von ihm behändigten Exemplare der zweiten Auflage, sowie die früher bezogenen 300 Exemplare der ersten Auflage während der Fastnacht an verschiedenen Orten, u. a. auf einem Maskenballe, auf der Strasse u. s. w., partienweise und einzeln, öffentlich verteilt.

Nachdem in Folge der Berichte deutscher Zeitungen das anfänglich unbemerkt vorübergegangene Fastnachtpamphlet bedeutendes Aufsehen zu machen begann, bezog der Buchhändler *Friedrich Festersen-Mieg* aus Preussen in Basel (auf Bestellung von Kunden hin) von dem Buchdrucker Müller einige noch vorrätige Exemplare des Fastnachtgedichts zweiter Auflage (zum Preise von 5 Cts. das Stück) und verkaufte dieselben teilweise (zu 10 Cts. das Stück) in seinem Geschäft.

Mit Note vom 26. März 1888 stellte die kaiserlich-deutsche Gesandtschaft in Bern beim schweizerischen Bundespräsidenten im Auftrag ihrer Regierung das Ansuchen, der Bundesrat möge das Erforderliche veranlassen, damit auf Grund des Bundesstrafrechts Art. 42 diejenigen Personen wegen Beschimpfung der elsass-lothringischen und deutschen Regierung zur Strafe gezogen werden, welche an der letzten Basler Fastnacht die Vorbereitung eines die elsass-lothringische und deutsche Regierung schwer beleidigenden Pamphletes, betitelt: „Vive la France“! verschuldet haben.

Am 10. April 1888 beschloss der Bundesrat, nach Einsicht dieser Note und in Betracht der erteilten Reziprozitätszusicherung, gestützt auf den Art. 4 der Bundesstrafrechtspflege und die Art. 42, 69 u. ff. und 73 lit. c. des Bundesstrafrechts, es sei gegen die Verfasser, Herausgeber und Verbreiter des Gedichtes, betitelt „Vive la France“! strafrechtliche Untersuchung einzuleiten und Anklage vor den Bundesassisen zu führen ¹⁾.

Am 18. Juni 1888 wurden die Angeklagten Karl Schill, August Müller und Friedrich Festersen in Basel vor die eidgenössischen Assisen gestellt ²⁾. Das Urteil lautete auf Freisprechung des Müller und Festersen, während Schill des eingeklagten Verbrechens schuldig gefunden und gemäss Art. 42 des Bundesstrafrechts zu 800 Franken Geldbusse, 200 Franken Gerichtsgebühr und zur Tragung sämtlicher Kosten verurteilt wurde.

Der vorliegende Fall gab im Bundesgericht Anlass zu längern Rechtserörterungen in Betreffs des von Deutschland der Schweiz zugesicherten Gegenrechts.

Die deutsche Note vom 26. März 1888 bemerkte bezüglich des Gegenrechts: „In der strafgesetzlichen Bestimmung des Art. 42 des Bundesstrafrechts ist die Verfolgung der Schuldigen an die einschränkende Voraussetzung geknüpft, dass der Eidgenossenschaft Gegenrecht gehalten werde. Nach Auffassung der

¹⁾ Vergl. Bundesblatt, 1888, II, pag. 263 u. 264.

²⁾ Vergl. Zeitschrift f. Schweizer Strafrecht, Bd. I, pag. 316.

³⁾ Siehe Urteil der Kriminalkammer des schweiz. Bundesgerichts in der Zeitschrift für Schweizer Strafrecht, Bd. I, pag. 320.

kaiserlichen Regierung ist diese Einschränkung dahin zu verstehen, dass in dem betreffenden ausländischen Staate für den Fall einer öffentlichen Beleidigung der schweizerischen Regierung die strafrechtliche Verfolgung gesetzlich zulässig sein muss. Dies ist in Deutschland in der That der Fall. Zwar fehlt dem deutschen Strafgesetzbuche eine der erwähnten schweizerischen Strafvorschrift *völlig* entsprechend *besondere* Strafandrohung gegen die Beleidigung einer fremden Regierung. Allein nach § 185 u. ff. *ibid.* ist die Beleidigung überhaupt strafbar und in § 196 *ibid.* wird ausdrücklich eine Behörde als Objekt einer solchen anerkannt. Dass die Vorschrift des zuletzt erwähnten Paragraphen keineswegs auf deutsche Behörden u. s. w. zu beschränken ist, darf zufolge der von der Theorie einhellig gebilligten Rechtsprechung des Reichsgerichts als feststehend bezeichnet werden. (S. Urteil des Reichsgerichts vom 31. März 1881, Entsch. in Strafsachen, Bd. IV. pag. 40. Binding, Strafrecht I. 629 u. Note 16. Olshausen, Kommentar zu § 196, Note 5. Oppenhof, Kommentar Nr. 1)¹⁾ ²⁾).

Wir glauben in der That, dass eine solche Zusage des Gegenrechts von Seiten Deutschlands für die Verurteilung des Karl Schill genügte, obwohl

¹⁾ Art. 196 des Strafgesetzbuches lautet: „Wenn die Beleidigung eine Behörde, einen Beamten, einen Religionsdiener oder ein Mitglied der bewaffneten Macht, während sie in der Ausübung ihres Berufes begriffen sind, oder in Beziehung auf ihren Beruf begangen ist, so haben ausser den unmittelbar Beteiligten auch deren amtliche Vorgesetzte das Recht, den Strafantrag zu stellen.“

²⁾ Abgedruckt in der Zeitschrift für Schweizer Strafrecht, Bd. I, pag. 315.

das Bundesgericht ¹⁾ es mit solchen Gegenrechtserklärungen nicht zu leicht nehmen darf. Deutschland ist bis heute seinen völkerrechtlichen Verpflichtungen gegenüber den andern Staaten auf's Genaueste nachgekommen, was gerade in einem solchen Falle hoch anzuschlagen ist. Wären gewisse andere Staaten die Verletzten gewesen, so hätte das Bundesgericht mit vollem Recht vielleicht anders entschieden.

Damit die Schweiz nach Erlangung einer Gegenrechtserklärung eine Untersuchung gegen den Angeeschuldigten einleiten kann, ist es unbedingt erforderlich, dass die Gesetzgebung oder die Gerichtspraxis des fremden Staates die Beschimpfungen auswärtiger Regierungen ebenfalls bestraft und zwar mit annähernd gleich grossen Strafen ²⁾.

Die meisten Staaten sind in Beziehung auf diesen Punkt mit ihren Strafgesetzgebungen noch bedeutend im Rückstande. Hoffentlich thun auch sie mit der Zeit das Nötige, damit der Satz: „Nullum crimen sine poena“ endlich auch im Völkerrecht Geltung erlange.

¹⁾ Resp. der Bundesrat.

²⁾ Vergl. *Morel*: Die Voraussetzungen des Gegenrechts nach Art. 42 des Bundesstrafrechts, in der Zeitschrift für Schweizer Strafrecht, Bd. I, pag. 319 und 320 und *Pfenninger*: Das Strafrecht der Schweiz, pag. 612.

III. Kapitel.

**Verbrechen
gegen die Bundesamtsgewalt.**

§ 16.

**Widersetzung, Nötigung und Thätlichkeiten gegen
Bundesbeamte; Aufruhr.**

I. Ganze Behörden, wie einzelne Beamte, geniessen als die Vollstrecker des Staatswillens nach allen Strafgesetzgebungen einen erhöhten Rechtsschutz, insofern die Verbrechen zu einer Zeit an ihnen begangen werden, wo sie im Begriffe sind, amtliche Handlungen vorzunehmen, oder auch in Bezug auf von ihnen bereits vorgenommene Handlungen. Dass der Strafschutz sich nur auf *schweizerische* Behörden und Beamte erstreckt, und zwar wiederum mit Vorbehalt von Art. 52 des Bundesstrafrechts nur auf *Bundesbehörden* und *Bundesbeamte*, geht aus dem klaren Wortlaut der betreffenden Gesetzesbestimmungen hervor ¹⁾.

Art. 47 des Bundesstrafrechts sagt: „Wer Gewalt anwendet, um die Vollziehung der Bundesgesetze, die Vornahme von Wahlen, Abstimmungen oder andere Verhandlungen, welche durch die Bundesgesetze vorgeschrieben sind, oder die Ausführung der amtlichen

¹⁾ Nach deutschem Recht ist es zweifelhaft, ob der Strafschutz sich auch auf ausländische Behörden erstrecke. Vergl. *Hälschner*: a. a. O. § 230 pag. 791 u. ff. und im Gegensatz zu diesem Schriftsteller: *v. Liszt*: Lehrbuch, pag. 573 und *Heinze*: im Gerichtssaal, Bd. XVII, pag. 737.

Befehle oder Anordnungen einer Bundesbehörde zu verhindern, oder um eine Bundesbehörde oder einen Bundesbeamten zu einer amtlichen Verfügung zu zwingen, oder von der Erlassung einer Verfügung abgehalten, soll mit Gefängnis und Geldbusse bestraft werden.

Die gleiche Strafe trifft Jeden, der an einem Mitgliede einer Bundesbehörde oder an einem Bundesbeamten wegen einer amtlichen Handlung thätliche Rache nimmt“.

Dieser Artikel unterscheidet also: Widerstand, Zwang und Rache nehmen an Bundesbeamten.

1. Was den *Widerstand* gegen die Beamten betrifft, so muss die Amtshandlung, welche dieselben vorzunehmen beabsichtigen und an welcher sie alsdann gehindert werden, vor allem eine rechtmässige sein. Sobald der Beamte die Grenzen seiner Kompetenz überschreitet, ist der Widerstand gegen ihn ein berechtigter. Die zu vollziehende Handlung muss also entweder durch ein Bundesgesetz vorgeschrieben, oder von kompetenter Stelle befohlen sein. Ferner verlangt das Gesetz, dass der Widerstand ein gewaltsamer sei. Ob zu den Gewaltthaten auch ernstliche Drohungen zu zählen sind, dürfte u. E. bejaht werden.

Was die Verhinderung von Wahlen, Abstimmungen und andern Verhandlungen anbelangt, ist auf das im § 13 Gesagte zu verweisen.

2. Ebenso ist auch die *Nötigung* von Bundesbehörden und Bundesbeamten strafbar, d. h. dasjenige Unternehmen, welches zum Zwecke hat, eine Behörde oder einen Beamten durch Gewalt zur Vornahme oder Unterlassung einer amtlichen Handlung zu zwingen.

3. Die *Thätlichkeiten* gegen Bundesbeamte verlangen nach dem Bundesstrafrecht als Voraussetzung, dass sie begangen wurden, um an ihnen wegen amtlichen Handlungen Rache zu nehmen. Realinjurien, welche aus andern Motiven entsprungen sind, werden nach kantonalem Recht beurteilt ¹⁾.

Sobald sich mehrere Personen zusammenrotten, um die oben erwähnten strafbaren Handlungen zu begehen, spricht man von *Aufbruch*. Das Bundesstrafrecht selbst kennt zwar den Ausdruck Aufbruch nicht, wohl aber die meisten kantonalen Strafgesetze. Als Subjekt beim Aufbruch wird eine Mehrheit von Personen gefordert ²⁾. Eine Zahl ist weder im Bundesstrafrecht noch in den einzelnen kantonalen Gesetzen angegeben, jedoch verlangen beinahe die meisten der letzteren eine „grössere Anzahl von Personen“ ³⁾. Eine blosse Zusammenrottung mehrerer Personen, um einer Behörde oder einem Beamten Widerstand zu leisten, ist nicht strafbar, da das Bundesstrafrecht den Begriff des Volksaufstands nicht kennt. Das Gesetz verlangt vielmehr, dass die Menge durch „gewaltsame Handlungen“ die verbrecherische Absicht an den Tag gelegt habe. Diese Fassung erhielt der Art. 46 durch die Kommission des Nationalrates über den betreffenden Gesetzesentwurf. Der Entwurf des Bundesrates bedrohte jede Zusammenrottung, mit dem Zweck, einer Bundesbehörde Widerstand zu leisten, oder sie am Erlass einer Verfügung zu hindern, oder an einem

¹⁾ Vergl. auch § 12.

²⁾ Vergl. Art. 46 des Bundesstrafrechts.

³⁾ Vergl. Thurgau § 241; Graubünden 69; Bern 74; Glarus 46; Zürich 73; Zug 42; Appenzell a. R. 57; Solothurn 57.

Beamten Rache zu nehmen. Es kann nun wohl keinem Zweifel unterliegen, dass bei jedem Volksauflauf ein derartiger Zweck beabsichtigt sein wird in einem Lande, wo das Petitionsrecht anderweitig geregelt ist. Die Erfahrung lehrt aber, dass Volksaufläufe nicht selten beim bösen Willen und etwas Geschrei stehen bleiben. Es schien nun der Kommission unpolitisch, eine allfällige Neigung zum Rücktritt mit derartigen fixen Strafbestimmungen zu hindern. Wirklich fordern denn auch andere Staaten zur Strafbarkeit solcher Zusammenrottungen noch weiter gehende Schritte. In England beginnt die Strafbarkeit erst mit dem Beharren nach Verlesung der Aufruhrakte. Diese Bestimmung des englischen Rechts schien zwar der Kommission nicht auf unsere Verhältnisse übertragbar zu sein; sie befürwortete in der Bundesversammlung deshalb, um ein greifbares Mittel des objektiven Thatbestandes zu besitzen, die Bestimmung, dass die oben erwähnte böse Absicht sich durch gewaltsame Handlungen manifestiert haben müsse ¹⁾.

II. Betrachten wir nun einige Fälle aus der Praxis.

1. Vor allem verdient hier der *Zürcher-Tonhallengekrawall* erwähnt zu werden.

Am 9. März 1871 veranstalteten die in Zürich wohnenden Deutschen in der Tonhalle ein Banket, um den Sieg der deutschen Armee in Frankreich zu feiern, wie auch dem Wunsche eines baldigen dauernden Friedens Ausdruck zu verleihen. Einem grossen Teil der zürcherischen Bevölkerung war jedoch ein solches Fest in höchstem Grade unsympathisch, da insbesondere zu jener Zeit noch die ganze Burbakische

¹⁾ Bundesblatt, 1853, I, 12.

Armee kriegsgefangen in der Schweiz weilte. Am Abend des betreffenden Tages kam es dann auch wirklich zu ernstlichen Ruhestörungen. Es rottete sich bei der Tonhalle eine grosse Volksmenge zusammen, welche gegen Mitternacht unter Führung einiger französischer Offiziere in den Saal drang, woselbst es eine grosse Schlägerei absetzte. Ein vor der Tonhalle tumultierender Volkshaufe bewarf auch das Gebäude mit Steinen und leistete der Polizei und den anwesenden Truppen lebhaften Widerstand. Eine ansehnliche Anzahl Tumultanten wurde gefangen genommen. Am darauf folgenden Tag nahmen die Unruhen noch einen weit ernsteren Charakter an und es wurden Versuche gemacht, die Gefangenen in der kantonalen Strafanstalt zu befreien. Hierauf ersuchte die zürcherische Regierung den Bundesrat um eidgenössische Intervention. Dieser entsprach dem Gesuch und sandte einen eidgenössischen Kommissär nebst einer bedeutenden militärischen Macht nach Zürich. Die Ordnung war hierauf bald wieder hergestellt und es konnten die eidgenössischen Truppen ohne Bedenken entlassen werden¹⁾.

Auf Beschluss des Bundesrates wurde, gestützt auf Art. 52 und 73 des Bundesstrafrechts, gegen eine grosse Anzahl Personen eidgenössische Strafuntersuchung eingeleitet. Am 30. Mai 1871 traten in Zürich zur Beurteilung derselben die Assisen des III. Bezirkes zusammen. Durch Urteil vom 7. Juni wurden von 42

¹⁾ Bundesblatt, 1871, II, 779—781. Bericht des Regierungsrates an den Kantonsrat über die Vorgänge vom 9.—11. März 1871 in Zürich, vom 18. April 1871. *Blumer-Morel*: Bundesstaatsrecht, I. 286 und 287.

Angeklagten sechs freigesprochen, die übrigen dagegen, gestützt auf Art. 46 des Bundesstrafrecht zu Gefängnisstrafen von 1 bis 10 Monaten, verbunden mit Geldbusse verurteilt ¹⁾).

Die internierten französischen Offiziere, welche sich an dem Tumulte beteiligt hatten, wurden gemäss Art. 205 des eidgenössischen Militärstrafgesetzbuches an die militärische Strafgerichtsbarkeit gewiesen und ebenfalls verurteilt ²⁾).

Juristisch Interessantes bietet dieser Fall gerade nicht. Allerdings lässt sich die Frage aufwerfen, ob man berechtigt gewesen sei, die internierten Franzosen, gestützt auf Art. 205 des Militärstrafgesetzbuches, unter die eidgenössische Militärstrafjustiz zu stellen. Dies ist entschieden zu verneinen. Wie schon der

¹⁾ Geschäftsbericht pro 1871, im Bundesblatt, 1872, II, 525.

²⁾ Der nunmehr aufgehobene Art. 205 des Bundesgesetzes über die Strafrechtspflege für eidg. Truppen lautete: „Bei Straffällen, bei denen Zivilpersonen und Militärpersonen der Teilnahme beschuldigt sind, darf die beschuldigte Militärperson nur durch den militärischen und die beschuldigte Zivilperson nur durch den bürgerlichen Richter verhaftet, verhört und beurteilt werden, mit Vorbehalt der Bestimmung des Art. 309.

In solchen Fällen hat jede Gerichtsstelle auf das Ansuchen der andern das Angemessene zu verfügen und ihr darüber Bericht zu erstatten.

Die beschuldigte Militärperson wird zuerst durch den militärischen Richter beurteilt und sodann die beurteilte Prozedur auf Verlangen dem bürgerlichen Richter übersendet, behufs der Beurteilung der Zivilperson.“

Art. 309: „Bei Verbrechen oder Vergehen, welche mutmasslich durch Militär- und Zivilpersonen gemeinschaftlich begangen wurden, kann die Voruntersuchung mit der Zivilbehörde gemeinschaftlich geführt werden, oder beide Behörden sollen sich die von jeder derselben aufgenommenen Akten mitteilen.“

Titel des betreffenden Gesetzes sagt, soll es einzig auf eidgenössische Truppen angewendet werden und in Bezug auf internierte Militärs findet sich im ganzen Gesetz keine einzige Bestimmung. Der Art. 205 insbesondere regelt nur die Verhältnisse zwischen angeschuldigten *eidgenössischen* Militär- und Zivilpersonen. Die Franzosen waren aber, trotzdem in der Schweiz interniert, keine eidgenössischen, sondern französische Truppen und es hätte also eigentlich französisches Militärstrafrecht zur Anwendung kommen sollen. Trotzdem sind aber doch mit Recht die eidgenössischen Strafbestimmungen angewandt worden und es hat der Bundesrat bloss unterlassen, sich auf die massgebende Gesetzesstelle zu berufen. Art. 21, Abs. 1 der Instruktion betreffend Unterkunft, Verpflegung, Besoldung und Administration der internierten französischen Militärs, welche sich auf die Convention Herzog-Clinchant vom 1. Februar 1871 stützt, lautet nämlich: „In disciplinarischer Beziehung werden die Internierten unter das eidgenössische Militärstrafgesetz gestellt. Es sind ihnen die einschlägigen Kriegsartikel vorzulesen“. Dass der Bundesrat in einem solch ausserordentlichen Fall das Recht hatte, die eidgenössische Strafjustiz auch auf fremde Truppen auszudehnen, wird ihm wohl nicht bestritten werden können. In dem neuen Bundesgesetz betreffend die Militärstrafrichterordnung vom 28. Juni 1889 ist für derartige Fälle nun vorgesorgt, indem nach Art. 1, Abs. 9 auch Internierte der Militärgerichtsbarkeit und den Militärstrafgesetzen des Bundes unterworfen sind. —

2. Ein anderer Fall betrifft den Gasthofbesitzer *Sebastian Christen-Kesselbach* in Andermatt, welcher

trotz mehrfachen Warnungen und Bussen, die ihm vom Bundesrat auferlegt worden waren, seine regelmässigen Fahrten zwischen der Station Göschenen und Andermatt nicht einstellte, worauf das Postbureau in Göschenen von seiner Oberbehörde angewiesen wurde, die Pferde und den Wagen des Sebastian Christen zu sequestrieren. Posthalter *Ulrich* in Göschenen wollte nun am 7. Januar 1886 die Sequestration vornehmen, was ihm jedoch infolge heftigen Widerstandes von Seiten des Knechtes *Renner* nicht gelang. Am gleichen Tage begab sich Christen selbst noch in die Wohnung des Posthalters Ulrich, um ihn über die beabsichtigte Beschlagnahme zu interpellieren, wobei er diesen beschimpfte und sich sogar thätlich an ihm vergriffen haben soll. Der Bundesrat erachtete daher den Thatbestand der Art. 46 und 47 gegeben und eröffnete gemäss Art. 73 des Bundesstrafrechts gegen Christen und Renner eine eidgenössische Strafuntersuchung ¹⁾. Durch die Untersuchung wurde konstatiert, dass Renner sich kein eigentliches Delikt habe zu Schulden kommen lassen, dass dagegen Christen das Postregal verletzt und gegen Posthalter Ulrich schwere Injurien ausgestossen habe. Untersuchungsrichter und Bundesanwalt stellten hierauf dem Bundesrate den Antrag, diese Angelegenheit auf gerichtlichem Wege zu erledigen, jedoch von der Einberufung eidgenössischer Assisen Umgang zu nehmen. Der Bundesrat theilte diese Ansicht und überwies gemäss Art. 74 des Bundesstrafrechts die Prozedur an die umerischen Gerichte, wobei er zugleich die Anklage gegen Renner fallen liess.

¹⁾ Bundesblatt, 1886, I, 218.

Durch Urteil des Bezirksgerichts Uri wurde entschieden, dass der Thatbestand des Art. 74 des Bundesstrafrechts in diesem Falle nicht vorliege; dagegen wurde Christen wegen Verletzung des Hausrechts, Bedrohung und Verbalinjurien gestützt auf Art. 261, § 7, 10 und 11 des ernerischen Landbuches und § 3 des Gesetzes über die Personenfreiheit vom 3. Oktbr. 1850 zu einer Busse von 200 Franken verurteilt ¹⁾).

An diesen Fall liessen sich längere Rechtserörterungen knüpfen, doch wollen wir nur in einigen kurzen Sätzen auf das Wichtigste hinweisen.

Vor allem ist die Beschlagnahme der Pferde und des Wagens durchaus unnötig, ja geradezu rechtswidrig gewesen, denn nach Art. Abs. 2 des Bundesgesetzes betreffend das Verfahren bei Uebertretungen fiskalischer und polizeilicher Bundesgesetze soll eine Sequestration unterbleiben, wenn hinreichende Sicherheit für den mutmasslichen Betrag der Strafe nebst Kosten geleistet wird und der Beschlag nicht im Interesse der Untersuchung oder aus andern Gründen als demjenigen der Deckung der Busse und Kosten als notwendig erscheint. Wir glauben nicht, dass sich für diese Beschlagnahme irgend welche stichhaltige Gründe anführen lassen.

Was nun die Kompetenz der Urner Gerichte in diesem Falle anbelangt, so muss ihnen dieselbe entschieden abgesprochen werden. Art. 73 b. des Bundesstrafrechts bestimmt: „Die Bundesassisen sind *ausschliesslich* zuständig für Aufruhr und Gewaltthat gegen die Bundesbehörden (Art. 46 bis 50)“. Der Bundesrat hat sich also eine arge Gesetzesverletzung zu

¹⁾ Bundesblatt, 1887, II, 728 und 729.

Schulden kommen lassen, indem er die kantonalen Gerichte aufforderte, Christen nach Bundesstrafrecht zu bestrafen.

§ 17.

Strafbare Aufforderungen.

I. Die Anreizung zur Verübung einer strafbaren Handlung ist ein selbständiges Verbrechen. Sie kann nicht als Versuch zur Anstiftung behandelt werden, weil die Anstiftung „als Teilnahme an dem Thun eines andern“ angesehen wird ¹⁾. Die Aufreizung ist aus dem Grunde strafbar, weil der Aufreizer durch seine Handlung kundgibt, dass er die Gesetze des Staates und die Staatsgewalt selbst, missachtet.

Nach Art. 48 des Bundesstrafrechts wird derjenige, welcher durch mündliche oder schriftliche Aeusserungen oder durch bildliche Darstellungen öffentlich zu einer der in den Art. 45 und 46 vorgesehenen Fällen aufreizt, wenn auch die Aufreizung erfolglos geblieben ist, nach den Bestimmungen über den Versuch bestraft.

Vor allem wird zum Thatbestand der Aufreizung gefordert, dass sie „öffentlich“ geschehen sei ²⁾. Aufreizungen nicht öffentlicher Art, z. B. herausfordernde Reden in kleineren Privatkreisen, sind, wenn sie erfolglos geblieben, straffrei. Die Gefährlichkeit der Aufreizung liegt nämlich gerade in der Öffentlichkeit, denn wenn eine ganze Volksmasse zu Verbrechen aufgefordert wird, lässt sich nicht zum Voraus berechnen, „ob und wie der in die Menge geschleuderte

¹⁾ v. *Liszt*: Lehrbuch, pag. 581. Vergl. auch *Hülschner*: a. a. O., pag. 796; *Berner*: a. a. O., pag. 372; *John*: a. a. O., pag. 167.

²⁾ Vergl. Bundesblatt, 1853, I, 13.

Funke zünden, ob er einen verheerenden Brand entfachen oder aber spurlos und unschädlich verglimmen wird“. ¹⁾

Die Aufforderung kann durch mündliche Mitteilung, also namentlich durch Volksreden, wie durch das Mittel der Druckerpresse begangen werden. Wird das Verbrechen durch das Mittel der Druckerpresse begangen, so kann dies durch das geschriebene Wort oder durch blosse Zeichnungen geschehen.

Nur die Aufreizung zu den in Art. 45 und 46 erwähnten Verbrechen ist nach Bundesrecht strafbar, d. h. nur die Aufreizung zu Hochverrat und Aufruhr ²⁾. Das Verbrechen, zu welchem aufgefordert wird, muss sich also — mit Vorbehalt von Art. 52 des Bundesstrafrechts — gegen die Institutionen und Behörden der Eidgenossenschaft richten. Die Aufforderung zu allen anderen politischen Verbrechen ist nach den kantonalen Gesetzen zu beurteilen. Dies muss als ein entschiedener Uebelstand in der Bundesgesetzgebung bezeichnet werden, der namentlich in der Anarchistenuntersuchung vom Jahr 1885 zu Tage trat, und worüber der damalige *Bundesanwalt Müller* folgendes bemerkt: „Wenn in der Schweiz ein Anarchist einen Banquier ermordet, um Gelder für die „Kriegskasse“ zu konfiszieren, oder einen Polizeibeamten, um ihn „unschädlich“ zu machen, so unterliegt er dem kantonalen und nicht dem eidgenössischen Strafrecht. Wenn Most zu Mord, Raub und Brand auffordert und dabei nicht speziell gegen die Eidgenossenschaft, ihre Institutionen oder Behörden eifert, so unterliegen seine

¹⁾ v. Liszt: Lehrbuch, pag. 581.

²⁾ Vergl. auch § 10 und § 16.

Helfershelfer dem kantonalen und nicht dem eidgenössischen Strafrecht und kantonaler nicht eidgenössischer Strafverfolgung. Wie sehr aber die kantonalen Strafgesetze von einander abweichen, ist männiglich bekannt. Der eigentümliche Charakter aber, der den anarchistischen Verbrechen zukömmt, fordert eine möglichst einheitliche Behandlung derselben. Es sollte in ein und demselben Staate für diese Verbrechen nur *ein* Recht und für ihre Verfolgung nur *ein* Verfahren gelten“ ¹⁾.

Die Strafe, welche auf Anreizung gesetzt ist, selbst wenn sie erfolglos blieb, richtet sich nach den Bestimmungen über den Versuch und besteht demnach höchstens in der Hälfte der auf das vollendete Verbrechen gesetzten Strafe, sofern diese teilbar ist. Auch kann zu einer gelinderen Strafart, jedoch mit verhältnismässiger Verlängerung der Dauer, geschritten werden ²⁾.

II. U. W. wurden bis heute die eidgenössischen Assisen nur ein einziges Mal zur Beurteilung eines Falles strafbarer Aufforderung besammelt.

Am 17., 18. und 25. August 1889 wurde an mehreren Orten der Schweiz ein in deutscher und französischer Sprache redigierter Aufruf, betitelt: „Manifest der schweizerischen Anarchisten“ heimlich verbreitet. Das „Manifest“ war unterzeichnet: „Die schweizerischen Anarchisten von Basel, Freiburg, Aarau, Locle, Rorschach, Neuenburg, St. Gallen, Bern, Chaux-de-fonds, Zürich, Lausanne, St. Immerthal, Genf,

¹⁾ Bericht des eidg. Generalanwalts über die anarchistischen Umtriebe in der Schweiz. Bundesblatt, 1885, III, 720 und *Stooss* im Gerichtssaal, Bd. XL, pag. 129.

²⁾ Art. 15 und 16 des Bundesstrafrechts.

Lugano, Winterthur, Biel, Glarus und Luzern“. Der Name des Verfassers oder Druckers war nicht angegeben. Die Sprache, welche in diesem Schriftstück geführt wurde, war eine ganz unverschämte; dasselbe enthielt u. A. folgende Sätze:

„Da alle Regierungen sich gleichen, welches immer ihre Benennung sein möge, so werden wir fortfahren, den Einrichtungen der Bourgeoisie einen Krieg ohne Unterlass zu liefern, die Grundlagen selbst untergrabend, auf denen die gegenwärtige Gesellschaftsorganisation beruht. Wir werden in alle Arbeiterversammlungen gehen, in denen soziale Fragen diskutiert werden, um dort den Klassenkampf zu predigen und in den Herzen der Proletarier den Hass gegen die bestehende Ordnung der Dinge zu entfachen

„Was Sie anbetrifft, Herr Generalprokurator, mögen Sie wohl versichert sein, dass die Anarchisten im Stande sind, allen ihren Unterdrückungsgesetzen die Stirne zu bieten.

„Seien Sie versichert, dass wir, ungeachtet ihres Heeres von Spitzeln, den Kämpfern, welche die fremden Regierungen auf unsern Schweizerboden geworfen haben werden, trotz alledem und alledem eine Unterkunft zu bieten wissen werden

„Und Dir, Bundesregierung, die Du Dich soeben zu den Füßen eines Königs von Italien gebeugt hast, in Göschenen, dort selbst, wo Du italienische und schweizerische Proletarier hast erschiessen lassen, Dir, die Du den Niedermetzungen von Paris, London, Chicago, Wien, Pittsburg und so vielen andern Beifall zugejauchzt hast, Dir haben wir nur zwei Worte zu sagen: Auge für Auge, Zahn für Zahn.

Hoch die Anarchie!“

Am 30. August beschloss der Bundesrat nach Einsicht eines Berichtes und Antrages des Justiz- und Polizeidepartements gegen die Urheber und Verbreiter dieses Manifestes strafrechtliche Untersuchung einzuleiten. Er gieng dabei von der Erwägung aus, dass die Urheber und Verbreiter desselben, sich der in den Art. 45, 46 und 48 des Bundesstrafrechts vorgesehenen Delikte schuldig gemacht haben. Als Generalanwalt wurde *Josef Stockmar*, Mitglied des schweiz. Nationalrates und Chef der Polizeidirektion des Kantons Bern ernannt ¹⁾.

Die Voruntersuchung förderte hauptsächlich folgendes zu Tage ²⁾:

Als Verfasser des Aufrufes bekannte sich der seit längerer Zeit in die anarchistische Propaganda verwickelte *Albert Nicolet*, geb. 1850, von La Terrière (Bern), Graveur in Chaux-de-fonds; derselbe erklärte, das Manifest nach vorherigen wiederholten Beratungen und Korrespondenzen mit andern, durch die Untersuchung nicht ermittelten Anarchisten in französischer Sprache redigiert zu haben. Der Verfasser der deutschen Uebersetzung wurde nicht ermittelt. Der Druck (in zirka 10,000 Exemplaren) erfolgte durch die Buchdruckerei Graves in Paris. Die Druckerexemplare wurden in zwei als Uhrenmacherei- und Buchdruckereikataloge deklarierten Ballots nach der Station Villers (Doubs) an die Adresse A. Robert versandt. Dort wurden sie unter letzterem Namen von Nicolet in Empfang genommen. Der Inhalt des einen

¹⁾ Bundesblatt, 1889, III, 1171.

²⁾ Das Folgende ist einer Mitteilung des Bundesgerichtsschreibers *Dr. E. Rott* in Lausanne entnommen. Zeitschrift für Schweizer Strafrecht, Bd. III, pag. 52.

Ballots wurde von Nicolet unter Mithülfe von vier Genossen, welche ihm zu diesem Zwecke von Chaux-de-fonds hergefolgt waren, nach der Schweiz geschafft; das andere Ballot wurde einstweilen in einer Grenzwaldung verborgen, dort aber von Dritten aufgefunden und der Polizei überliefert. Die in die Schweiz gebrachten Exemplare versandte Nicolet an verschiedene Personen zur Verbreitung; bei dieser beteiligten sich insbesondere der Schneider *Félicien Nicolas Darbellay* in Liddes (Wallis), geb. 1845, wohnhaft in Lausanne, und der 19jährige Schriftsetzerlehrling *Ferdinand Hänzi* von Günsberg (Solothurn), in Basel, welche beide erklärten, von dem Manifeste, bevor sie es verbreiteten, Kenntniss genommen zu haben und mit dessen Inhalt im Wesentlichen einverstanden zu sein; daneben eine Reihe anderer Personen, welche theils in der Voruntersuchung nicht sicher ermittelt werden konnten, theils, nach der Auffassung der Untersuchungsbeamten, von der Bedeutung ihrer Handlung kein Bewusstsein hatten. Der Bundesanwalt beantragte, gestützt auf den Bericht des eidg. Untersuchungsrichters, es seien in Anklagezustand zu versetzen und den eidg. Assisen zu überweisen: Albert Nicolet, gemäss Art. 48 des Bundesstrafrechts, wegen öffentlicher Aufreizung zu den in Art. 45 und 46 des Bundesstrafrechts vorgesehenen Delikten, begangen durch Abfassung, Drucklegung und Verbreitung des Manifestes, F. N. Darbellay und Ferdinand Hänzi wegen Gehülfenschaft zu diesem Delikte, begangen durch Verbreitung des Manifestes nach den Weisungen des Nicolet und mit der gleichen Absicht wie dieser.

Durch Beschluss vom 29. Oktober 1889 liess die Anklagekammer des Bundesgerichts die Anklage, so-

weit sie auf die Art. 48 und 46, nicht aber soweit sie auf Art. 45 des Bundesstrafrechts begründet wurde, gegenüber sämtlichen drei Angeklagten zu und überwies dieselben den Assisen des I. eidgenössischen Geschwornenbezirkes.

In der gemäss diesem Beschlusse abgefassten Anklage wird in rechtlicher Beziehung wesentlich bemerkt: Die Aufreizung zu Begehung der in Art. 46 des Bundesstrafrechts vorgesehenen Delikte gehe klar insbesondere aus denjenigen Stellen des Manifestes hervor, wo die Anarchisten erklären, dass sie allen Unterdrückungsgesetzen die Stirne bieten, Fremden, sogar wenn sie aus der Eidgenossenschaft ausgewiesen seien, Unterkunft gewähren und dem Bundesrate gegenüber das Gesetz der Talion zur Anwendung bringen werden, wenn dessen Beschlüsse ihrem Willen nicht entsprechen. Allerdings setze Art. 46 ein durch Zusammenrottung und gewaltsame Handlung begangenes Delikt voraus. Allein es sei klar, dass derjenige Widerstand gegen die Staatsgewalt, zu welchem das Manifest aufreize, gar nicht anders als durch Zusammenrottungen und gewaltsame Handlungen bethätigt werden könnte, und dass daher Art. 48 des Bundesstrafrechts anwendbar sei. Bei anderer Interpretation wäre die Strafdrohung des Art. 48 völlig illusorisch und bliebe die Aufreizung zu gesetzwidrigem Widerstande stets straflos.

Am 20. Dezember 1889 traten die Bundesassisen zur Beurteilung dieses Falles zusammen. Durch Urteil von demselben Tage wurden sämtliche Angeklagte, gestützt auf den Wahrspruch der Geschwornen, vom Gerichtshof freigesprochen. Eine Entschädigung für

die ausgestandene Haft wurde ihnen indessen nicht zuerkannt¹⁾).

Zu diesem freisprechenden Urteil bemerkt Bundesgerichtsschreiber Dr. Rott: „Man wird wohl nicht fehlgehen, wenn man annimmt, die Jury sei davon ausgegangen, es liegen keine Anhaltspunkte dafür vor, dass die Angeklagten irgend daran gedacht hätten, durch das Manifest Zusammenrottungen zu gewaltsamem Widerstande gegen die Bundesgewalt etc. wirklich hervorrufen zu wollen oder zu können, und es sei daher rechtlich der Thatbestand der Aufreizung zum Aufruhr im Sinne der Art. 48 und 46 des Bundesstrafrechts nicht gegeben²⁾).

Wir halten diese Ansicht zum Teil für unrichtig; wir glauben nicht, dass derartige rechtliche Erwägungen den Ausschlag gaben, sondern im Gegenteil ganz andere Motive die Geschwornen bewogen, ein „Nichtschuldig“ auszusprechen.

Das Auftreten der Angeklagten während der Hauptverhandlung war dasjenige fürchterlicher Prahlhansen, aber im übrigen ganz ungefährlicher Leute. Sie stunden nicht in Beziehung zu einer grossen Anzahl von Anarchisten, wie sie behaupteten. Dem Anarchismus huldigen in der Schweiz, wie die Untersuchung zeigte, nur eine beschränkte Anzahl von Personen, die unter sich selbst keine eigene Partei bilden. Ein Schneider, ein Graveur und ein Schriftsetzerlehrling untergraben die Grundlagen der gegenwärtigen Gesellschaftsorganisation noch lange nicht, mögen die

¹⁾ Vergl. auch Bundesblatt, 1890, II, pag. 206 u. 207.

²⁾ Zeitschrift für Schweizer Strafrecht, Bd. III, pag. 55.

Geschwornen gedacht haben. Die grössten Schreier sind von jeher die ungefährlichsten Leute gewesen¹⁾.

Im Uebrigen halten wir dafür, dass im vorliegenden Fall eine Anklage, gestützt auf Art. 46 und 48 des Bundesstrafrechts, unzulässig war. Die That ist gewiss zu tadeln und hätte eigentlich auch Strafe verdient; eine Aufreizung aber im Sinne der cit. Artikel können wir aus dem Manifest nicht herausfinden. Das Manifest enthält schwere Drohungen gegen die Bundesbehörden, aber keine Aufreizungen, wie das Gesetz sie verlangt. Blosser Drohungen gegen Bundesbehörden sind aber nach Bundesstrafrecht nicht strafbar²⁾.

Der Bundesrat wird gut thun, wenn er es in Zukunft mit solchen Drohungen nicht zu ernst nimmt. Er kann versichert sein, dass in der Schweiz eine eminent kleine Zahl von Personen dem Unding von Anarchismus huldigt. Sollten aber diese Wenigen einst die „Propaganda der That“ verwirklichen wollen, so mag man die Strafgesetze mit ihrer ganzen Härte zur Anwendung bringen. Denn was sind die Anarchisten anderes, als die gemeinsten der gemeinen Verbrecher! ³⁾.

¹⁾ Bundesblatt, 1890, II, 207.

²⁾ *Stooss*: im Gerichtssaal, Bd. 40, pag. 129.

³⁾ Näheres über den Anarchismus in der Schweiz findet sich im Bundesblatt, 1885, III, 537 u. ff.; II, 724 ff.; 1889, II, 782; 1890, II, 204; *v. Salis*: Schweiz. Bundesrecht, Nr. 1368 u. ff. im IV. Bd.

§ 18.

Befreiung von Verhafteten und Vereitelung eines Verhaftsbefehls.

I. Die widerrechtliche Befreiung von Verhafteten und die Vereitelung eines Verhaftsbefehls sind Eingriffe in Amtshandlungen und als solche von den Strafgesetzen mit Strafe bedroht ¹⁾. So bestimmt Art. 50 des Bundesstrafrechts: „Wer einer auf Befehl eines Bundesbeamten oder einer Bundesbehörde verhafteten Person durch List oder Gewalt zum Entweichen behilflich ist oder auf eben diese Weise die Vollziehung eines durch eine Bundesbehörde erlassenen Verhaftsbefehls vereitelt, ist mit einer Geldbusse und in schweren Fällen überdies mit Gefängnis von höchstens zwei Jahren zu bestrafen.“

Nach dieser Gesetzesbestimmung ist in erster Linie erforderlich, dass der Verhaftete auf Befehl eines *Bundesbeamten* verhaftet wurde, z. B. auf Geheiss des Generalanwaltes. Ob die Verhaftung selbst von einem Bundes- oder kantonalen Beamten vorgenommen wurde, ist ganz gleichgültig, wenn nur der Verhaftsbefehl von einer hiezu kompetenten Bundesstelle erlassen wurde.

Ferner kann man im Zweifel darüber sein, was man unter „verhafteter Person“ zu verstehen hat, insbesondere ob dieser Begriff auch nach Bundesstrafrecht abgeurteilte Individuen umfasst, die nun behufs Abbüssung ihrer Strafe in irgend einer kantonalen Straf-

¹⁾ Vergl. *Temme*: a. a. O., pag. 398. *Berner*: a. a. O., 363. *Hälschner*: a. a. O.' 960. v. *Liszt*: Lehrbuch, pag. 578. *John* in Holtzendorff's Handbuch, pag. 142. *Stenglein* in der Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft, Bd. IV, pag. 487.

anstalt untergebracht sind. Wir glauben ja; denn da der Bund keine eigenen Gefängnisse besitzt, sondern in jedem einzelnen Falle die Fehlbaren irgend einem Kantone zum Strafvollzug überweisen muss, wäre diese Bestimmung rein illusorisch.

Der Vereitelung eines Verhaftsbefehls macht sich hauptsächlich schuldig, wer einen strafrechtlich Verfolgten verheimlicht, über die Grenze schafft, Polizeibeamte besticht, etc. Dieses Verbrechen, wie dasjenige der widerrechtlichen Befreiung eines Gefangenen, kann durch Anwendung von Gewalt, oder durch blosse List verübt werden.

Was die Strafen anbelangt, welche auf diese Verbrechen gesetzt sind, müssen sie als sehr milde bezeichnet werden. Die Kantone bestrafen dieselben bedeutend härter¹⁾. Dieses mildere Strafgesetz findet auch dann bei Befreiung von *kantonalen* Gefangenen oder bei Vereitelung eines von einer *kantonalen* Behörde erlassenen Verhaftsbefehls Anwendung, wenn dadurch eine eidgenössische Intervention nötig wurde. Denn wenn Art. 52 sagt: „Wenn eine der in Art. 45 bis 50 bezeichneten Handlungen Ursache oder Folge von Unruhen sind etc.“, so ist darunter offenbar Art. 50 inbegriffen; jedenfalls liegt kein Grund vor, diesen Artikel davon auszuschliessen.

II. Aus der Praxis ist uns kein ähnlicher Fall bekannt.

¹⁾ Vergleich z. B. Aargau § 78; Luzern 105; Obwalden 51 und v. a.

Rückblick.

Blicken wir nun auf die verschiedenen Verbrechen zurück, so sehen wir, dass die einen beinahe immer aus politischen Motiven entspringen, während bei der Begehung anderer solche Motive wohl vorhanden sein, aber ebenso gut fehlen können. Politische Beweggründe werden z. B. bei Hochverrat und Landesverrat in der Regel bemerkbar sein, während dies bei der Befreiung von Gefangenen und bei Injurien nur selten der Fall sein dürfte. Trotzdem darf man aber doch mit Recht von politischen Verbrechen, als von einer besonderen Deliktsgruppe sprechen, denn aus dem bisher Gesagten ergibt es sich, dass sie eine gemeinsame historische Grundlage haben. Ebenso deutlich geht aber auch hervor, dass die politischen Verbrechen von den gemeinen nicht scharf abgegrenzt werden können, ja, dass die ersteren allmählich in die letztern übergehen.

Zweiter Abschnitt.

Die Strafen für politische Verbrechen.

§ 19.

Die Todesstrafe.

Art. 65 der Bundesverfassung lautet:

„Wegen politischer Verbrechen darf kein Todesurteil gefällt werden.

Körperliche Strafen sind untersagt.“

Dieser Artikel hat eine besondere Geschichte. Die Bundesverfassung vom Jahr 1848 stellte in Art. 54 die Bestimmung auf:

„Wegen politischer Verbrechen darf kein Todesurteil gefällt werden.“

Die verunglückte Verfassungsrevision vom Jahr 1872 dehnte dieses Verbot in Art. 61 auch auf gemeine Verbrechen aus, indem daselbst bestimmt wurde:

„Die Todesstrafe ist abgeschafft.

Die Bestimmungen des Militärstrafgesetzes bleiben jedoch vorbehalten.

Körperliche Strafen sind untersagt.“

Wörtlich gelangten diese Strafsätze in die Verfassung von 1874, nur dass im zweiten Satz nach „jedoch“ die Worte „in Kriegszeiten“ neu hinzugefügt wurden.

Dieser Rechtszustand sollte jedoch nicht von langer Dauer sein, denn als in der zweiten Hälfte der 70er Jahre eine grössere Anzahl von scheusslichen Mordthaten begangen wurde, erhob sich im Volke ein gewaltiger Sturm gegen das Verbot der Todesstrafe. Eine Volkspetition, mit über 30,000 Unterschriften versehen, verlangte die Aufhebung dieses Verbotes¹⁾. Dazu reichte *Ständerat Freuler* von Schaffhausen am 2. Dezember 1878 dem Ständerat folgende Motion ein:

Die Bundesversammlung wolle beschliessen:

1. Art. 65 der Bundesverfassung sei aufgehoben.

2. An seine Stelle trete folgender Artikel:

Auf politische Verbrechen und Vergehen darf im Gebiete der Eidgenossenschaft die Todesstrafe nicht verhängt werden.

3. Dieser Beschluss ist als Aenderung des Grundgesetzes und als neues Gesetz zu promulgieren²⁾.

Am 17. Dezember erklärte der Ständerat diese Motion als erheblich, welchem Beschluss alsobald der Nationalrat zustimmte. Diese ganze Angelegenheit wurde hierauf dem Bundesrat zur Begutachtung überwiesen, welcher zu dem Schluss gelangte, es sei in die Motion Freuler und in die Petition um Wiedereinführung der Todesstrafe nicht einzutreten³⁾. Trotzdem wurde durch Bundesbeschluss vom 28. März 1879 die Revision der Bundesverfassung im Sinne der Aufhebung der Todesstrafe für politische Verbrechen beschlossen⁴⁾. Die Volksabstimmung vom 18. Mai ergab

¹⁾ Bundesblatt, 1879, I, 658.

²⁾ Bundesblatt, 1879, I, 658.

³⁾ Bundesblatt, 1879, I, 659.

⁴⁾ Bundesblatt, 1879, I, 685.

sowohl eine Mehrheit der stimmenden Schweizerbürger, als eine solche der Stände zu Gunsten der abgeänderten Fassung des Art. 65, worauf derselbe durch Bundesbeschluss vom 20. Juni 1879 in Kraft erklärt wurde¹⁾.

Diese Abänderung bewirkte, dass eine Anzahl Kantone die Todesstrafe wieder einführten. Es sind dies folgende: Appenzell J.-Rh., Obwalden, Uri, Wallis, Zug, St. Gallen, Schwyz, Luzern, Schaffhausen und Freiburg²⁾. Seitdem die Todesstrafe für gemeine Verbrechen in der Schweiz wieder gestattet ist, wurden in letzter Zeit drei Todesurteile vollzogen. Die Namen dieser Unglücklichen sind: Gatti, Keller und Abegg. Der Letztgenannte wurde sogar, zum Spott und zur Schande der ganzen Schweiz, zu Schwyz öffentlich hingerichtet³⁾.

Es ist hier nun freilich nicht der Ort zu untersuchen, ob die Todesstrafe überhaupt irgendwelche Berechtigung und Zweckmässigkeit für sich beanspruchen könne oder nicht. Es liegt uns vielmehr die Frage zur Untersuchung und Beantwortung vor, ob die politischen Verbrecher milderer Strafen würdig seien als die gemeinen, resp. ob der Ausschluss der

¹⁾ Bundesblatt, 1879, II, 850 u. ff. Vergl. auch *Blumer-Morel*: Bundesstaatsrecht, 3. Aufl., I, 574; *Stooss*: Grundzüge, I, 56 u. ff; *v. Salis*: Bundesstaatsrecht, I, Nr. 240 I; Zeitschrift für schweiz. Recht, n. F., Bd. I, pag. 311, Nr. 285 u. ff.; *Hilty*: Ueber die Wiedereinführung der Todesstrafe, Bern 1879.

²⁾ *Stooss*: Die schweiz. Strafgesetzbücher. Schaffhausen und Freiburg dort noch nicht angeführt. *v. Liszt*: Lehrbuch, pag. 261.

³⁾ Siehe auch *Meyer v. Schauensee*: Der Kriminalfall Gatti, in der Zeitschrift für Schweizer Strafrecht, Bd. V, pag. 221 u. ff.

Todesstrafe für politische Verbrechen sich rechtfertigen lasse. Trotzdem können wir aber nicht umhin in kurzen Worten einige allgemeine Gesichtspunkte in betreff der Todesstrafe zu berühren¹⁾.

Man hat in letzter Zeit lebhaft darüber gestritten, ob der Staat berechtigt sei, einem Menschen das Leben zu nehmen. Wir zweifeln daran absolut nicht; denn wenn der Staat das Recht hat, gewisse Individuen während ihres ganzen Lebens der Freiheit, eines gewiss nicht minder köstlichen Gutes, zu berauben, warum sollte ihm das Recht über Leben und Tod eines Menschen bestritten werden können? Dem Staat ist es überhaupt gestattet, durch jedwede Mittel den Verbrechen vorzubeugen, nur müssen diese vor ihrer Anwendung gesetzlich sanktioniert sein.

Dass die Todesstrafe als Abschreckungsmittel die Zahl der Verbrechen reduziert, wird heute wohl niemand mehr ernstlich behaupten wollen, da ja hinlänglich bekannt ist, dass der Verbrecher zur Zeit der Begehung des Delikts nicht an die Folgen seiner That und am allerwenigsten an die Möglichkeit einer Bestrafung denkt.

¹⁾ Die Litteratur über die Todesstrafe muss als eine beinahe unerschöpfliche bezeichnet werden. Wir zitieren hier nur einige wenige Schriftsteller. *Zöpfel*: Rechtmässigkeit und Zweckmässigkeit der Todesstrafe, Heidelberg 1839; *Næller*: Wissenschaft und Leben in Beziehung auf die Todesstrafe, Darmstadt 1845; *Mittermaier*: Die Todesstrafe, Heidelberg 1862; *Schaible*: Die Todes- und Freiheitsstrafe, Berlin 1869; *v. Holtzendorff*: Das Verbrechen des Mordes und die Todesstrafe, Berlin 1875; *Pfotenhauer*: Aphorismen über die Todesstrafe, 1879; *Bismarcks* Rede vom 23. Mai 1870; *A. v. Orelli*: La peine de mort en Suisse, Revue de droit internat., Bd. XI; *Lucas*: Rapport verbal sur la peine de mort en Suisse. Orléans 1880.

Die Todesstrafe kann u. E. nur als Sicherungsmittel in Frage kommen und da muss allerdings zugegeben werden, dass sie als solches die erste Stelle behauptet. Dagegen wird aber mit Recht angeführt, dass es dem Menschen nicht unmöglich sein sollte, ausbruchsichere Gefängnisse herzustellen, und dass beim verworfensten Verbrecher selbst immer noch Hoffnung auf Besserung vorhanden sei. Denn nicht den Tod des Sünders soll die menschliche Gesellschaft verlangen, sondern Reue und Besserung.

Da die Todesstrafe sich aber nicht einmal für gemeine Verbrechen rechtfertigen lässt, wie viel weniger also für die politischen, deren Subjekte in der Regel niemals rückfällig werden, und zudem in dem Wahn sich befinden, eine gute That vollführt zu haben.

In der Einleitung haben wir gesehen mit welcher harten Strafen früher die politischen Verbrechen geahndet wurden. Dadurch glaubte man sich vor Revolutionen und Umsturzbewegungen sichern zu können. Die Geschichte hat aber auf das Deutlichste gelehrt, dass sie zu der Zeit, als nur wenige Menschen an freie Staatsverfassungen dachten, auch bei milderem Strafgesetzen unangefochten bestanden haben würden, in einer spätern Epoche indessen daran scheitern, dass einzelne Gegner durch das Bewusstsein eines mächtigen Rückhaltes in der Volksmasse trotz aller Abschreckung dennoch zum Angriffe gegen vermeintlich oder wirklich unhaltbar gewordene Staatseinrichtungen angetrieben werden. Gegenüber der grossen Mehrzahl der politischen Verbrecher ist daher die durch die Todesstrafe zu erreichende Wirkung eine ausserordentlich geringe. Angedroht, wird sie nicht ge-

fürchtet, weil sich leidenschaftlich erregte Gemüter und verblendete Köpfe darüber hinwegsetzen und diesen die Androhung selbst nur als ein Akt der Tyrannei, nicht aber als ein Postulat des Rechts erscheint und deswegen nach ihrer Ansicht um so grösseren Hass verdient. Vollstreckt wird sie nicht zur Befestigung der öffentlichen Ordnung, sondern im Gegenteil zur moralischen Schwächung derjenigen beitragen, denen man die Beweggründe des Rachegefühls unterschiebt. Die Todesstrafe gegen einen bereits unterlegenen politischen Verbrecher anwenden heisst niemals das Rechtsgefühl stärken und die Furcht vor Gesetzesverletzungen mehren, sondern die Erwägung hervorrufen, dass es in vielen Fällen nur der Zufall ist, welcher über den Ausgang politischer Kämpfe entscheidet und damit den Massstab der Verdienstlichkeit oder Verwerflichkeit eines und desselben Thuns bestimmt¹⁾.

Unter solchen Gesichtspunkten that man sehr gut, die Todesstrafe in der Schweiz wenigstens für politische Verbrechen zu verbieten. Denn nirgends ist die Gefahr, dass dieselbe missbraucht werde, grösser, wie bei politischen Prozessen, während umgekehrt der Nutzen für den Staat ein äusserst geringer ist²⁾.

Der Grundsatz der Nichtanwendung der Todesstrafe bei politischen Verbrechen wurde zuerst von den Franzosen *Guizot* und *Lamartine* aufgestellt³⁾,

¹⁾ v. *Holtzendorff*: Das Verbrechen des Mordes und die Todesstrafe, pag. 77.

²⁾ Beispiele dazu finden sich bei *Feddersen*: Geschichte der schweizerischen Regeneration, Zürich 1867, pag. 345 ff., 421 ff.

³⁾ Zwar schon vor dieser Verfassung war durch die Erklärung der provisorischen Regierung vom 25. Febr. 1848 die Abschaffung der Todesstrafe für politische Verbrechen proklamiert.

welchem alsdann durch die Verfassung vom 4. November 1848 gesetzliche Anerkennung verschafft wurde ¹⁾. Spätere Erfahrungen zeigten aber, dass man leider dieses Gesetz nicht selten missachtete. So wurde es z. B. während des Staatsstreiches vom Jahr 1851, wie zur Zeit der Erhebung der Pariser Commune öfters gebrochen, und es schildert *v. Holtzendorff* diesen Zustand in Frankreich mit folgenden Worten: „Das Gesetz hat seit 1848 die Todesstrafe für politische Verbrechen abgeschafft, aber die im Bürgerkriege siegreichen Parteien erklären die Gegner hinterher ausser dem Gesetze, um sie desto sicherer, bequemer und einfacher abthun zu können“ ²⁾.

Bei uns in der Schweiz wurden bis heute keine derartige schlimme Erfahrungen gemacht, sondern es hat im Gegenteil der Art. 65 (resp. der frühere Art. 54) bereits seine guten Früchte gezeitigt, denn bei den Aufständen, welche sich zu Anfang der 50er Jahre im Kanton Freiburg ereigneten, hat man sich auf ihn berufen, und dadurch den Vollzug von politischen Todesurteilen verhindert ³⁾.

§ 20.

Die Freiheitsstrafen.

Das Bundesstrafrecht kennt zwei Arten von Freiheitsstrafen, die als Hauptstrafen angewandt werden: Zuchthaus und Gefängnis. Eine Nebenstrafe an der Freiheit ist die Ausweisung.

¹⁾ Der Erstere ist namentlich bekannt durch das Werk, betitelt: „De la peine de mort en matière politique“. Vergl. auch § 4.

²⁾ *v. Holtzendorff*: Das Verbrechen des Mordes und die Todesstrafe, pag. 79.

³⁾ *Blumer-Morel*: Handbuch des Bundesstaatsrechts, I, 574.

I. *Die Zuchthausstrafe* ist nach Bundesrecht die schwerste Strafe und besteht in der Unterbringung des Verbrechers in einer Strafanstalt unter Anhaltung zu angemessener Arbeit¹⁾. Der Bund besitzt, wie schon früher angedeutet wurde, keine eigenen Anstalten zur Versorgung der Sträflinge. Er überlässt den Strafvollzug vielmehr den Kantonen, welche von ihm dafür angemessen zu entschädigen sind. Indessen dürfte die Zeit in nicht mehr allzu grosser Ferne liegen, wo eine eidgenössische Strafanstalt behufs Unterbringung der lebenslänglich Verurteilten und der gefährlichsten Ausbrecher ins Leben tritt. Ein derartiges Institut hat in der Schweiz schon längst gemangelt, denn in den meisten Kantonen sind die Einrichtungen zum Strafvollzuge äusserst mangelhafte²⁾.

Was die Dauer der Zuchthausstrafe anbetrifft, so darf sie nicht weniger als 1 Jahr und mehr als 30 Jahre betragen³⁾. Ausnahmsweise ist auch *lebenslängliche* Zuchthausstrafe in denjenigen Fällen anwendbar, wo das Gesetz dieselbe ausdrücklich androht⁴⁾.

¹⁾ Bundesstrafrecht, Art. 3, Abs. 1.

²⁾ Vergl. *Hürbin*: Der Strafvollzug in der Schweiz. Zeitschrift für Schweizer Strafrecht, Bd. IV, pag. 487 u. ff; *Tallichet*: Rapport sur les établissements de détention pour les condamnés à perpétuité et les malfaiteurs dangereux. Verhandlungen des Vereins für Straf- und Gefängniswesen, IX. Verhandlung, Lausanne 1879, pag. 15 ff; *Hürbin*: Ueber die Notwendigkeit und Einrichtung eines Zellengefängnisses für gefährliche langjährige und lebenslängliche männliche Sträflinge in der Schweiz. Verhandlungen des Vereins für Straf- und Gefängniswesen, X. Versammlung, Solothurn 1880. Beil. II, und Korreferat von *Huber*: Ebenda, Beil. III.

³⁾ Bundesstrafrecht, Art. 3, Abs. 4.

⁴⁾ Bundesstrafrecht, Art. 3, Abs. 5; womit zu vergleichen Art. 36; 37; 62, Abs. 2.

Dies ist der Fall bei Hochverrat und Landesverrat. (Art. 36 und 37).

Mit der Zuchthausstrafe ist immer der Verlust des Aktivbürgerrechts für eine vom Richter zu bestimmende Zeit verbunden ¹⁾. Der Zuchthaussträfling kann ferner während der Dauer der Strafe nach Massgabe der Gesetze seiner Heimat in der gewöhnlichen Handlungsfähigkeit beschränkt, oder es kann ihm dieselbe auch gänzlich entzogen werden. U. E. hätte man bei der Abfassung des *Gesetzes betreffend die persönliche Handlungsfähigkeit* vom 22. Brachmonat 1881 gut gethan, wenn man den Kantonen nur gestattet hätte, den wegen gemeinen Verbrechen zu Freiheitsstrafe Verurteilten die Handlungsfähigkeit gänzlich zu entziehen ²⁾. Aus welchen Gründen sollte z. B. einem politischen Verbrecher die Errichtung eines Testaments versagt werden können?

II. *Die Gefängnisstrafe.* Dieselbe besteht in der Einschliessung der Verurteilten in einem Gefängnis oder in einem Korrektionshause ³⁾. Die Gefängnissträflinge werden in der Regel in einem andern Gebäude untergebracht als die Zuchthaussträflinge. Die Erstern dürfen nach den meisten kantonalen Gesetzen nicht zur Arbeit gezwungen werden, falls sie in der Lage sind, für ihren Unterhalt aufzukommen. Auch ist es nicht gestattet, den Verlust der Freiheit durch andere Uebel, welche dem Gefangenen zugefügt werden, zu erschweren ⁴⁾.

¹⁾ Bundesstrafrecht, Art. 3. Abs. 2.

²⁾ Bundesstrafrecht, Art. 3, Abs. 3 und Bundesgesetz betreffend die persönliche Handlungsfähigkeit, Art. 5, Satz 3.

³⁾ Bundesstrafrecht, Art. 4, Satz 1.

⁴⁾ Bundesstrafrecht, Art. 4, Satz 2.

Das Maximum der Gefängnisstrafe beträgt sechs Jahre¹⁾. Ein Minimum kennt das Gesetz nicht, doch dürfte die kürzeste Dauer ein Tag sein.

Neben der Gefängnisstrafe kann auch auf Amtsentsetzung sowohl, als auf Verlust des Aktivbürgerrechts erkannt werden, ohne dass das Gesetz diese letzteren Strafen ausdrücklich androht²⁾.

Bei Umwandlung der Zuchthausstrafe in Gefängnisstrafe ist die Dauer derselben um die Hälfte zu erhöhen, im umgekehrten Fall aber, um einen Drittel zu verkürzen³⁾.

Nach dem *Strafgesetzbuch für das deutsche Reich* werden die leichten politischen Verbrechen meistens mit Festungshaft bestraft. Es fragt sich, ob man auch in der Schweiz bei Abfassung eines neuen Strafgesetzbuches nicht gut thun würde, für dieselben eine besondere Strafart einzuführen. Wir halten dies nicht für wünschenswert; dagegen möchten wir für politische Verbrechen in vielen Fällen eine längere Gefängnisstrafe statt der Zuchthausstrafe angedroht wissen. Die Zuchthausstrafe soll bei politischen Delikten nur ganz ausnahmsweise, z. B. bei Landesverrat, zur Anwendung kommen. Es müsste demnach in dem neuen Strafgesetz die Verhängung der Gefängnisstrafe in einigen gesetzlich zu bestimmenden Fällen etwa bis auf die Dauer von 10 Jahren zulässig sein⁴⁾.

¹⁾ Bundesstrafrecht, Art. 4, Satz 3.

²⁾ Bundesstrafrecht, Art. 4, Satz 5.

³⁾ Bundesstrafrecht, Art. 4, Satz 4.

⁴⁾ Der Vorentwurf zum schweizerischen Strafgesetzbuch von Prof. *Stooss* bestimmt in Art. 20: „Die Gefängnisstrafe wird auf acht Tage bis auf ein Jahr erkannt.“

In den gesetzlich bestimmten Fällen kann auf Gefängnis bis zu fünf Jahren erkannt werden.“

III. *Die Ausweisung* aus dem Gebiete der schweizerischen Eidgenossenschaft ist eine Nebenstrafe, d. h. sie soll nur in Verbindung mit einer Freiheitsstrafe verhängt werden ¹⁾. Nach Art. 44 der Bundesverfassung darf kein Kanton einen Kantonsbürger aus seinem Gebiete verbannen (verweisen) oder ihn des Bürgerrechts verlustig erklären. Es ist hiernach nicht gestattet einen Kantonsbürger durch ein strafgerichtliches Urteil aus dem Kantonsgebiet oder nur aus einem Teil desselben zu verweisen. Dieser Rechtsschutz wird aber auch den niedergelassenen fremden Kantonsbürgern zu Teil, denn nach Art. 60 der Bundesverfassung sind sämtliche Kantone verpflichtet, alle Schweizerbürger in der Gesetzgebung sowohl, als im gerichtlichen Verfahren den Bürgern des eigenen Kantons gleichzuhalten. Diese Gleichstellung aller Schweizerbürger, in welchem Kanton sie sich immer aufhalten mögen, führt folgerichtig, wie *Stooss* bemerkt, zu dem Satze: „Kein Kanton darf einen *Schweizerbürger* aus dem Gebiete verweisen ²⁾.“ Dieses Verbot gilt aber nicht für den Bund, denn es kann heute noch ein Schweizer auf Grund des Bundesstrafrechts aus der Schweiz ver-

¹⁾ Oder auch in Verbindung mit Amtsentsetzung; Bundesstrafrecht Art. 5, Abs. 4.

²⁾ *Stooss*: Die Grundzüge des schweizerischen Strafrechts, pag. 60 ff und 358. Vergl. ferner *Hilty*: Ueber die Landesverweisung nach eidg. Recht, in der Zeitschrift für schweiz. Gesetzgebung und Rechtspflege, Bd. II, pag. 605—632; *Blumer-Morel*: Handbuch des schweizerischen Bundesstaatsrechts, Bd. I, pag. 575 ff; *Langhard*: Das Recht der politischen Fremdenausweisung, pag. 49 ff; *Chantre*: Du séjour et de l'expulsion des étrangers, pag. 7 ff; *v. Salis*: Schweiz. Bundesrecht, Bd. I, Nr. 345.

bannt werden ¹⁾. Den Verlust des Landes- und Bürgerrechts zieht die Landesverweisung nicht nach sich; auch kann sie gegenüber von Schweizerbürgern nie länger als auf 10 Jahre ausgesprochen werden und ist niemals gegenüber von rückfälligen oder gefährlichen Verbrechern in Anwendung zu bringen ²⁾. Zudem soll bei der Ausfällung dieser Strafe Wahrscheinlichkeit vorhanden sein, dass der zu Verurteilende im Stande sei, ausser Landes sich auf eine erteilte Weise durchzubringen ³⁾. Im Uebrigen bleibt es dem Ermessen des Richters überlassen, ob und in welchen Fällen er die Verbannung eintreten lassen will; ausgenommen bei denjenigen Vergehen, bei welchen das Gesetz blosse Geldbusse androht ⁴⁾.

Es liegt also ausser allem Zweifel, dass gegenwärtig noch ein Schweizer auf Grund des Bundesstrafrechts temporär aus der *Schweiz* weggewiesen werden kann, obschon nach Art. 44 der Bundesverfassung über einen Schweizerbürger die Strafe der *Kantonsverweisung* nicht verhängt werden darf. Es ist dies ein Anachronismus, welchen hoffentlich das neue Strafgesetz beseitigen wird.

Chantre gesteht dem Staate das Recht nicht zu, seine Bürger auszuweisen und sie an dem Betreten des heimatlichen Bodens zu hindern, denn jedermann, sagt er, müsse ein Vaterland haben, das ihm in allen Fällen

¹⁾ Vergl. *Stooss*: Grundzüge, pag. 60; *Langhard*: a. a. O. pag. 50; *Blumer-Morel*: Handbuch, pag. 580.

²⁾ Bundesstrafrecht, Art. 5, Abs. 2 u. 3.

³⁾ Bundesstrafrecht, Art. 5, Abs. 6.

⁴⁾ Bundesstrafrecht, Art. 5, Abs. 5.

eine Zuflucht bietet¹⁾. Dies ist u. E. nicht richtig. Der souveräne Staat ist omnipotent und niemand wäre berechtigt, ihn an der Ausweisung einer seiner Angehörigen zu hindern. Aus dem Staatsrecht kann der Bürger keine Berechtigung zum dauernden Aufenthalt in seiner Heimat herleiten.

Während die gerichtliche Landesverweisung als Strafe erscheint, ist die *politische Ausweisung* dagegen eine reine Verwaltungsmassregel. Nach Art. 70 der Bundesverfassung können *nur* Fremde aus dem schweizerischen Gebiete weggewiesen werden. Auf Schweizerbürger erstreckt sich die politische Ausweisung nicht²⁾. Dieser Grundsatz war schon im Art. 57 der Verfassung vom Jahr 1848 ausgesprochen und es muss daher die Ausweisung des *Bischoffs Mermillod* durch den Bundesrat vom Jahr 1873 entschieden als verfassungswidrig bezeichnet werden³⁾.

§ 21.

Die Ehrenstrafen.

Das Bundesstrafrecht kennt zwei Ehrenstrafen: *Amtsentsetzung* und *Verlust des Aktivbürgerrechts*⁴⁾.

I. Mit der *Amtsentsetzung* ist die Unfähigkeit zur Bekleidung eines öffentlichen Amtes oder einer An-

¹⁾ Er sagt wörtlich: „Un Etat n'a jamais le droit d'empêcher un de ses propres citoyens d'entrer sur son territoire; il n'a jamais le droit de l'en exclure. Cela semble incontestable.“ Du séjour et de l'expulsion des étrangers, pag. 8.

²⁾ Vergl. *Langhard*: a. a. O., pag. 42 ff.

³⁾ Mermillod war nämlich Bürger von Carouge (Kanton Genf). Näheres siehe: Bundesblatt, 1873, I, pag. 364, 363; III, pag. 437; 1883, Bd. II, pag. 391; *Langhard*: a. a. O., pag. 71 ff; *c. Salis*: Bundesstaatsrecht, Bd. II, Nr. 688; *Hilty*: Politisches Jahrbuch, Bd. I, pag. 603.

⁴⁾ Vergl. *Stooss*: Grundzüge, pag. 364 ff.

stellung für eine durch das Urteil zu bestimmende Zeit von 2 bis 10 Jahren verbunden¹⁾. Diese Ehrenstrafe kann nach dem Bundesgesetz sowohl als Hauptstrafe wie als Nebenstrafe verhängt werden²⁾. Bei politischen Verbrechen dürfte sie indessen ausschliesslich Nebenstrafe sein.

II. Der *Verlust des Aktivbürgerrechts* ist immer blosser Nebenstrafe und besteht darin, dass der mit dieser Strafe Belegte unfähig wird, das ihm nach der Verfassung oder den Gesetzen des Bundes oder eines Kantons zustehende Stimm- und Wahlrecht auszuüben, oder ein öffentliches Amt zu bekleiden. Die längste Dauer dieser Strafe kann sich bei Zuchthaus bis auf Lebenszeit erstrecken; bei Gefängnis dagegen über die Gefängnisstrafe hinaus, nicht über 10 Jahre³⁾.

§ 22.

Die Geldstrafe.

Das Bundesstrafrecht erklärt auch Geldbussen bis zur Höhe von 10,000 Fr. als anwendbar und zwar sowohl als Hauptstrafen wie als Nebenstrafen⁴⁾. Wenn Geldbussen ausgefällt werden, so soll für den Fall, dass dieselben nicht innerhalb der Frist von 3 Monaten erhältlich sind, oder im Fall der Zahlungsunfähigkeit des Verurteilten in dem Urteil zugleich die Umwandlung in Gefängnisstrafe ausgesprochen werden. Dabei ist für je 5 Fr. Busse 1 Tag Gefängnis zu rechnen⁵⁾.

¹⁾ Bundesstrafrecht, Art. 6.

²⁾ Bundesstrafrecht, Art. 4, Abs. 5 und Art. 54.

³⁾ Bundesstrafrecht, Art. 7; Vergl. auch *Stooss*: Grundzüge, pag. 365 ff.

⁴⁾ Bundesstrafrecht, Art. 2 f.

⁵⁾ Bundesstrafrecht, Art. 7.

Tabelle zur Bestrafung der politischen Verbrechen.

Verbrechen.			Zuchthaus- strafe	Gefängnis- strafe	Geldbusse
Verbrechen gegen den Staat	Hoch- verrat	Hochverrat am Staatsgebiet	10 Jahre bis auf Lebenszeit		
		Hochverrat an der Verfassung und den Behörden	1—30 Jahre		
	Landes- verrat	Militärischer Landesverrat	10 Jahre bis auf Lebenszeit		
		Diplomatischer Landesverrat	1—30 Jahre		
	Beleidigungen der Bundesbeamten			In schweren Fällen bis 6 Monate	Bis auf 2000 Fr.
	Verbrechen gegen das Wahl- und Stimmrecht			In schweren Fällen bis 2 Jahre	Bis auf 10,000 Fr.
Verbrechen gegen das Völkerrecht	Völkerrechtswidrige Handlungen gegen die Schweiz		In schweren Fällen 1—30 Jahre	1—6 Jahre nebst Geldbusse	Bis auf 10,000 Fr. neben Gefängnis
	Völker- rechts- widrige Handlungen gegen fremde Staaten	Verletzung eines fremden Gebietes und andere völkerrechtswidr. Handlg.		1—6 Jahre oder Geldbusse bis 10,000 Fr.	Bis auf 10,000 Fr. oder Gefängnis
		Beschimpfung eines fremden Volkes oder des Souveräns oder der Regierung		In schweren Fällen bis 6 Monate	Bis auf 2000 Fr.
Verbrechen gegen die Staatsgewalt	Widersetzung, Nötigung und Thätlichkeiten gegen Bundesbeamte			1—6 Jahre nebst Geldbusse bis 10,000 Fr.	
	Aufruhr		Nur in schweren Fällen	1—6 Jahre nebst Geldbusse bis 10,000 Fr.	
	Strafbare Aufforderungen		Bis auf die Hälfte d. Strafe f. Hochverrat an d. Verfass. u. d. Behörd.	Bis auf die Hälfte der Strafe für Aufruhr	
	Befreiung von Gefangenen und Vereitelung eines Verhaftsbefehls			In schweren Fällen bis 2 Jahre nebst Geldb.	Bis auf 10,000 Fr.

Dritter Abschnitt.

Die prozessualischen Bestimmungen für die politischen Verbrechen.

§ 23.

Die polizeiliche Verfolgung.

In diesem und den folgenden Paragraphen behandeln wir die vom Bunde für politische Prozesse aufgestellten Gesetzesvorschriften und geben damit zugleich eine kurze Uebersicht über die Bundesstrafrechtspflege.

Das Bundesgesetz betreffend die Bundesstrafrechtspflege vom 27. August 1851, das heute noch zum grössten Teil in Kraft besteht, bestimmt, dass alle im Gebiete der Eidgenossenschaft verübten Uebertretungen der Strafgesetze des Bundes *von Bundes wegen* strafrechtlich verfolgt werden ¹⁾. Dies trifft heute nicht mehr zu. Eine grosse Anzahl der neueren Bundesgesetze enthält Bestimmungen, deren Uebertretung nicht *von Bundes wegen*, sondern von den *kantonalen Behörden* geahndet wird, und zwar oft nur auf Privatklage hin. Bezüglich der politischen Verbrechen und Vergehen dagegen ist diese Bestimmung noch zutreffend. Hier tritt die Verfolgung nur infolge einer vorläufigen Entscheidung des Bundesrates ein ²⁾, es wäre denn, dass

¹⁾ Bundesstrafrechtspflege, Art. 2. Vgl. auch Organisationsgesetz, Art. 105 und 106.

²⁾ Bundesstrafrechtspflege, Art. 4.

durch den Aufschub die Spuren des Vergehens verwischt würden, oder dass die Urheber entweichen könnten. In solchen Fällen hat die Bundesanwaltschaft vorläufig das Erforderliche anzuordnen ¹⁾).

Die gerichtliche Polizei wird ausgeübt:

- a) von der Anwaltschaft des Bundes und der Kantone;
- b) von den Beamten und Angestellten der Polizei des Bundes und der Kantone;
- c) von den Beamten und Angestellten der Bundes- u. Kantonsverwaltungen; von jedem in seinem Wirkungskreise ²⁾).

Die Bundesanwaltschaft wurde durch das Bundesgesetz über die Organisation der Bundesrechtspflege vom 5. Juni 1849 geschaffen ³⁾. Nachdem im Jahr 1856 der damalige Generalanwalt seine Demission eingereicht hatte, wurde dieses Amt nicht wieder besetzt. Das gleichnamige Gesetz vom 27. Brachmonat 1874 hob sogar die Stelle eines ständigen Generalanwaltes auf und bestimmte, dass der Bundesrat in jedem einzelnen Falle einen solchen zu bezeichnen habe ⁴⁾. Da durch die Bundesverfassung von 1874 die Kompetenz des Bundes wesentlich erweitert worden war, empfand man bald den Mangel einer derartigen Organisation. „Daneben traten aber noch andere Erscheinungen im öffentlichen Leben hervor. Im Laufe der 1880er Jahre haben sich namentlich die politischen und sozialen Verhältnisse wesentlich geändert. Die öffentlichen Beziehungen des Landes zu den Nachbarstaaten sind

¹⁾ Bundesstrafrechtspflege, Art. 14, Abs. 3.

²⁾ Bundesstrafrechtspflege, Art. 12.

³⁾ Art. 43—46.

⁴⁾ Art. 37.

manigfaltiger und delikater geworden. Es haben auch die politischen Untersuchungen, welche zu verschiedenen Malen, insbesondere in den Jahren 1885, 1888 und 1889, durch Verhältnisse, die nicht näher erörtert zu werden brauchen, nötig geworden sind, zur vollsten Evidenz bewiesen, dass die polizeilichen Behörden nicht genügend organisiert sind, um solche Unternehmungen mit der wünschbaren Raschheit und Uebereinstimmung erledigen zu können Bei allem guten Willen, den wir im vollsten Masse anerkennen, ist es den Kantonen nicht möglich, den immer steigenden Anforderungen auf dem Gebiete der Fremdenpolizei zu genügen. Da wir keine andere Polizei als diejenige der Kantone haben, so folgt daraus mit Notwendigkeit, dass wir auf Mittel und Wege Bedacht nehmen müssen, welche uns die Erfüllung der uns obliegenden internationalen Verpflichtungen möglich machen ¹⁾.“

Der Bundesrat reichte im Juni 1889 der Bundesversammlung einen Gesetzesentwurf ein, welcher die Wiederherstellung einer ständigen, eidgen. Generalanwaltschaft im Auge hatte. Von den beiden Kammern wurde dieses Gesetz nach einigen Abänderungen ohne nennenswerte Opposition genehmigt ²⁾. Mit dieser neuen Institution waren jedoch die Sozialdemokraten höchst unzufrieden, und es bemühten sich dieselben, die erforderliche Zahl von 30,000 Unterschriften für ein Referendumsbegehren aufzubringen, indem sie hoff-

¹⁾ Botschaft des Bundesrates an die Bundesversammlung betreffend den Entwurf eines Bundesgesetzes über die Bundesanwaltschaft. Bundesblatt 1889, III, pag. 630.

²⁾ Vergl. das Bundesgesetz über die Bundesanwaltschaft in der Zeitschrift für Schweizer Strafrecht, Bd. II, pag. 395.

ten, dieses neue Gesetz werde in der Volksabstimmung verworfen werden. Dies gelang jedoch nicht, denn es wurden bloss 23,928 gültige Unterschriften erzielt, worauf das betreffende Gesetz mit dem 15. Okt. 1889 in Kraft trat ¹⁾.

Das Amt des eidgenössischen Generalanwaltes ist also nunmehr wieder ständig ²⁾ und es wird derselbe vom Bundesrat gewählt und beaufsichtigt ³⁾. Der Bundesanwalt ist sowohl Organ der gerichtlichen Polizei als Administrativbeamter, indem ihm auch die Ueberwachung der Fremdenpolizei übertragen ist. Dem Generalanwalt kann im Weiteren auch die Bewegung von Arbeiten auf dem Gebiete des Strafrechts übertragen werden, welche in den Geschäftskreis des Justiz- und Polizeidepartements fallen. Auf besondere Weisung hin vertritt derselbe die Eidgenossenschaft vor Gericht ⁴⁾. Für Fälle besondern Bedürfnisses kann der Bundesrat weitere Vertreter der Bundesanwaltschaft bestellen, und er wird deren Entschädigung bestimmen ⁵⁾.

Wie bereits angedeutet wurde, hat der Bund keine niedern Polizeiorgane, sondern er muss sich vielmehr derjenigen der Kantone bedienen. Diese haben, wenn ihnen ein Verbrechen, das in das Gebiet der Bundesstrafrechtspflege fällt, bekannt wird, unverzüglich an die kompetente Kantonsbehörde zu berichten und diese

¹⁾ Bundesblatt 1889, IV, pag. 1094—1112; Geschäftsbericht des Bundesrates vom Jahr 1884, pag. 389; *Langhard*, Das Recht der politischen Fremdenausweisung, pag. 37 ff.

²⁾ Art. 1 des Bundesgesetzes über die Bundesanwaltschaft.

³⁾ Art. 2 *ibid.*

⁴⁾ Art. 3 *ibid.*

⁵⁾ Art. 5 *ibid.*

an die Bundesanwaltschaft, welche letztere dem Bundesrat darüber Bericht und Antrag zu erstatten hat ¹⁾. Wird die gerichtliche Verfolgung des politischen Verbrechens verfügt, so werden die als mutmassliche Urheber desselben, einstweilen in Haft gesetzten Personen, durch die Bundesanwaltschaft dem Untersuchungsrichter überliefert. Im entgegengesetzten Falle werden sie unverzüglich in Freiheit gesetzt, wenn sie nicht wegen anderer Gründe zurückbehalten werden müssen. Hat eine Verhaftung stattgefunden, so soll der Verhaftete längstens binnen 48 Stunden, vom Eintreffen der Akten bei der Bundesanwaltschaft an gerechnet, dem eidgenössischen Instruktionsrichter oder der kantonalen Gerichtsbehörde zur Verfügung gestellt werden ²⁾.

§ 24.

Die Voruntersuchung.

Die Voruntersuchung ist geheim und wird durch einen Untersuchungsrichter geführt, welchen auf Requisition der Bundesanwaltschaft die Anklagekammer des Bundesgerichts zu wählen hat. Diese letztere ist auch mit der Ueberwachung und Leitung desselben betraut und sie kann alle Massregeln des Untersuchungsrichters aufheben, modifizieren oder selbst solche anordnen. Sie soll indessen womöglich nur nach Anhörung der Bundesanwaltschaft und des Angeschuldigten ihre Entscheidungen treffen. Der Bundesanwalt wohnt den Verrichtungen des Untersuchungsrichters bei und nimmt von allen Untersuchungsakten Kenntnis.

¹⁾ Art. 14, Abs. 2 der Bundesstrafrechtspflege.

²⁾ Art. 16 der Bundesstrafrechtspflege.

Der Untersuchungsrichter kann seinerseits alle Massregeln anordnen, die er zur Entdeckung der Wahrheit für nötig hält, und es hat die Untersuchung insbesondere einen ausgeprägten inquisitorischen Charakter, wie denn das ganze Gesetz vorwiegend nach dem Muster des französischen Prozesses zugeschnitten ist. So hat der Angeschuldigte Gründe anzuführen, wenn er nicht antworten will, und es ist von denselben in den Akten Vormerk zu nehmen. Die Verweigerung der Antwort kann als Verdachtsgrund aufgefasst werden.

Hält der Untersuchungsrichter die Untersuchung für vollendet, so übersendet er die Akten dem Bundesanwalte. Wenn derselbe dagegen der Ansicht ist, es sollte die Sache auf sich beruhen bleiben, so teilt er diese Ansicht in einem Gutachten dem Bundesanwalte mit. Stimmen Untersuchungsrichter und Bundesanwalt in dieser Ansicht zusammen, so kann bei gemeinen Vergehen die Verfolgung sofort aufgegeben werden, während bei politischen Vergehen vorerst die Weisung des Bundesrates einzuholen ist¹⁾. Sind dagegen die beiden Beamten geteilter Meinung, so wird die Sache weiter verfolgt. Zu diesem Zwecke übersendet der Bundesanwalt die Akten mit einem motivierten Antrage der Anklagekammer des Bundesgerichtes, welche über die Zulässigkeit der Anklage zu entscheiden hat. Ist dieselbe der Ansicht, es sei die Anklage zuzulassen, so gehen die Akten an den Bundesanwalt zurück, welcher dieselben innert höchstens drei Tagen dem Präsidenten des Assisenhofes zuzustellen hat. Darauf leitet letzterer den Prozess ein und trifft die nötigen Vorbereitungen für die Hauptverhandlung²⁾.

¹⁾ Bundesstrafrechtspflege, Art. 29.

²⁾ Vergl. Bundesstrafrechtspflege, Tit. 3 und 4.

§ 25.

Die Hauptverhandlung vor den Assisen.

Die eidgenössischen Assisen sind aus der Kriminalkammer (Präsident und zwei Mitglieder) und aus den zwölf Geschwornen nebst ihren zwei Suppleanten zusammengesetzt¹⁾.

Seit dem Erlasse des Bundesgesetzes über die Organisation der Bundesrechtspflege vom 22. März 1893 haben sie immer in demjenigen Geschwornenbezirk zusammenzutreten, in welchem das Vergehen oder Verbrechen verübt worden ist²⁾, während nach dem früheren Bundesgesetz im Interesse einer unbefangenen Rechtspflege oder der öffentlichen Sicherheit hievon eine Ausnahme gemacht werden konnte³⁾. Eine derartige Bestimmung konnte wohl ohne Bedenken fallen gelassen werden, nachdem man die Zahl der Assisenbezirke von fünf auf drei reduziert hatte⁴⁾.

Die Gerichtsverhandlung ist öffentlich. Die Kantonsregierung des Sitzungsortes hat für ein passendes Lokal zu sorgen und dasselbe unentgeltlich zur Verfügung zu stellen. Barauslagen, welche für Einrichtungen gemacht werden, sind dagegen aus der Gerichtskasse zu vergüten⁵⁾.

Der Gang der Verhandlung ist folgender:

1. Der Angeklagte wird vorgeführt und es werden die Generalfragen an ihn gerichtet.

¹⁾ Organisationsgesetz, Art. 108 und Bundesstrafrechtspflege, Art. 43.

²⁾ Organisationsgesetz, Art. 121, Abs. 2.

³⁾ Organisationsgesetz vom Jahr 1874, Art. 51, Abs. 2.

⁴⁾ Vergl. Art. 190 des neuen mit Art. 40 des alten Gesetzes.

⁵⁾ Organisationsgesetz, Art. 122.

2. Der Präsident ruft die Geschwornen auf. Diese nehmen in alphabetischer Ordnung ihre Sitze ein, worauf sie beeidigt werden und aus ihrer Mitte selbst den Obmann wählen.

3. Der Gerichtsschreiber verliest die Anklageakte.

4. Die Zeugen werden aufgerufen und zur Wahrheit ermahnt, für den Fall, dass sie ihre Aussagen mit einem Eide bekräftigen können.

5. Jeder einzelne Zeuge wird ins Kreuzverhör genommen und nachher eventuell auf Verlangen eines Richters, eines Geschwornen oder einer Partei beeidigt. Verweigert der Zeuge den Eid oder das Gelübde, so kann er zu einer Busse von 50 bis 500 Fr. oder zu Gefängnis von 10 bis 100 Tagen verurteilt werden.

6. Der Bundesanwalt verhört den Angeklagten. Verweigerung einer Antwort ist ein Verdachtsgrund.

7. Die Parteien halten ihre Plaidoyers. Der Präsident fragt den Angeklagten an, ob er noch etwas beizufügen habe.

8. Der Präsident erteilt die Rechtsbelehrung.

9. Es werden den Geschwornen die vom Präsidenten in Schrift verfassten Fragen vorgelesen. Die Parteien können betreffs der Fragestellung Bemerkungen machen. Bei verschiedener Ansicht entscheidet die Kriminalkammer.

10. Der Präsident übergibt dem Vorstande der Jury den Fragebogen. Diese zieht sich in das Geschwornenzimmer zurück. Instruktion durch den Obmann, dass die Geschwornen nur nach innerer Ueberzeugung zu stimmen haben und von ihnen keine Rechenschaft verlangt werde. Beratung und Abstimmung der Geschwornen.

11. Die Geschwornen erscheinen wieder, und es verkündet der Obmann die Antworten der Jury.

12. Die Parteien stellen ihre Anträge.

13. Der Gerichtshof fällt das Urteil.

Aus diesen wenigen Sätzen ersieht man, welch' schwerfälliger, umständlicher und kostspieliger Apparat das eidgenössische Geschwornengericht ist, und man kann froh sein, dass es selten Gelegenheit hat zusammenzutreten. Es wäre gewiss kein Schade, wenn diese Institution mit der Zeit schon in die Rumpelkammer wandern würde. Warum sollte unser oberste Gerichtshof nicht selbständig über politische Verbrechen urteilen dürfen? Dafür lassen sich u. E. absolut keine stichhaltigen Gründe anführen. Möge in nicht allzu ferner Zeit eine eidgenössische Strafprozessordnung entstehen, welche die Assisen nicht mehr kennt!

§ 26.

Das Kontumazialverfahren.

Gegen politische Verbrecher wird in der Gegenwart sehr häufig das Kontumazialverfahren eingeleitet werden müssen, denn wenn es ihnen gelingt, sich aus dem Bereiche des Gerichtes zu flüchten, können sie mit ziemlicher Gewissheit darauf rechnen, dass ihnen in jedem Nachbarstaate ein Asyl gewährt werde. Kein Staat wird sich heute dazu herbeilassen, politische Flüchtlinge auszuliefern. Dies ist aber mit dem Rechtsgefühl der Bewohner desjenigen Staates, in welchem das Verbrechen begangen wurde, unvereinbar, und daher erklärt es sich, dass letztere wenigstens ein Urteil, wenn auch ein vielleicht nie vollziehbares, verlangen.

Gegen einen flüchtigen Verbrecher soll die Voruntersuchung in allen Beziehungen so geführt werden, als wäre der Betreffende anwesend. Ausserdem sind die Verhöre mit den Zeugen vollständig niederzuschreiben und die Akten möglichst vollständig zu erheben. Nachdem die Voruntersuchung abgeschlossen ist, fasst die Anklagekammer auf Antrag des Generalanwaltes den Beschluss zur Versetzung in den Anklagezustand und erlässt zugleich eine Ediktalvorladung. Für den Fall, dass der Angeklagte ergriffen wird, oder sich freiwillig stellt, wird gegen ihn das gewöhnliche Verfahren vor den Assisen eingeleitet, im umgekehrten Fall dagegen urteilt die Kriminalkammer ohne Beziehung der Geschwornen auf Grundlage der Akten. Findet die Kriminalkammer, dass die Gründe für eine Verurteilung nicht hinreichend seien, so wird das Verfahren einstweilen verschoben. Stellt sich später der Angeklagte, oder gelingt es, denselben zu verhaften, so wird auf sein Verlangen das gewöhnliche Verfahren eingeleitet ¹⁾).

§ 27.

Die Kassation, Revision und Rehabilitation.

Ueber Kassations-, Revisions- und Rehabilitationsgesuche entscheidet der Kassationshof des Bundesgerichtes ²⁾). Dieser besteht aus fünf Mitgliedern, von denen keines weder der Anklagekammer noch der Kriminalkammer angehören darf ³⁾).

I. *Die Kassation.* Die Kassationsbeschwerde geht sowohl gegen Beschlüsse der Anklagekammer, als gegen

¹⁾ Vergl. Bundesstrafrechtspflege, Art. 130—133.

²⁾ Organisationsgesetz, Art. 145.

³⁾ Organisationsgesetz, Art. 18.

Urteile der Assisen und ist innerhalb 10 Tagen, vom Tage des Urteils an gerechnet, auf der Gerichtsschreiberei des Bundesgerichts niederzulegen. Der Bundesanwalt sowohl, wie der Angeklagte, resp. dessen Verteidiger sind berechtigt, Kassation des Urteils zu verlangen. Das zu rechter Zeit eingelegte Kassationsgesuch hat Suspensivkraft und es wird darüber in öffentlicher Sitzung mit absoluter Stimmenmehrheit entschieden.

Der Zweck der Kassation besteht in der Aufhebung des Fehlers, welcher die Kassation veranlasst hatte, mit allen seinen nachteiligen Folgen.

Das Assisenurteil kann aus folgenden Gründen aufgehoben werden:

1. wegen Inkompetenz des Gerichtes;
2. wegen wesentlicher Beeinträchtigung der Rechte der Verteidigung;
3. wegen Verletzung gesetzlicher Prozessformen; wenn sich mit Wahrscheinlichkeit ergibt, dass sie in Beziehung auf Schuld oder Strafe auf das Urteil einen für den Kassationsbegehrenden nachteiligen Einfluss gehabt habe;
4. wenn die Kriminalkammer eine der Antworten der Geschwornen unrichtig würdigte und die Frage einen Punkt betraf, der auf das Endurteil einwirken musste;
5. wenn die Kriminalkammer keine, oder eine falsche Anwendung des Gesetzes machte.

Ist eine Kassation gutgeheissen, so hat das Gericht genau zu bestimmen inwieweit das vorliegende Urteil und Verfahren aufgehoben sei. Ebenso hat es

auch die Gerichtsstelle zu bezeichnen, bei welcher das neue Verfahren einzuleiten ist ¹⁾).

II. *Die Revision.* Die Revision eines von den Assisen ausgefallten Urteils kann sowohl vom Bundesanwalt als vom Verurteilten verlangt werden:

1. wenn die Falschheit eines Zeugnisses erhoben ist, welches auf das Urteil Einfluss haben konnte;
2. wenn ein erhebliches Aktenstück, das gegen den Angeklagten angebracht wurde, seit der Beurteilung durch ein in Rechtskraft erwachsenes Urteil für falsch erklärt worden ist;
3. wenn seit der Beurteilung ein Urteil ausgefällt wurde, welches mit dem ersten unvereinbar ist;
4. wenn durch ein Urteil anerkannt und ausgesprochen ist, dass einer der Richter oder Geschwornen bestochen worden sei.

Wird das Revisionsbegehren begründet gefunden, so überweist das Kassationsgericht die Sache an eine neue Assise. Wird durch das neue, von den Assisen gefällte Urteil der Verurteilte eines Verbrechens nicht schuldig befunden, so ist das erste Urteil mit seinen Folgen nichtig; wird er dagegen für schuldig erklärt, so bleibt dasselbe in Rechtskraft.

Bei inzwischen eingetretenem Tode des Angeklagten entscheidet über das Revisionsgesuch gleich das Kassationsgericht.

Ein Revisionsbegehren kann in der gleichen Sache nur einmal gestellt werden ²⁾).

¹⁾ Vergl. Art. 135—158 der Bundesstrafrechtspflege.

²⁾ Bundesstrafrechtspflege, Art. 159—168.

III. *Die Rehabilitation.* Die Rehabilitation ist wesentlich verschieden von den Rechtsmitteln der Kassation und Revision. Wir behandeln sie aber aus dem Grunde an gleicher Stelle, weil auch — wie übrigens schon am Eingang dieses Paragraphen bemerkt wurde — das Kassationsgericht über Rehabilitationsgesuche zu entscheiden hat.

Die Rehabilitation ist die Wiedereinsetzung in die bürgerlichen Rechte, welch' letztere einem Verurteilten infolge des Urteils ganz oder teilweise entzogen wurden. Rehabilitiert wird nur, wenn der Verurteilte sich seit der Ueberstehung der Hauptstrafe gut aufgeführt hat und mindestens drei Jahre verflossen sind. Wird ein Rehabilitationsgesuch abschlägig beschieden, so kann der Gesuchsteller nicht vor Ablauf von zwei Jahren ein neues einreichen ¹⁾.

§ 28.

Die Begnadigung.

Bei keinem andern Verbrechen tritt die Begnadigung so häufig und mit so grossem Rechte ein, wie bei dem politischen. Wir erlauben uns daher, das Begnadigungsrecht des Bundes hier etwas ausführlich zu behandeln.

Die Begnadigung hat zum Zwecke Aufhebung der Strafverfolgung oder einer Strafvollziehung. Sie wird gewährt, entweder aus eigentlicher Gnade, oder weil „die Einleitung oder Weiterführung einer Unter-

¹⁾ Bundesstrafrechtspflege, Art. 175—182 und Bundesstrafrecht, Art. 7. Vergl. auch § 21, II, dieser Abhandlung.

suchung und die Beurteilung einer Strafsache wichtige staatliche Interessen gefährden würden ¹⁾.“

Man kann folgende Arten der Begnadigung unterscheiden:

1. Die Begnadigung im engeren Sinne des Wortes, welche je nach dem Zeitpunkt, in dem sie erfolgt, wieder zerfällt in

- a) Niederschlagung des Prozesses, (*abolitio*) und
- b) eigentliche, nach dem Strafurteil erfolgende Begnadigung (*agratatio plena* oder *minus plena*).

2. Amnestie oder allgemeine Begnadigung, welche sich auf eine Anzahl von Verbrechen erstreckt.

Nach schweizerischem Recht wird ein Prozess meistens nur dann niedergeschlagen, wenn eine grössere Anzahl von Personen an dem Verbrechen beteiligt war und es fallen daher Abolition und Amnestie in der Regel zusammen. Dass aber Amnestie nicht auch erst nach der Fällung des Urteils gewährt werden kann, ist damit keineswegs gesagt und es ist also nicht richtig, wenn *Blumer-Morel* behauptet, dass eine Begnadigung immer voraussetze, dass ein Gericht auf eine Strafe erkannt habe, deren Nachlass oder Umwandlung verlangt werde, während die Amnestie sich dadurch unterscheide, dass sie gegenüber politischen Vergehen von der souveränen Behörde eines Staates, in der Eidgenossenschaft von der Bundesversammlung aus allgemeinen Gründen des Staatswohles erteilt werden könne, ehe ein Urteilsspruch

¹⁾ *Stooss*: Grundzüge, pag. 451. Vergl. auch *Elsas*: Ueber das Begnadigungsrecht, hauptsächlich vom staats- und strafprozessrechtlichen Standpunkt aus, Mannheim 1888, und *v. Mohl*: Staatsrecht, Völkerrecht und Politik, II, pag. 634 ff.

vorliege und selbst ohne dass die Schuld des Einzelnen näher untersucht werde ¹⁾).

Amnestie und Begnadigung im engeren Sinne können von dem Verbrecher nicht ausgeschlagen werden, sie liegen nicht in erster Linie in seinem Interesse, sondern in demjenigen des öffentlichen Wohls.

Die Begnadigung kann wegen jedes von einem kompetenten Gerichte ausgefallten Urteils nachgesucht werden, sofern es sich um die Vollziehung eines Bundesgesetzes handelt.

Das Begnadigungsgesuch ist dem Bundesrate einzureichen und zwar in Form einer Bittschrift. Dieser hat den Untersuchungsrichter und den Beamten der Bundesanwaltschaft, welche in der Sache handelten, anzuhören und sodann das Gesuch mit seinem Antrage vor die Bundesversammlung zu bringen. Dasselbe kann auch durch die Geschwornen, das Gericht oder den Gerichtshof empfohlen werden. Eine aufschiebende Wirkung — ausgenommen bei Todesurteilen — kommt dem Begnadigungsgesuch nicht zu ²⁾).

In allen Bundesstrafsachen übt die Bundesversammlung, also die legislative Behörde, ausschliesslich das Begnadigungsrecht aus ³⁾). Sie ist selbst in dem Falle allein zu begnadigen berechtigt, wenn ein kantonales Gericht auf Grund eines Bundesgesetzes ein

¹⁾ *Blumer-Morel*: Handbuch des schweizerischen Bundesstaatsrechts, II. Bd., 2. Abteilung, 2. Aufl., pag. 78. Vergl. auch *Stooss*: Grundzüge, pag. 456 ff.

²⁾ Bundesstrafrechtspflege, Art. 169—172.

³⁾ Vergl. Bundesverfassung, 1874, Art. 85, Ziff. 7; Art. 90; Bundesstrafrechtspflege, Art. 172; Organisationsgesetz, 1893, Art. 125, Abs. 2; Militärstrafrichterordnung vom 28. Juni 1889, Art. 214—217.

Urteil erlassen hat. Dass die Bestrafung nicht durch Bundesorgane, sondern durch kantonale Behörden geschieht, ändert an der Sache nichts, denn die letzteren urteilen nicht kraft eigener Jurisdiktionsbefugnis, sondern weil die betreffenden eidgenössischen Gesetze ihnen diese Gerichtsbarkeit übertragen, wobei sie aber nicht kantonales, sondern eidgenössisches Strafrecht anwenden. Es scheint daher aber auch ganz gerechtfertigt, wenn das Begnadigungsrecht den eidgenössischen Behörden vorbehalten bleibt, weil die kantonalen Behörden nicht delegiert sind, auch das Begnadigungsrecht auszuüben. Es macht aber rechtlich keinen Unterschied, ob die Delegation durch ein Bundesgesetz oder durch einen Beschluss des Bundesrates geschieht; in beiden Fällen erfolgt die Verurteilung auf Grundlage von eidgenössischen Strafgesetzen, daher es auch in der Natur der Sache liegt, dass die zuständige eidgenössische Behörde darüber entscheidet, ob der Uebertreter von Bundesgesetzen auf dem Wege der Gnade Nachsicht verdiene oder nicht ¹⁾.

Wie schon bemerkt ist es die Bundesversammlung, welche die Uebertreter der Bundesgesetze begnadigt, und es bemerkt darüber der Bundesrat wie folgt ganz richtig: „Das Begnadigungsrecht hängt in keiner Weise mit der richterlichen Funktion zusammen. Niemals haben nach ihrer ganzen verfassungsmässigen Stellung die Richter auf das Begnadigungsrecht irgendwelchen Anspruch; sie haben Recht zu sprechen, nicht Gnade für Recht zu gewähren. Das Begnadigungsrecht bleibt

¹⁾ Bundesblatt, 1874, I, 1108 und *v. Salis*: Schweizerisches Bundesrecht, III, pag. 363 ff.

bei demjenigen Organe der Staatsgewalt, von welchem die gesetzliche Vorschrift ausgegangen ist ¹⁾.“

Während über eigentliche Begnadigungsgesuche die vereinigte Bundesversammlung entscheidet, beraten und stimmen über Amnestie die beiden Räte getrennt ²⁾. Dies ist jedoch nicht gesetzlich anbefohlen, sondern man schuf eine derartige Praxis vielmehr infolge einer spitzfindigen und zu buchstäblichen Interpretation der Bundesverfassung ³⁾. Dass es besser wäre, wenn auch die vereinigte Bundesversammlung über Amnestie beschliessen würde, wird einem sofort klar, wenn man sich folgendes Beispiel vor Augen hält. „Man stelle sich den Fall recht lebhaft vor, dass der eine der beiden eidgenössischen Räte, nehmen wir an der Ständerat, einhellig die Amnestie beschliesse, der Nationalrat aber die Gewährung der Amnestie mit geringer Majorität verwerfen würde, glaubt jemand, dass die Richter in einem solchen Falle ohne irgend welche Voreingenommenheit und Befangenheit ihres Amtes walten könnten? ⁴⁾“

Bei der Begnadigung politischer Verbrecher (Amnestie) spielt immer die Politik die grösste Rolle, d. h. die politischen Verbrecher werden vor allem im Interesse des Staates und des allgemeinen Wohls begnadigt.

¹⁾ Bericht des Bundesrates vom 20. März 1883. Siehe Bundesblatt 1883, I, pag. 525 und *v. Salis*: Schweizerisches Bundesrecht, Nr. 1174, Bd. III, pag. 365. Vergl. auch *Stooss*: Grundzüge des schweizerischen Strafrechts, Bd. I, pag. 460 ff.

²⁾ *Ulmer*: Staatsrechtliche Praxis, Bd. I, Nr. 343; *v. Salis*: Bundesrecht, Bd. III, pag. 372.

³⁾ *Stooss*: Grundzüge, Bd. I, pag. 460, Anmerk. 1.

⁴⁾ Siehe *v. Salis*: Bundesrecht, Bd. III, pag. 378.

Kant, obwohl ein entschiedener Gegner des Begnadigungsrechts, lässt Begnadigung doch da zu, wo infolge der Vollziehung eines Urteils der Staat in eine gefährliche Situation versetzt werden könnte. Dies ist auch leicht begreiflich, denn wäre es nicht eine dem Staate und allen Staatsinteressen widersprechende Thorheit, wenn man, um den Zweck der Gerechtigkeit zu erreichen, den Staat selbst opfern würde?

Zu hoffen ist, dass die Bundesversammlung, wenn sie wieder einmal in die Lage kommt, über Begnadigungsgesuche politischer Natur zu entscheiden, nicht zu engherzig sei. Wenn irgend ein Verbrecher der Gnade würdig ist, so ist es gewiss am ehesten der politische.

Vierter Abschnitt.

Die bundesgerichtliche Kompetenz in Beziehung auf politische Verbrechen.

§ 29.

Die gesetzlichen Normen.

Schon die Bundesverfassung von 1848 bestimmte in Art. 104: „Das Assisengericht mit Zuziehung von Geschwornen, welche über die Thatfrage absprechen, urteilt:

- a) in Fällen, wo von einer Bundesbehörde die von ihr ernannten Beamten zur strafrechtlichen Beurteilung überwiesen werden,
- b) über Fälle von Hochverrat gegen die Eidgenossenschaft, von Aufruhr und Gewaltthat gegen Bundesbehörden,
- c) über Verbrechen und Vergehen gegen das Völkerrecht,
- d) über politische Verbrechen und Vergehen, die Ursache oder Folge derjenigen Unruhen sind, durch welche eine bewaffnete eidgenössische Intervention veranlasst worden ist.“

Man hat also nichts Neues geschaffen, indem man den schon mehrmals erwähnten Art. 52 ins Bundesstrafrecht aufnahm, wonach Handlungen, die gegen

eine durch den Bund garantierte Kantonalverfassung, oder gegen eine Behörde oder einen Beamten eines Kantons gerichtet sind, ebenfalls unter die Gesetzgebung des Bundes stellte, sofern durch die bezeichneten Handlungen eine eidgenössische Intervention nötig wurde. Denn politische Verbrechen, bemerkt die Botschaft des Bundesrates, welche bloss eine kantonale Bedeutung haben, werden nach den Gesetzen des betreffenden Kantons und durch die Gerichte desselben beurteilt. Sobald aber eine bewaffnete eidgenössische Intervention notwendig wird, somit die Ereignisse, welche ein solches Einschreiten veranlassen, den Charakter einer Bundesangelegenheit annehmen, so gehen die diesfälligen Befugnisse von den Kantonalgerichten an das eidgenössische Assisengericht über und das Recht Amnestie oder Begnadigung auszusprechen, wird durch die Bundesversammlung ausgeübt¹⁾.

Dieser Grundsatz wurde auch in die Verfassung von 1874 (Art. 112, Ziff. 3), sowie neuestens in das Organisationsgesetz (Art. 107, Ziff. 3) aufgenommen. Dieser Artikel 107 des Organisationsgesetzes enthält im zweiten Absatz überdies noch folgende Bestimmung: „Die Bundesassisen sind auch in den Fällen von Hochverrat gegen einen Kanton oder von Aufruhr und Gewaltthat gegen Kantonsbehörden zuständig, wenn die Beurteilung dieser Verbrechen nach Massgabe von Art. 106 dem Bundesgerichte zugewiesen ist.“

¹⁾ Botschaft des Bundesrates zum Gesetzesentwurf betr. das Bundesstrafrecht, Bundesblatt, 1852, II, 586; vergl. auch Art. 73 des Bundesstrafrechts und *Vogt*: Zur Tessiner-Frage, pag. 14 ff.

Obige Bestimmung gelangte ins Organisationsgesetz infolge eines Gesuches des Staatsrates Neuenburg an die Bundesversammlung vom 16. Mai 1892, dahingehend: Es sei die Gerichtsbarkeit in Hinsicht auf die vom neuenburgischen Strafgesetz in Art. 115, Abs. 1, vorgesehenen Verbrechen des Hochverrates gegen den Kanton und des Aufruhrs und der Gewaltthat gegen die Kantonsbehörden dem Bundesgericht zu übertragen, welchem auch in der That durch Bundesbeschluss vom 21. März 1893 entsprochen wurde ¹⁾.

Dass trotzdem in solchen Fällen in materieller Hinsicht das *kantonale* und nicht das *eidgenössische* Strafrecht in Anwendung gebracht werden muss, ist selbstverständlich, da das letztere keine zutreffenden Bestimmungen enthält. Das Verfahren dagegen (Voruntersuchung, Zwischen- und Hauptverfahren) richtet sich in seinem ganzen Umfange nach den betreffenden Bundesgesetzen ²⁾.

Schon öfters brachten wir den Ausdruck »*bewaffnete eidgenössische Intervention*«, ohne denselben indessen näher zu erläutern; und doch sind solche Interventionen in der Regel aus schon mehrfach erwähnten Gründen mit den stattgehabten politischen Verbrechen aufs engste verbunden.

Der Artikel 16 der Bundesverfassung bestimmt: „Bei gestörter Ordnung im Innern, oder wenn einem andern Kanton Gefahr droht, hat die Regierung des bedrohten Kantons dem Bundesrat sogleich Kenntnis

¹⁾ Bundesblatt, 1893, II, pag. 88; vergl. auch Bundesblatt, 1892, IV, 599 ff.

²⁾ Vergl. Bundesblatt, 1892, IV, 601 und 605.

zu geben, damit dieser innert den Schranken seiner Kompetenz (Art. 102, Ziff. 3, 10, 11) die erforderlichen Massregeln treffen oder die Bundesversammlung einberufen kann. In dringenden Fällen ist die betreffende Regierung befugt, unter sofortiger Anzeige an den Bundesrat, andere Kantone zur Hülfe zu mahnen, und die gemahnten Stände sind zur Hülfeleistung verpflichtet.

Wenn die Kantonsregierung ausser Stande ist, Hülfe anzusprechen, so *kann* und wenn die Sicherheit der Schweiz gefährdet wird, so *soll* die kompetente Bundesbehörde von sich aus einschreiten.

In Fällen eidgenössischer Intervention sorgen die Bundesbehörden für Beachtung der Vorschriften von Artikel 5.

Die Kosten trägt der mahnende oder der die eidgenössische Intervention veranlassende Kanton, wenn nicht die Bundesversammlung wegen besonderer Umstände etwas anderes beschliesst.“

Der Bund darf eine bewaffnete eidgenössische Intervention nur anordnen, wenn die Voraussetzungen des angeführten Art. 16 zutreffen, also insbesondere dann, wenn die Ordnung im Innern eines oder mehrerer Kantone gestört ist. Unter gestörter Ordnung ist nun allerdings nicht gemeint, dass die Revolution schon ausgebrochen, dass schon arge Gewaltthätigkeiten begangen worden und Blut geflossen sei¹⁾.

In der Regel findet die Intervention auf Begehren der betreffenden Kantonsregierung statt. Nur aus-

¹⁾ Bericht der Mehrheit der Kommission des Nationalrates betreffend die eidg. Intervention im Kanton Tessin, Bundesblatt, 1889, II, 321 und v. Salis, Bundesrecht, I, 129.

nahmsweise, nämlich wenn die beiden im zweiten Absatz des Art. 16 erwähnten Fälle eintreten, darf oder soll die kompetente Bundesbehörde eine solche anordnen. Welche Bundesbehörde ist nun aber dazu kompetent; der Bundesrat oder die Bundesversammlung? Wir glauben einzig und allein die letztere. Wohl steht es in der Kompetenz des Bundesrates vorläufige Massnahmen zu treffen, wie z. B. Truppen aufzubieten, Kommissäre zu bezeichnen, etc., aber eine eigentliche bewaffnete eidgenössische Intervention anordnen kann nur die Bundesversammlung. „Dass ihr eine solche Stellung angewiesen ist, erklärt sich aus der Geschichte, aus eigentümlichen schweizerischen Anschauungen, zum Teil allerdings auch aus der Natur des Bundesstaates. Die schweizerische Bundesversammlung ist nicht gleich andern Parlamenten nur gesetzgebende Behörde; mit Vorbedacht hat ihr schon die Bundesverfassung von 1848 (Art. 60) und ebenso die jetzige (Art. 71) die oberste Gewalt des Bundes beigelegt¹⁾.“

Damit die Intervention ferner eine „bewaffnete“ sei, ist es notwendig, dass der Bund Truppen aufgebieten, oder schon aufgebotene kantonale Truppen unter seinen Befehl genommen habe, um mit denselben eventuell seine Anordnungen zu erzwingen. Solche Truppenkörper werden von der Eidgenossenschaft besoldet und haben die eidgenössische Feldbinde zu tragen. Milizen, die bloss für den Notfall auf Piquet gestellt sind, können nicht als Interventionstruppen angesehen werden²⁾.

¹⁾ *Vogt*: a. a. O., pag. 30.

²⁾ Vergl. auch Entscheidungen des Bundesgerichts, V, 471 und 483.

Fassen wir nun das Gesagte kurz zusammen, so ergibt sich folgende Definition: *Bewaffnete eidgenössische Intervention ist die auf Beschluss der Bundesversammlung angeordnete gebieterische Einmischung der schweizerischen Bundesgewalt in die innern Angelegenheiten eines Kantons, in welchen sonst nach Bundesrecht der Kanton selbständig zu handeln befugt (souverän) ist, verbunden mit Aufstellung eidgenössischer Truppen¹⁾.*

§ 30.

Das Urteil des Bundesgerichts betreffend den Stabio-Fall.

Wir müssen an dieser Stelle noch das Urteil des Bundesgerichtes vom 17. Oktober 1879 betreffend den berüchtigten Stabio-Handel betrachten, welches für die Kompetenz in der Strafjustiz des Bundes über politische Verbrechen geradezu grundlegend geworden ist.

Am 22. Oktober 1876 — zu einer Zeit, als der ganze Kanton Tessin in grösster politischer Aufregung war — hielten die liberalen Schützen des Bezirkes Mendrisio in Stabio eine Schiessübung ab²⁾. Dabei kam es zwischen einer Anzahl Konservativen

¹⁾ Vergl. *Vogt*: a. a. O., pag. 35, und *v. Salis*: Bundesrecht, pag. 131. Siehe auch die längere Abhandlung in *Blumer-Morel*: Bundesstaatsrecht, 3. Aufl., I, 274 ff., welche früher schon zitiert wurde.

²⁾ *Processo di Stabio* sui fatti del 22. ottobre 1876, Bellinzona 1880; *Procès de Stabio*, duplique de la chambre d'accusation; *Procès de Stabio*, Mémoire à l'appui des trois recours présentés au haut tribunal fédéral par Ruchonnet, Friderich et Brunner; *Bundesgerichtl. Entsch.*, Bd. 5, pag. 457 ff.; *Scartazzini*: Der Stabio-Prozess, Zürich 1880; *Vogt*: Zur Tessiner-Frage, pag. 18; *Der Stabio-Prozess*, in „Der neue Pitaval“, N. F., Bd. XVI; *Pfenninger*: Das Strafrecht der Schweiz, pag. 355.

und Liberalen zu Reibereien und schliesslich sogar zu blutigen Exzessen. Auf beiden Seiten fielen Schüsse. Vier Bürger wurden erschossen und einer schwer verwundet.

Durch diese Verbrechen wurde die ganze tessinische Bevölkerung in die grösste Aufregung versetzt. Jede Partei glaubte sich vor der andern nicht mehr sicher. Starke Abteilungen bewaffneter Bürger durchzogen den Kanton zum Zwecke der Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung.

Daraufhin sandte der Bundesrat *Bavier* als eidg. Kommissär ins Tessin; auch Truppen wurden aufs Piquet gestellt; mussten jedoch glücklicherweise nie einberufen werden.

Die Anklagekammer des Kantons Tessin überwies eine Anzahl Beteiligter beider Parteien an das kantonale Schwurgericht. Gegen diesen Beschluss rekurierten jedoch die liberalen Angeklagten an das Bundesgericht, indem sie anführten, das ganze Verbrechen habe einen absolut politischen Charakter und es habe auch eine bewaffnete eidgenössische Intervention stattgefunden; sie seien also gestützt auf Art. 112, Ziff. 3 der Bundesverfassung nicht von den kantonalen, sondern von den eidgenössischen Assisen zu beurteilen.

Am 17. Oktober 1879 gab das Bundesgericht hierüber seine Entscheidung ab, wie folgt ¹⁾:

In materieller Beziehung fragt es sich, ob die mittelst Beschluss der tessinischen Anklagekammer vom 30. September 1878 an die kantonalen Assisen

¹⁾ Bundesgerichtliche Entscheidungen, Bd. V, pag. 477 ff. Seiner Wichtigkeit halber gestatten wir uns, dieses Urteil hier teilweise wiederzugeben.

überwiesenen Angeklagten auf Beurteilung der ihnen zur Last gelegten Handlungen durch die Bundesassisen ein verfassungsmässiges Recht haben resp. die in Art. 112 der Bundesverfassung enthaltenen Voraussetzungen auf sie zutreffen.

Der Art. 112 der Bundesverfassung lautet:

„Das Bundesgericht urteilt mit Zuziehung von Geschwornen, welche über die Thatfrage absprechen, in Straffällen:

1. Ueber Hochverrat gegen die Eidgenossenschaft, Aufruhr und Gewaltthat gegen die Bundesbehörden;

2. über Verbrechen und Vergehen gegen das Völkerrecht;

3. über politische Verbrechen und Vergehen, die Ursache oder Folge derjenigen Unruhen sind, durch welche eine bewaffnete eidgenössische Intervention veranlasst wird, und

4. in Fällen, wo von einer Bundesbehörde die von ihr ernannten Beamten ihm zur strafrechtlichen Beurteilung überwiesen werden.“

Von diesem Artikel kann nur Ziff. 3 in Frage kommen. Gemäss demselben müssen zwei Voraussetzungen zutreffen.

Zunächst müssen die den Rekurrenten zur Last gelegten Handlungen „politische Verbrechen und Vergehen sein, die Ursache oder Folge derjenigen Unruhen sind, durch welche eine eidgenössische Intervention veranlasst wurde“. Sodann muss diese Intervention eine „bewaffnete“ gewesen sein.

Die Bundesverfassung gibt nun weder in Art. 112, noch in anderen Bestimmungen eine Definition der „politischen Verbrechen und Vergehen“, so wenig sie die unter Ziff. 1 und 2 aufgeführten Verbrechen und

Vergehen des Hochverrates, des Aufruhrs, der Gewaltthat gegen die Bundesbehörden oder der Verbrechen und Vergehen gegen das Völkerrecht begrifflich festgestellt und definiert hat.

Dagegen verpflichtet die Bundesverfassung in Art. 113, wo die Kompetenzbefugnisse des Bundesgerichtes in staatsrechtlichen Materien aufgeführt sind, das Bundesgericht ausdrücklich zur Beachtung und Anwendung der von der Bundesversammlung erlassenen Gesetze und allgemein verbindlichen Beschlüsse, sowie der von ihr genehmigten Staatsverträge und zwar mit dem Zusatze, dass dieselben für das Bundesgericht massgebend sein sollen. Die gleiche Bestimmung findet sich in Art. 60 des Bundesgesetzes über die Organisation der Bundesrechtspflege vom 27. Juni 1874 unmittelbar nach der in Art. 59 getroffenen Ausscheidung zwischen denjenigen staatsrechtlichen Entscheidungen, die durch das Bundesgericht und denjenigen, die durch den Bundesrat, bezw. die Bundesversammlung zu erfolgen haben. Art. 60 cit. lautet:

„Das Bundesgericht hat bei den Art. 56, 57, 58 und 59 vorgesehenen Entscheidungen sich an die von der Bundesversammlung erlassenen Gesetze und allgemein verbindlichen Beschlüsse, sowie an die von ihr angenommenen Staatsverträge zu halten“ (Art. 113 der Bundesverfassung).

Da nun die Bundesverfassung selbst keine nähere Feststellung des sowohl in der Theorie als in der Praxis controversen Begriffes der „politischen Verbrechen und Vergehen“ enthält, so fragt es sich, ob dem Bundesgerichte die Feststellung des Begriffes und Thatbestandes der in Art. 112 der Bundesverfassung aufgeführten Verbrechen und Vergehen nach freier

Würdigung zustehe, oder ob deren Begriffsbestimmung durch ein Bundesgesetz, oder einen allgemein verbindlichen Bundesbeschluss im Sinne von Art. 113 ult. al. schon erfolgt und somit für das Bundesgericht massgebend sei.

Diese Frage kann angesichts der Bestimmungen von 73, 52 und 45 des Bundesgesetzes über das Bundesstrafrecht der schweizerischen Eidgenossenschaft vom 4. Februar 1853 keine zweifelhafte sein.

Schon unter der Herrschaft der Bundesverfassung von 1848 hatte dieses Bundesgesetz die nähern Begriffsbestimmungen der in Art. 104 der Verfassung angeführten politischen Verbrechen und Vergehen festgesetzt. Die Botschaft des Bundesrates zum Entwurfe des Gesetzes über das Bundesstrafrecht vom 1. Juli 1852 (Bundesblatt 1852 II, 586) sagt ausdrücklich, dass dieses Gesetz zum Zwecke habe, die aus Art. 104 der Bundesverfassung von 1848 sich ergebenden Konsequenzen zu ziehen. Auch sind diese Begriffsbestimmungen seit Inkrafttreten der neuen Bundesverfassung, welche in Art. 112 dem Wesen nach gleichlautende Begriffsbestimmungen aufstellt, wie solche in Art. 104 der 48er Verfassung enthalten waren, keineswegs modifiziert worden. Vielmehr verweist das letzte Alinea des Art. 32 des Bundesgesetzes über die Organisation der Bundesstrafrechtspflege vom 27. Juni 1874 ausdrücklich auf die in Art. 73—77 des Bundesstrafrechts vom 4. Februar 1853 enthaltenen Bestimmungen über die Kompetenz der Bundesassisen.

Dennoch befindet sich das Bundesgericht bei Beurteilung der vorliegenden Verfassungsrekurse in einer ganz andern Lage, als z. B. bei Beurteilung wegen

politischen Verbrechen oder Vergehen. Während hier die Verträge einfach bestimmen, dass die politischen Verbrechen und Vergehen vom Auslieferungsvertrage ausgeschlossen seien, ohne auf ein bestimmtes Gesetz bezüglich der Umschreibung des Begriffes eines politischen Verbrechens zu verweisen, somit der in casu urteilende Richter sich bei der Festsetzung dieses Begriffes frei bewegen, bzw. die allgemeinen Rechtsnormen zur Anwendung bringen kann, ist er dort an diejenige Definition der politischen Verbrechen und Vergehen gebunden, die das Bundesstrafrecht als massgebend hingestellt hat. Und es kann dies um so weniger bezweifelt werden, als nach der allgemeinen Rechtsregel, welche auch in Art. 1 des Gesetzes betreffend die Bundesstrafrechtspflege vom 27. Juli 1849 aufgestellt ist, nämlich dass nur diejenigen Handlungen als strafbar betrachtet werden dürfen, die das Gesetz ausdrücklich mit Strafe bedroht (*nulla poena sine lege*), die beim Stabiohandel beteiligten Personen nur dann von den eidgenössischen Assisen gerichtet werden könnten, wenn die ihnen zur Last fallenden Handlungen sich unter das Bundesstrafgesetz subsumieren lassen.

Art. 73 des Bundesstrafrechts reproduziert die in Art. 112, Ziff. 1, 2 und 3 der Bundesverfassung angeführten Verbrechen und Vergehen, für welche die Bundesassisen ausschliesslich zuständig sind und verweist bei jeder Vergehenskategorie auf die bezüglichlichen Bestimmungen des Gesetzes.

Art. 73. „Die Bundesassisen sind ausschliesslich zuständig:

a. für Hochverrat gegen die Eidgenossenschaft (Art. 36 bis 38 und 45);

b. für Aufruhr und Gewaltthat gegen die Bundesbehörden (Art. 46 bis 50);

c. für Verbrechen (Vergehen) gegen das Völkerrecht (Art. 39, 41 bis 43);

d. für politische Verbrechen und Vergehen, welche Ursache oder Folge derjenigen Unruhen sind, durch welche eine bewaffnete eidgenössische Intervention veranlasst worden ist.“

Art. 52 des Bundesstrafrechts verlangt seinerseits analoge Anwendung auf die in Art. 45—50 bezeichneten Handlungen.

Art. 52. „Wenn eine der in den Artikeln 45 bis 50 bezeichneten Handlungen gegen eine durch den Bund garantierte Kantonalverfassung oder gegen eine Behörde oder einen Beamten eines Kantons gerichtet wird, oder auf Wahlen, Abstimmungen oder dergl. sich bezieht, welche durch die Gesetzgebung eines Kantons vorgeschrieben sind, so finden die benannten Artikel analoge Anwendung, sofern die betreffenden Handlungen Ursache oder Folgen von Unruhen sind, durch welche eine bewaffnete eidgenössische Intervention veranlasst worden ist.“

Es kann sich somit bloss fragen, ob die in Art. 45—50 in Verbindung mit Art. 52 bezeichneten Voraussetzungen eines politischen Verbrechens bei den den Rekurrenten zur Last gelegten Handlungen vorhanden sind oder nicht.

Gemäss der Vorschrift des Art. 52 cit., in Verbindung mit Art. 45—50 des Bundesstrafrechts, könnten die den Rekurrenten imputierten Handlungen, ihrem Wesen nach, nur auf Art. 44, 46 und 47 Bezug haben. Sie müssten sich also qualifizieren :

entweder als „Teilnahme an einem Unternehmen, welches den gewaltsamen Umsturz der Kantonalverfassung, oder die gewaltsame Vertreibung oder Auflösung der kantonalen Behörden, oder eines Teils derselben zum Zwecke haben (Art. 45);

oder als „eine Zusammenrottung, die durch gewaltsame Handlungen die Absicht an den Tag legt, einer Kantonsbehörde Widerstand zu leisten, dieselbe zu einer Verfügung zu zwingen, oder an der Erlassung einer Verfügung zu hindern, oder an einem Kantonsbeamten, oder an einem Mitgliede einer Kantonsbehörde als solchem Rache zu nehmen (Art. 4, al. 1);

oder als „Teilnahme an Zusammenrottungen, welche zum Zwecke haben, die Vollziehung der Kantonsgesetze, oder die Vornahme von Wahlen, Abstimmungen u. dergl., welche nach Vorschriften von Kantonsgesetzen stattzufinden haben, zu hindern (Art. 46, al. 2);

oder als „Gewaltanwendung, um die Vollziehung der Kantonsgesetze, die Vornahme von Wahlen, Abstimmungen oder anderen Verhandlungen, welche durch die Kantonsgesetze vorgeschrieben sind, oder die Ausführung der amtlichen Befehle oder Anordnungen einer Kantonsbehörde zu verhindern, oder einen Kantonsbeamten zu einer amtlichen Verfügung zu zwingen, oder von der Erlassung einer solchen abzuhalten“ (Art. 47).

Nun zeigt aber keine der den Rekurrenten oder den vor die kantonalen Assisen gewiesenen Personen zur Last gelegten Handlungen einen mit dem in genannten Artikeln definierten politischen Vergehen und Verbrechen zusammenfallenden Thatbestand.

Der in Stabio am 22. Oktober 1876 abgehaltene Schiessübung liberaler Schützen der Umgegend lag

keine auf Hochverrat (Art. 45) und Gewaltthat gegen Kantonsbehörden (Art. 46 und 47) gerichteten Willensrichtung zu Grunde. Eine dahin zielende Behauptung liegt auch von keiner Seite vor. Wäre eine solche Absicht vorhanden gewesen, so hätte sich nicht eine Anzahl Schützen sofort nach Abgabe der reglementarischen Schüsse vereinzelt und ruhig nach Hause begeben, sondern sie wären beisammen geblieben und gemeinsam nach einem zum Voraus bestimmten Plane in Aktion getreten. Ebenso wenig konnte die Zusammenkunft einzelner konservativer Parteigenossen in Ginella's Haus einen auf den in vorgenannten Artikeln des Bundesstrafrechts erwähnten Handlungen gerichteten Zweck haben. Dazu waren weder in Stabio selbst, noch in den übrigen Kantonsteilen die nötigen Anstalten zu wirksamer Handreichung getroffen. Die Zusammenkunft selbst beschränkte sich auf eine sehr geringe Anzahl, die kaum zur Verteidigung, geschweige denn zu Angriffszwecken, ausgereicht hätte. Auch wären Frau und Kinder und wirkliche Anverwandte des Ginella nicht zu Hause geblieben. Vielmehr erklärt sich die bewaffnete Zusammenkunft, wenn sie nicht eine zufällige war, aus der Besorgnis, es möchten beim Zusammenströmen vieler Schützen leicht Ausbrüche des Parteihasse erfolgen, denen man nicht vereinzelt und wehrlos ausgesetzt sein wollte. Anderseits stehen auch die Tötung des jungen Pedroni, die hierauf erfolgte Umstellung des Hauses Ginella und die weiteren Ereignisse (gegenseitige Beschiessungen und weitere Tötungen) in keinem Kausalzusammenhang mit Handlungen, die gemäss Art. 45, 46 und 47 des Bundesstrafrechts zu beurteilen sind. Wohl mag Partei-leidenschaft und Parteimisstrauen ein Grund zu Provo-

kation und zu gewaltthätigen Vorgehen, sowie hernach zu gegenseitigem Angriff und Widerstand gewesen sein; allein dies alles ersetzt noch nicht den Mangel an der im Gesetz zum Begriffe des politischen Vergehens geforderten Willensrichtung. Es ist auch nicht notwendig, zu untersuchen, ob vor oder nach dem Stabiohandel an irgend einem Orte des Kantons von der einen oder andern politischen Partei ein Unternehmen geplant worden sei, das eine derjenigen Zweckbestimmungen hatte, die das Gesetz als Erfordernis der strafrechtlichen Verfolgung vor den eidgenössischen Assisen aufstellt; denn für die Qualifikation der in Stabio vorgekommenen Handlungen ist selbstverständlich nur diejenige Absicht massgebend, die ihnen selbst zu Grunde lag. Nur diejenige Willensrichtung, welche die hier handelnden Personen bei Verübung der betreffenden Handlung leitete, kann entscheidend sein. Der politische Hintergrund, auf dem sich diese Handlungen abspielten, mag bei der Strafzumessung seine Bedeutung haben, aber er kann nicht dazu dienen, den in Stabio handelnden Personen Absichten zu unterschieben, die sie nicht hatten, und die sie nach Zeit und Ort und sonstigen Verumständungen nicht haben konnten.

Da nun, wie nachgewiesen, keine der in den Art. 45—50 bezeichneten Handlungen vorliegt, so können die Vorgänge von Stabio auch nicht als solche Vergehen behandelt werden, die nach Art. 51 des Bundesstrafgesetzes, d. h. als gemeine Verbrechen, welche im Zusammenhang mit einem politischen Verbrechen stehen, zu beurteilen wären.

Die Frage, ob eine bewaffnete, eidgenössische Intervention in Folge der Tessiner Unruhen vom Herbst

1876 stattgefunden habe, verliert angesichts des Mangels eines wesentlichen Requisites bezüglich der Qualifikation der im Tessin strafrechtlich verfolgten Vergehen ihre Bedeutung für den vorliegenden Rekursfall. Indessen dürfte auch diese Frage an der Hand folgender Erwägungen verneint werden.

Die Kantonsregierung hatte von sich aus Truppen aufgeboden. Letztere standen unter kantonalem Kommando und bezogen kantonalen Sold; auch sind sie vom tessinischen Staatsrat entlassen worden.

Der Bundesrat hatte sich begnügt, ein Regiment Infanterie im Thurgau auf Piquet zu stellen, und der eidgenössische Kommissär Bavier kam glücklicherweise nicht in die Lage, von der ihm erteilten Vollmacht, nötigenfalls über die Kantonstruppen zu verfügen, Gebrauch machen zu müssen.

Die Piquetstellung ist eine Vorbereitungshandlung zu eidgenössischer, bewaffneter Intervention, ist aber noch nicht diese Intervention selbst. In den Fällen von Genf und Zürich, wo bewaffnete Intervention angenommen wurde, waren die Truppen in den Kanton einmarschiert.

Der eidgenössische Kommissär Bavier hat den Staatsrat ersucht, die bewaffneten Zivilgarden aufzulösen; er hat an den Kommandanten der kantonalen Truppen verschiedene Gesuche gestellt, hat aber nie direkt über diese Truppen verfügt.

Einer der Rekurrenten, Herr Oberst Mola, schrieb selbst in der „*Gazetta ticinese*“, dass sich alle in Dienst berufenen Milizen um das Vaterland verdient gemacht hätten, „perseverando il paese dal disonore di un intervento federale armato,“ und Herr Bavier sagt

in seinem Bericht an den Bundesrat, dass glücklicherweise dem Kanton die Kosten einer eidgenössischen bewaffneten Intervention haben erspart werden können.

So das Bundesgericht. Es ist ohne Zweifel ein wohlerwogener und vorzüglich redigierter Entscheid, aber trotzdem können wir demselben im ersten Punkte, nämlich da, wo der Begriff der „politischen Verbrechen und Vergehen“ festgestellt wird, ganz und gar nicht zustimmen. Das Bundesgericht hätte zwar nicht nötig gehabt, sich auf diese Frage einzulassen, da es den Rekurs aus dem ganz einfachen Grunde, weil keine bewaffnete Intervention stattgefunden hatte, unter allen Umständen abweisen musste. Es hat diese Frage vielmehr deswegen gelöst, um für die Zukunft festzustellen, was unter dem in Art. 112, Ziff. 3 erwähnten Ausdruck „politische Verbrechen und Vergehen“ zu verstehen sei.

Nach der Ansicht des Bundesgerichts wären also nur die in den Art. 45—50 des Bundesstrafrechts erwähnten Verbrechen politische, als Hochverrat, Aufruhr, Widersetzung, Nötigung und Thatsächlichkeiten gegen Beamte, strafbare Aufforderungen, Wahlvergehen, Befreiung von Gefangenen und Vereitelung eines Verhaftsbefehls. Alle andern Verbrechen, welche nicht unter diese Begriffe passen, wären nicht politische im Sinne des Art. 112, Ziff. 3 der Bundesverfassung, sondern gemeine. Es wären also z. B. nicht zu den politischen Delikten zu zählen: Landesverrat und die Vergehen gegen das Völkerrecht. Dies ist jedoch entschieden unrichtig, und es wird auch niemand behaupten wollen, dass z. B. der Landesverrat nicht immer ein politisches Verbrechen sei. Wir können uns denselben wenigstens nie als gemeines Delikt denken.

Wo liegt nun aber der Fehler, dass das Bundesgericht zu einem solch falschen Schluss gelangen konnte? Dies kam daher, weil dasselbe annahm, der Art. 52 des Bundesstrafrechts sei gleichsam die Interpretation zu Art. 112, Ziff. 3 der Bundesverfassung; er ordne ebenfalls Fragen der Gerichtsbarkeit, während er in That und Wahrheit nur bestimmt, unter welchen Umständen das eidgenössische Strafgesetz in Anwendung zu bringen sei. Der Ausdruck „politische Verbrechen und Vergehen“, wie er sich in Art. 112, Ziff. 3 der Verfassung vorfindet, ist im ganz allgemeinen Sinne zu nehmen und er erleidet keine Einschränkung durch den Art. 52 des Bundesstrafrechts.

Mit Recht bemerkt hiezu *Prof. Vogt*, dass wenn man der Interpretation des Bundesgerichts folgen würde, man dahin käme, dass der Bund einem Kanton verbieten müsste, den Urheber eines politischen Mordes hinzurichten — weil es *ein* politisches Verbrechen ist — aber trotz einer infolge dieses Mordes angeordneten bewaffneten Intervention den Fall von den kantonalen Gerichten beurteilen lassen müsste — weil es *kein* politisches Verbrechen ist ¹⁾).

Wie bereits schon erwähnt wurde, musste das Bundesgericht diesen Rekurs abweisen, und es wurden die Angeklagten vor die kantonalen Assisen gestellt. Am 26. Februar 1880 traten dieselben in der Kirche zu Stabio zusammen, um nach beinahe dreimonatlicher Verhandlung, am 14. Mai, ihr Urteil zu fällen, das in Bezug auf sämtliche Angeklagte auf Nichtschuldig lautete.

¹⁾ *Vogt*: a. a. O., pag. 23.

In der ganzen Schweiz wurde dieser Ausgang als die glücklichste Lösung des berüchtigten Stabioprozesses angesehen und das freisprechende Urteil mit grosser Freude entgegengenommen. Denn wer konnte z. B. an die Schuld eines Obersten *Mola* glauben?

Der Stabioprozess ist und bleibt ein schwarzer Punkt in der Geschichte des Kantons Tessin, und es zeigt derselbe drastisch, wie gefährlich es für einen Staat werden kann, wenn sogar bis in den Gerichtssaal hinein die gehässige Parteipolitik gezogen wird.

§ 31.

Die missglückte Novelle zum Bundesstrafrecht.

Die Ungerechtigkeiten, welche die Tessiner Gerichte im Stabioprozesse sich zu Schulden kommen liessen, warfen begreiflicherweise bei allen recht denkenden Bürgern der ganzen Schweiz nicht wenig Staub auf.

Schon am 14. Juni 1880, also genau ein Monat nach Fällung des Urteils, stellte *Bundesrat Hammer* im Bundesrat den Antrag, das Justiz- und Polizeidepartement sei einzuladen, die Frage zu prüfen, mittelst welcher Verfassungs- oder Gesetzesabänderungen der Wiederholung von Gerichtserkenntnissen vorgebeugt werden könnte, wie solche bei Anlass der Vorgänge von Stabio gefällt worden waren ¹⁾.

Fünf Tage später, am 19. Juni 1880 stellte auch *Ständerat Brosi* eine diesbezügliche Motion mit folgendem Wortlaut: „Der Bundesrat wird eingeladen, den eidgenössischen Räten Bericht und Antrag zu

¹⁾ Bundesblatt, 1883, I, 40.

hinterbringen über Revision des Bundesstrafrechts vom 4. Februar 1853, im Sinne der Erweiterung des Begriffs der politischen Verbrechen und Vergehen, welche in die Kompetenz der Bundesassisen fallen¹⁾).

Nachdem der Ständerat am 28. Juni die Motion als erheblich erklärt hatte, wurde die Angelegenheit dem Bundesrat zu näherer Prüfung zugewiesen. Dieser brachte der Bundesversammlung zu Anfang des Jahres 1882 als Zusatz zu Art. 74 des Bundesstrafrechts einen Gesetzesvorschlag ein, welchem die letztere folgende Fassung gab: „Wenn infolge politischer Aufregung das Vertrauen in die Unabhängigkeit oder Unbefangenheit kantonaler Gerichte in Bezug auf eine ihrer Beurteilung unterstellte, auf ein Verbrechen gerichtete Strafklage als beeinträchtigt angesehen werden muss, so ist der Bundesrat berechtigt, die Untersuchung und Erledigung einer solchen Klage an das Bundesgericht zu überweisen, auch wenn das Verbrechen in dem gegenwärtigen Gesetze nicht vorgesehen ist. Das Bundesgericht urteilt in dem letztern Falle nach der Gesetzgebung des Kantons, in welchem das Verbrechen begangen wurde²⁾).

Gegen eine derartige Gesetzesbestimmung wurden aber in den Räten grosse Bedenken getragen und diese Ausdehnung der Kompetenz des Bundes geradezu als verfassungswidrig bezeichnet. Auch wollte man nicht, dass der Bundesrat, d. h. eine politische Behörde in den einzelnen Fällen zu bestimmen habe, ob das Bundesgericht oder die kantonalen Gerichte zur

¹⁾ Bundesblatt, 1883, I, 40.

²⁾ Bundesblatt, 1884, I, 25. Vergl. auch Bundesblatt, 1882, IV, 641.

Beurteilung kompetent seien. So wurde denn, wie beinahe vorauszusehen war, gegen das betreffende Bundesgesetz das Referendum ergriffen und wirklich auch in der Volksabstimmung vom 11. Mai 1884 mit 202,773 gegen 159,068 Stimmen verworfen ¹⁾).

Hoffen wir, dass es bei der Vereinheitlichung des Strafrechts endlich gelingen werde, alle schwereren politischen Verbrechen ausschliesslich in die Kompetenz des Bundesgerichts zu weisen! Der Art. 112, Ziff. 3 der Bundesverfassung muss eine Ausdehnung erfahren, wenn man in Zukunft ähnlichen Urteilen, wie dem zu Stabio gefällten, mit Erfolg begegnen will.

¹⁾ Vergl. Bundesblatt, 1882, IV, 640 ff. und *Pfenninger*: Das Strafrecht der Schweiz, pag. 355 ff. Siehe auch *Stooss*: Die Novelle zum Bundesstrafrecht in der Zeitschrift für Schweizer Strafrecht, Bd. III, pag. 160 ff. und *Hornung*: Le droit pénal fédéral et le nouvel Art. 74 bis. Im Journal des tribunaux, 1883, Nr. 29.

Fünfter Abschnitt.

Auslieferung und Asyl.

§ 32.

Das Wesen der Auslieferung und der Auslieferungsverträge.

Die politischen Verbrechen spielen im Rechte der Auslieferung entschieden die grösste Rolle. Aus diesem Grunde sei es uns erlaubt, hier auf die Auslieferung selbst mit kurzen Worten einzutreten.

Es herrscht unter den Schriftstellern ein Streit darüber, welches die juristische Natur der Auslieferung sei. Einige fassen dieselbe als einen *richterlichen* Akt auf, während andere sie als Ausfluss der *administrativen* Staatsgewalt bezeichnen. Nach der Ansicht der ersteren wäre die Auslieferung demnach *Rechtspflege*, während deren Gegner sie *Rechtshilfe* nennen ¹⁾.

¹⁾ v. *Martitz*: Internationale Rechtshilfe in Strafsachen, 1. Abtlg., pag. 440 und 144. Als Rechtspflege betrachtet sie u. a.: *Hornaker*: Ueber die Auslieferung der Inländer wegen der im Auslande begangenen Verbrechen, in der Zeitschrift für das gesamte Recht, Bd. I, 291. *Schauberg*: Das interkantonale Strafrecht der Schweiz, Separatabdruck, pag. 66. *Lammasch*: Auslieferungspflicht und Asylrecht, pag. 37 ff. Die entgegengesetzte Ansicht vertreten: v. *Liszt*: Sind gleiche Grundsätze des internationalen Strafrechts für die europäischen Staaten anzustreben? und eventuell welche? in der Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft, Bd. II, 60 ff. *Binding* und *Hugo Meyer* in ihren Lehrbüchern des Strafrechts.

Als Rechtshilfe wird sie auch vom völkerrechtlichen Institut angesehen, indem dasselbe zu Oxford folgende These aufstellte: „Die Auslieferung ist ein internationaler Rechtsakt, der der Gerechtigkeit und dem Staatsinteresse entspricht. Sein Zweck ist wirksame Verhinderung oder Bestrafung der Verbrecher“. Ebenso haben auch der schweizerische Bundesrat und das Bundesgericht schon öfters erklärt, die Auslieferung sei ein reiner Verwaltungsakt und keine Stafe ¹⁾).

Damit hängt auch eng die andere Frage zusammen, ob der Staat die Pflicht habe, einen Verbrecher auszuliefern. Dies ist entschieden zu verneinen. Kein Staat ist verpflichtet, einem andern Individuen zur Bestrafung zu übergeben, es sei denn, dass er sich durch Verträge dazu verpflichtet hat. Wenn der ersuchte Staat aber trotzdem ohne Vertrag ausliefert, so ist dies nicht auf eine internationale völkerrechtliche Verpflichtung zurückzuführen, sondern lediglich auf den guten Willen und die Interessen des requirierten Staates ²⁾).

¹⁾ Bundesgerichtl. Entsch., Bd. V, pag. 65. „L'extradition n'est pas une peine infligée en vertu d'une loi nouvelle et nul condamné en fuite n'a un droit acquis à n'être jamais livré à l'autorité judiciaire compétente.“

²⁾ Dies ist auch die Ansicht *v. Bar's*: Lehrbuch des internationalen Privat- und Strafrechts, Stuttgart 1892, pag. 292; „denn an sich ist man rechtlich nicht verpflichtet, fremdem Rechte unter Verletzung eigener Interessen oder auch nur unter Aufwendung besonderer Mühe Beistand zu leisten.“ Der Bundesrat scheint indessen in letzter Zeit seine Ansicht geändert zu haben und die Auslieferung als völkerrechtliche Verpflichtung aufzufassen. Vergl. Bundesblatt, 1890, III, 316 ff. und *v. Salis*: Bundesrecht, III, Nr. 1180.

Heutzutage ist die Auslieferung zwar in den meisten Fällen eine völkerrechtliche Pflicht, da beinahe alle zivilisierten Staaten miteinander sogen. Auslieferungsverträge abgeschlossen haben. Daneben kommen auch Auslieferungen vor, die sich auf blosse Reziprozitätserklärungen stützen.

Die Auslieferungsverträge bezwecken eine feste Regelung in Auslieferungssachen. Sie haben daher insbesondere zu bestimmen, wegen welcher Verbrechen und unter welchen Bedingungen ausgeliefert werden soll und das Verfahren bei der Auslieferung selbst zu normieren. Das Recht zum Abschlusse solcher Verträge steht jedem souveränen Staate zu und geschieht in der Schweiz speziell durch die Bundesversammlung¹⁾. Eine Aenderung in der Gesetzgebung eines der kontrahierenden Staaten ist auf den Vertrag ohne Einfluss. Die Dauer der Gültigkeit ist meistens in dem Vertrag bestimmt, und es tritt bei deren Ablauf in der Regel stillschweigend Erneuerung für dieselbe Zeit ein. Durch einen ausgebrochenen Krieg wird der Auslieferungsvertrag nicht aufgehoben, sondern bloss suspendiert. Immerhin können auch zu Kriegszeiten Auslieferungen gewährt werden. Diese Verträge besitzen rückwirkende Kraft, d. h. sie können auch auf solche Verbrecher angewandt werden, welche sich vor dessen Abschluss in das Gebiet eines der Kontrahenten begeben haben²⁾.

¹⁾ Bundesverfassung, Art. 85, Ziffer 5.

²⁾ Vergl. hiezu: *v. Bar*: Lehrbuch des internationalen Privat- und Strafrechts, pag. 285 ff.; *Töndury*: Die Auslieferungsverträge der Schweiz und die Bundespraxis in Auslieferungssachen, pag. 14 ff.; *Ruffy*: L'extradition et les traités

Es liegt im Interesse der Gerechtigkeit, dass möglichst viel Auslieferungsverträge abgeschlossen werden. „Sicher und regelmässig kann die Auslieferung nur dann gehandhabt werden, wenn Staatsverträge bestehen. Es ist wünschenswert, dass deren Zahl sich immer mehr und mehr steigere ¹⁾.“

In neuester Zeit ist auch das Projekt eines Welt-auslieferungsvertrages aufgetaucht, und es hat über diese Frage *Prof. v. Liszt* im deutschen Juristentag ein ausgezeichnetes Gutachten abgegeben. Er kam zu dem Resultate, dass einheitliche Grundsätze über die Gewährung der internationalen Rechtshilfe in Strafsachen, insbesondere der Auslieferung flüchtiger Verbrecher dringend wünschenswert seien und der sicherste Weg zur vollständigen Erreichung dieses Zieles der Abschluss eines Welt-Rechtshilfe-Vertrages biete ²⁾. Wir selbst hoffen, dass einst ein solcher Vertrag zwischen allen Kulturvölkern abgeschlossen werde, müssen aber immerhin gestehen, dass dies zur Zeit noch nicht möglich und auch nicht vorteilhaft wäre. Ein Hemmnis würden insbesondere die einem jeden Staate eigentümlichen Institutionen bereiten. Wohl mögen internationale Verträge, wie der Weltpostvertrag, der Eisenbahnfrachtvertrag und derjenige zum Schutze des Urheberrechts abgeschlossen werden, aber für einen Weltauslieferungsvertrag ist die Zeit noch nicht reif. Ein solcher hätte gegenwärtig, wenn nicht

conclus par la Suisse, pag. 32 ff.; *Rossel*: Les traités d'extradition de la Suisse, pag. 13 ff.; *Lammasch*: Auslieferungspflicht und Asylrecht, pag. 67 ff.

¹⁾ These 2 des völkerrechtlichen Instituts.

²⁾ Zeitschrift für gesamte Strafrechtswissenschaft, Bd. II, pag. 75.

einen Rückschritt, so doch immerhin einen Stillstand im Auslieferungsrecht zur Folge ¹⁾).

§ 33.

Die schweizerischen Auslieferungsverträge.

Schon zur Zeit, als die Schweiz noch ein Staatenbund war, d. h. vor 1848, hatte sie mit einzelnen Ländern Auslieferungsverträge abgeschlossen. Diese Verträge waren aber nur für diejenigen Stände verbindlich, welche ihnen die ausdrückliche Genehmigung erteilt hatten ²⁾. Erst die Bundesverfassung von 1848 änderte diesen Zustand, indem das Recht, Bündnisse und Verträge mit dem Auslande abzuschliessen, allein dem Bunde eingeräumt wurde und solche durch ihn abgeschlossenen Verträge zugleich die ganze Schweiz verbindlich machten.

Wir lassen hier in chronologischer Reihenfolge die gegenwärtig in Kraft bestehenden schweizerischen Auslieferungsverträge folgen.

1. *Vertrag der schweizerischen Eidgenossenschaft und der Vereinigten Staaten von Nordamerika vom 25. November 1850* ³⁾. Seinem Inhalte nach ist es ein Freundschafts-, Handels-, Niederlassungs- und Auslieferungsvertrag. Ueber die Auslieferung speziell handeln die Art. 13—17. Gegenwärtig finden Unterhandlungen

¹⁾ Siehe auch *v. Bar*: Zur Lehre von der Auslieferung, im Gerichtssaal, Bd. XXXIV, pag. 481 ff.; *Rolin*: Revue de droit international, 1885, pag. 378; *Lammasch*: Auslieferungspflicht und Asylrecht, pag. 114.

²⁾ Siehe amtliche Sammlung der neuern eidg. Abschiede, 1814—1848, Bd. II, pag. 128 ff.

³⁾ A. S., V, 216; *Wolf*: Bundesgesetzgebung, II, 393; *v. Salis*: Bundesrecht, III, 415; *Töndury*: a. a. O., pag. 19.

zwecks Revision dieses schon längst nicht mehr zeitgemässen Vertrages statt ¹⁾).

2. *Staatsvertrag zwischen der schweizerischen Eidgenossenschaft und S. M. dem König der Niederlande, über gegenseitige Auslieferung von Verbrechern vom 29. Dezember 1853* ²⁾).

Auch diesen Vertrag hofft man in Bälde durch einen neuen zu ersetzen ³⁾).

3. *Vertrag zwischen der Schweiz und Italien über gegenseitige Auslieferung von Verbrechern und Angeschuldigten vom 22. Juli 1868* ⁴⁾).

Der Vertrag trat an die Stelle desjenigen, den früher eine Anzahl Stände mit dem Königreich Sardinien abgeschlossen hatten und welcher später auf ganz Italien und die ganze Schweiz ausgedehnt wurde.

4. *Vertrag zwischen der Schweiz und Frankreich über gegenseitige Auslieferung von Verbrechern vom 9. Juli 1869* ⁵⁾).

Der Vertrag von 1828, welchen Frankreich im Jahr 1831 kündigte und an dessen Stelle dieser neue Vertrag getreten ist, enthielt nur Weniges über die Auslieferung. Am 15. Juni 1832 wurde indessen zwischen den beiden Staaten eine diesbezügliche Ver-

¹⁾ Bundesblatt, 1887, II, 658; 1888, II, 763, Nr. 8; 1889, II, 712; 1892, II, 493.

²⁾ A. S., IV, 98; Bundesblatt, 1854, I, 157; *Wolf*, II, 562; *v. Salis*: Bundesrecht, III, 415 und 416; *Töndury*: a. a. O., 19 und 20.

³⁾ Bundesblatt, 1880, II, 586; 1884, II, 712; 1890, II, 136.

⁴⁾ A. S., IX, 654, 732, 759; XI, 293; *Wolf*, II, 568; *v. Salis*, 416; *Töndury*, 20.

⁵⁾ A. S., X, 35; *Wolf*, II, 576—583; *Töndury*, 20; *v. Salis*, 416 und 417.

einbarung getroffen. Aufgenommene Unterhandlungen zum Abschlusse eines neuen Vertrages scheiterten oft, weil Frankreich die belgische Attentatsklausel in denselben aufgenommen wissen wollte, wogegen die Schweiz sich aber des Entschiedensten verwahrte ¹⁾.

5. *Auslieferungsvertrag zwischen der Schweiz und Russland vom 17./5. Nov. 1873* ²⁾.

Eine Auslieferung soll nach diesem Vertrage nur dann stattfinden, wenn ein Verbrechen begangen wurde, welches nach den Gesetzen beider Staaten eine Strafe von mehr als einem Jahre Gefangenschaft nach sich zieht. (Art. 3, Abs. 1).

6. *Vertrag zwischen der Schweiz und Portugal über gegenseitige Auslieferung von Verbrechern vom 30. Oktober 1873* ³⁾.

Besondere Erwähnung verdient die im Art. 3 § 2 dieses Vertrages getroffene Bestimmung, wonach Individuen, die wegen Verbrechen angeklagt oder verurteilt sind, auf welche nach der Gesetzgebung des reklamierenden Staates die Todesstrafe anwendbar ist, nur unter der Bedingung der Umwandlung dieser Strafe ausgeliefert werden können. Kein anderer Vertrag der Schweiz enthält eine ähnliche Bestimmung.

7. *Auslieferungsvertrag zwischen der Schweiz und dem deutschen Reiche vom 24. Januar 1874* ⁴⁾.

¹⁾ Bundesblatt, 1869, IV, 467 und v. Salis, pag. 417.

²⁾ A. S., XI, 409; Bundesblatt, 1874, I, 357; Wolf, II, 584; v. Salis: Bundesrecht, III, 417 u. 418.

³⁾ A. S. n. F., I, 160; Bundesblatt, 1875, II, 565; Wolf, II, 600; v. Salis, III, 418. Siehe auch Lammasch: Auslieferungspflicht und Asylrecht, pag. 499 ff.

⁴⁾ A. S. n. F., I, 81; Wolf, II, 597; v. Salis, III, 418—420.

Durch denselben sind die von der Schweiz mit einigen süddeutschen Staaten abgeschlossenen Auslieferungsverträge aufgehoben worden. Besonders hervorzuheben ist, dass nach diesem Vertrage kein Individuum wegen eines von ihm verübten politischen Verbrechens oder Vergehens, noch wegen einer Handlung, die mit einem solchen politischen Verbrechen oder Vergehen im Zusammenhang steht, an einen dritten Staat ausgeliefert werden darf (Art. 4, Abs. 2).

8. *Vertrag zwischen der Schweiz und Belgien über gegenseitige Auslieferung von Verbrechern vom 13. Mai 1874* ¹⁾.

Ein früherer, zwischen diesen beiden Staaten abgeschlossener Vertrag datierte vom 24. November 1869. Der gegenwärtig in Kraft bestehende Auslieferungsvertrag vom Jahr 1874 wurde durch eine Uebereinkunft vom 11. September 1882 abgeändert ²⁾.

9. *Vertrag zwischen der Schweiz und dem Grossherzogtum Luxemburg vom 10. Februar 1876* ³⁾.

Als Vorbild zu diesem Vertrag dient der vom Jahr 1874 mit Belgien abgeschlossene.

10. *Auslieferungsvertrag zwischen der Schweiz und Grossbritannien vom 26. November 1880* ⁴⁾.

Die Schweiz hatte schon früher, nämlich 1874, einen Vertrag mit Grossbritannien abgeschlossen, welcher auf alle der Königin von England gehörenden Kolonien und auswärtigen Besitzungen Anwendung finden sollte. Dieser Auslieferungsvertrag wurde aber am 22. Dezember 1877 von der Schweiz gekündigt,

¹⁾ A. S. n. F., I, 59; *Wolf*, 589; *v. Salis*, III, 420.

²⁾ A. S. n. F., VI, 617; *Wolf*, 595.

³⁾ A. S. n. F., II, 120; *Wolf*, 605; *v. Salis*, III, 421.

⁴⁾ A. S. n. F., V, 313; *Wolf*, 613; *v. Salis*, III, 421—424.

weil nach den Bestimmungen des Art. III des Vertrages, wie nach dem englischen Auslieferungsgesetz, ein Engländer, der in der Schweiz ein Verbrechen begangen hatte, und sich nach England flüchtete, straf-frei ausgieng, wie der Fall Wilson auf eine ganz empörende Weise gezeigt hatte ¹⁾. Nach dem gegenwärtigen Vertrag ist dies nun nicht mehr möglich, denn in Art. I verpflichtet sich England, alle Personen, also auch seine eigenen Staatsbürger, wenn sie in der Schweiz ein Verbrechen begangen haben, an dieselbe auszuliefern, während die Schweiz ihre eigenen Angehörigen nicht auszuliefern braucht, dagegen die Bestrafung derselben nach Massgabe des Rechts ihres Heimatkantons übernimmt ²⁾.

11. *Auslieferungsvertrag zwischen der Schweiz und Spanien vom 31. August 1883* ³⁾.

12. *Uebereinkunft zwischen der Schweiz und Salvador betreffend die gegenseitige Auslieferung von Verbrechen vom 30. Oktober 1883* ⁴⁾.

Als Grundlage zu dieser Uebereinkunft diene der schweizerisch-spanische Auslieferungsvertrag vom Jahr 1883. —

13. *Freundschafts-, Niederlassungs- und Handelsvertrag zwischen der schweizerischen Eidgenossenschaft und der südafrikanischen Republik vom 6. Nov. 1885* ⁵⁾.

¹⁾ Bundesblatt, 1878, II, 520 und 864.

²⁾ Bundesblatt, 1880, IV, 512 ff.

³⁾ A. S. n. F., VII, 357; *Wolf*, II, 357; *v. Salis*: Bundesrecht, III, 424 und 425; Bundesblatt, 1883, IV, 755.

⁴⁾ A. S. n. F., VII, 694; *Wolf*, II, 629; *v. Salis*: Bundesrecht, III, 426 und ff.; Botschaft des Bundesrates zu dieser Uebereinkunft, im Bundesblatt, 1884, I, 311 ff.

⁵⁾ A. S. n. F., X, 296; *Wolf*, II, 452; *Töndury*: a. a. O., pag. 21; *v. Salis*, III, 426.

Wie schon der Name sagt, ist dieser Vertrag, den die Schweiz mit der Republik Transval abgeschlossen hat, kein eigentlicher Auslieferungsvertrag, dagegen findet sich in Art. 10 folgende Bestimmung: Ueber die Auslieferung der Verbrecher und den Vollzug von Rogatorien wird zwischen den kontrahierenden Teilen eine besondere Uebereinkunft abgeschlossen werden. Bis zum Inkrafttreten dieser Uebereinkunft soll die Schweiz in der südafrikanischen Republik und diese letztere in der Schweiz alle Rechte geniessen, welche die kontrahierenden Teile einem andern, nicht angrenzenden Staate in diesen Beziehungen eingeräumt haben oder in Zukunft einräumen werden. Für alle Fälle gilt als vereinbart, dass jedes diesfällige Begehren, welches von dem einen Teile an den andern gestellt wird, ohne Weiteres die Zusicherung der Gegenseitigkeit in sich schliesst.

14. *Uebereinkunft zwischen der Schweiz und dem Fürstentum Monaco betreffend die gegenseitige Auslieferung von Verbrechern vom 10. Dezember 1885* ¹⁾.

15. *Auslieferungsvertrag zwischen der Schweiz und Serbien vom 28. November 1887* ²⁾.

Eine Erläuterung zu diesem Vertrag bietet die vom 28. November 1887 datierte schweizerische Note an den ausserordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister S. M. des Königs von Serbien in Wien, worin ausgeführt wird, dass die Schweiz die Auslieferung politischer Verbrecher nicht absolut verweigere, sondern sich vielmehr in jedem speziellen Falle eine genaue Prüfung vorbehalte ³⁾.

¹⁾ A. S. n. F., VIII, 467; *Wolf*, II, 636; *v. Salis*, III, 426.

²⁾ A. S. n. F., X, 677; *Wolf*, II, 643; *v. Salis*, III, 427 u. 428.

³⁾ A. S. n. F., X, 701; *Wolf*, II, 650.

16. *Provisorisches Uebereinkommen zwischen der Schweiz und der Republik Ecuador über die gegenseitige Auslieferung von Verbrechern und den Vollzug von Requisitorien vom 22. Juni 1888*¹⁾.

17. *Freundschafts-, Niederlassungs- und Handelsvertrag zwischen der schweizerischen Eidgenossenschaft und dem unabhängigen Kongostaat vom 16. Nov. 1889*²⁾.

Art. 15 dieses Vertrages, welcher sich auf die Auslieferung bezieht, hat genau den gleichen Wortlaut, wie der bereits mitgeteilte Art. 10 des Vertrages zwischen der Schweiz und der Republik Transval.

Abgeschlossen, jedoch noch nicht ratifiziert, sind die Verträge mit folgenden beiden Staaten:

1. *Argentinien*. Als Grundlage zum schweizerisch-argentinischen Verträge diente ein vom schweizerischen Justizdepartement ausgearbeitetes Projekt, das ganz besonders den im argentinischen Auslieferungsgesetz getroffenen Bestimmungen Rechnung trug³⁾. Dieses letztere Gesetz findet sich auch abgedruckt im Bundesblatt 1886, I, 379.

2. *Oesterreich-Ungarn*. Dieser bis heute noch nicht genehmigte Vertrag wurde am 17. November 1888 zwischen den beiden Staaten abgeschlossen, nachdem 1884 der aus dem Jahr 1855 stammende und etwas veraltete Vertrag von Oesterreich gekündigt worden war. Die Bundesversammlung erteilte dem neuen Vertrag ihre Genehmigung deshalb nicht — sondern be-

¹⁾ A. S. n. F., 2. S., I, 219; *Wolf*, II, 652; *v. Salis*, III, 428.

²⁾ A. S. n. F., 2. S., I, 427; *v. Salis*, III, 433.

³⁾ Siehe auch Bundesblatt, 1884, II, 719; 1886, I, 916; 1887, II, 655; 1888, II, 761; 1889, II, 711; 1890, II, 136; 1891, II, 531; 1892, II, 493, 783.

schloss vielmehr Verschiebung der Angelegenheit — weil sie glaubte, der Bundesrat habe in Beziehung auf die politischen Delikte zu grosse Konzessionen gemacht. Zugleich wurde auch der Wunsch nach einem schweizerischen Auslieferungsgesetz ausgesprochen und der Bundesrat mit Anhandnahme dieser Angelegenheit beauftragt ¹⁾).

Ferner steht die Schweiz in Unterhandlungen zum Abschluss solcher Verträge mit der *Republik Chile* ²⁾ mit der *Republik Uruguay* ³⁾, mit der *Republik Brasilien* ⁴⁾, mit dem *Königreich Rumänien* ⁵⁾, mit der *Republik Columbia* ⁶⁾, mit den *Königreichen Schweden und Norwegen* ⁷⁾ und mit der *Republik Nicaragua* ⁸⁾.

Mit einer Anzahl von Staaten sind auch sogen. Reziprozitätserklärungen ausgetauscht worden und es sind dieselben im Bundesblatt 1893, II, pag. 76 aufgeführt. Seither ist auch mit Rumänien eine diesbezügliche Erklärung ausgetauscht worden ⁹⁾.

¹⁾ Bundesblatt, 1889, I, 845 ff.; 1889, II, 711; 1890, II, 136; 1893, II, 617; *v. Salis*: Bundesrecht, III, 429 ff.; *Töndury*: a. a. O., 60 ff.; *v. Orelli*: Zeitschrift für schweiz. Recht, n. F., 12. Bd., pag. 351.

²⁾ Bundesblatt, 1890, II, 136; 1892, II, 782; 1893, II, 617.

³⁾ Bundesblatt, 1887, II, 657; 1888, II, 763; 1889, II, 711.

⁴⁾ Bundesblatt, 1875, II, 567; 1877, II, 510; 1887, II, 658; 1888, II, 763.

⁵⁾ Bundesblatt, 1887, II, 657; 1888, II, 763.

⁶⁾ Bundesblatt, 1893, II, 617.

⁷⁾ Bundesblatt, 1892, II, 781; 1893, II, 616.

⁸⁾ Bundesblatt, 1893, II, 617.

⁹⁾ Bundesblatt, 1894, II, 48.

§ 34.

Die schweizerischen Auslieferungsgesetze.

In einem gewissen Gegensatz zu den Auslieferungsverträgen stehen die Auslieferungsgesetze, welche die Gleichheit im Auslieferungsrecht der Staaten sichern sollen. Die Vorzüge solcher Gesetze hat auch das Institut für Völkerrecht anerkannt, indem es in These 4 (Oxford) den Wunsch aussprach, es möchte das Auslieferungsverfahren in jedem Lande durch Gesetz geregelt werden ¹⁾.

Die Schweiz besitzt zwei Auslieferungsgesetze, auf die wir hier näher eintreten wollen.

1. *Das Bundesgesetz über die Auslieferung von Verbrechern oder Angeschuldigten vom 24. Juli 1852.* Dieses Gesetz ist in Ausführung von Art. 55 der alten Verfassung (Art. 67 derjenigen von 1874) erlassen worden, welcher besagt, dass ein Bundesgesetz über die Auslieferung von Angeklagten von einem Kanton an den andern Bestimmungen treffen werde. Sein Charakter ist demnach rein interkantonalen Natur und auf Auslieferungen gegenüber dem Auslande ist es ohne irgend welchen Einfluss ²⁾.

Ein solches Auslieferungsgesetz ist für einen Bundesstaat wie die Schweiz ganz unentbehrlich. Denn, wenn

¹⁾ Siehe auch *v. Liszt* in der Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft, Bd. II, pag. 75. Ueber die Nachteile von Auslieferungsgesetzen vergl. *Brocher*: *Annuaire de l'institut de droit international*, 1879—1880; ferner siehe auch *Lammasch*: *Auslieferungspflicht und Asylrecht*, pag. 105 ff.

²⁾ *Schauberg*: Das interkantonale Strafrecht der Schweiz, Separatabdruck aus der Zeitschrift für schweiz. Recht, XVI, 2; *Pfenninger*: Das Strafrecht der Schweiz, pag. 326 ff.; *Blumer-Morel*: Handbuch, 3. Aufl., I, pag. 291 ff.

selbst Staaten, die absolut nicht in politischen Beziehungen zu einander stehen, Verträge zur Bekämpfung des Verbrechens abschliessen, wie viel eher lässt sich dies für einen Bundesstaat rechtfertigen, dessen Glieder doch meistens die gleichen politischen Ziele verfolgen? Dies hat man denn auch in der alten Eidgenossenschaft schon sehr frühe erkannt und zu würdigen gewusst. Bereits der (älteste) Bund der Waldstätte vom Jahr 1291 enthält Bestimmungen über die gegenseitige Rechtshilfe¹⁾. Aehnliche Satzungen finden sich ferner im Bundesvertrag vom 15. November 1315 (Art. 12), im ewigen Bündnis mit der Reichsstadt Zürich vom 1. Mai 1351 (Art. 16), im Pfaffenbrief vom 7. Oktober 1370, im Sempacherbrief vom 10. Juli 1393, im Stanzerverkommen vom 22. Dezember 1481 und in einer grossen Anzahl vieler andern alten Verträge und Bündnisse²⁾. Die Grundlage aber für das gegenwärtige Gesetz bildet das Konkordat vom 8. Juni 1809, wovon heute noch zwei Artikel in Kraft bestehen³⁾.

Dieses interkantonale Auslieferungsgesetz zerfällt in zwei Abschnitte: 1) Allgemeine Grundsätze und 2) Verfahren bei der Auslieferung.

¹⁾ Erster ewiger Bund der Länder Ury, Schwytz und Unterwalden, Art. 6 (V. Eidg. Abschiede, 1245—1420, I, 241); *Bluntschli*: Geschichte des schweiz. Bundesrechts, I, 2; *Colombi*: De l'extradition en matière pénal et de police dans les relations entre les cantons suisses, in der Zeitschrift für schweiz. Recht, n. F., VI, 453.

²⁾ Wir verweisen hier wiederum auf das ganz vorzügliche Referat von *Colombi*. (Zeitschrift für schweiz. Recht, VI, 455 ff.)

³⁾ *Colombi*: a. a. O., pag. 467 ff.; *Pfenninger*: Strafrecht, pag. 325 und 326; *Blumer-Morel*: 3. Aufl., I, pag. 292. Es sind dies nämlich die Art. 19 und 20.

Durch Bundesgesetze vom 24. Heumonat 1867 und 2. Hornung 1872 hat dasselbe sowohl Abänderungen als Ergänzungen erfahren ¹⁾, und es dürfte eine weitere Revision in nicht allzu grosser Ferne liegen ²⁾.

2. *Das Bundesgesetz betreffend die Auslieferung gegenüber dem Auslande vom 22. Januar 1892.* Wenn wir das soeben besprochene Gesetz ein „interkantonaies“ nannten, so können wir wohl mit einigem Recht das neue Gesetz vom Jahr 1892, im Gegensatz dazu, ein „internationales“ heissen. Dasselbe ordnet nämlich, wie schon sein Titel sagt, die Auslieferungen gegenüber dem Auslande.

Nur eine beschränkte Zahl von Staaten besitzen solche Auslieferungsgesetze, nämlich Belgien, Grossbritannien, Holland, Kanada, die Vereinigten Staaten von Nordamerika, Luxemburg, der Kongo-Staat und die argentinische Republik. Entwürfe sind vorhanden in Frankreich, Spanien und Italien. Auch in Deutschland müht man sich für das Zustandekommen eines solchen Gesetzes ³⁾. In Oesterreich endlich wird das Auslieferungsrecht durch Bestimmungen des Strafgesetzes und der Strafprozessordnung geregelt.

Schon längst hatte man in der Schweiz das Bedürfnis nach einem Auslieferungsgesetz empfunden. Mit über 267 Auslieferungsfällen hatte sich der Bundes-

¹⁾ *Wolf*: Die schweiz. Bundesgesetzgebung, I, 432; *Colombi*: a. a. O., pag. 500 ff.

²⁾ Der schweiz. Juristenverein hat sich in seiner Jahresversammlung vom Jahr 1887 zu Bellinzona bereits mit einer solchen Revision befasst. Siehe die Thesen von *Colombi*, a. a. O., pag. 562 u. 563, sowie diejenigen seines Korreferenten *Kronauer* daselbst, pag. 564 ff.

³⁾ *Schönemann* im Archiv für Strafrecht, Bd. XXIX, pag. 16.

rat in den Jahren 1880—1889 durchschnittlich pro Jahr zu befassen¹⁾. Er gewährte oft Auslieferungen gestützt auf blosse Gegenrechtserklärungen, ohne jedoch hiezu die Kompetenz zu besitzen. Bisweilen sogar lieferte er wegen eines Verbrechens an einen Vertragsstaat aus, das nicht einmal in dem betreffenden Vertrage vorgesehen war. Dagegen wurde nun aber allerdings im Jahr 1885 in der Bundesversammlung Einsprache erhoben und ein Postulat folgenden Inhalts gestellt: „Der Bundesrat wird ersucht, über die konstitutionelle Zulässigkeit der bloss administrativen Auslieferungen, d. h. der Auslieferungen auf Reziprozität trotz vorhandenen Staatsverträgen, Bericht zu erstatten, und falls derartige Auslieferungen zulässig erklärt würden, weiter zu untersuchen, ob es nicht am Platze wäre, sie mit den nämlichen Garantien zu umgeben, wie die auf Grund bestehender Verträge bewilligten Auslieferungen“²⁾. Ferner wurde dem zwischen der Schweiz und Oesterreich-Ungarn abgeschlossenen und unterzeichneten Auslieferungsvertrage von der Bundesversammlung die nachgesuchte Genehmigung nicht erteilt, da derselbe in Art. III bestimmte:

In Ansehung der politischen Verbrechen und Vergehen besteht keine Verpflichtung zur Auslieferung.

Gemäss dieser Bestimmung wird jedoch die Auslieferung nicht verweigert, wenn die strafbare Handlung, welche dem Auslieferungsbegehren zu Grunde liegt, nach den Gesetzen des um die Auslieferung ergangenen Staates den Thatbestand eines gemeinen Deliktes begründet.

¹⁾ Siehe die Tabellen im Bundesblatt, 1890, III, 362 u. 363.

²⁾ Bundesblatt, 1890, III, 320 und 321.

Die Beurteilung und Entscheidung dieser Frage steht dem um die Auslieferung angesprochenen Staate zu, welcher auch berechtigt ist, von dem die Auslieferung nachsuchenden Staate alle hiefür erforderlichen Aufklärungen und Nachweise über den Thatbestand zu verlangen.

Obwohl die Auslieferung nur wegen der im vorhergehenden Artikel aufgezählten gemeinen Verbrechen stattfindet, kann sie doch nicht aus dem Grunde verweigert werden, dass die Angeschuldigten sich auch politischer Delikte schuldig gemacht haben; dieselben können aber in diesem Falle nur wegen der gemeinen Verbrechen, für welche die Auslieferung bewilligt worden ist, gerichtlich verfolgt oder bestraft werden.

Absatz 1 und 2 wurden mit Recht von der nationalrätlichen Kommission beanstandet ¹⁾. Sie machte insbesondere darauf aufmerksam, dass weder durch ein Bundes- noch durch irgend ein kantonales Gesetz die politischen Verbrechen streng von den gemeinen geschieden werden. Daher lud sie unterm 8. Juni 1889 den Bundesrat ein, die Frage zu prüfen, ob es nicht geboten wäre, allgemeine, das Auslieferungswesen beschlagende Normen festzustellen, welche der Schweiz als Basis gegenüber allen Staaten dienen würden, und zwar sowohl bei der Abschliessung von diesbezüglichen Verträgen, als auch für das Verhalten in denjenigen Fällen, wo es an solchen mangelt ²⁾.

Bereits drei Tage später antwortete der Bundesrat, dass er die Vorarbeiten für ein Auslieferungs-

¹⁾ Siehe auch *Töndury*: a. a. O., pag. 62 ff.; anderer Ansicht ist *v. Orelli*. In der Zeitschrift für schweizerisches Recht, Bd. XII, pag. 355.

²⁾ Bundesblatt, 1890, III, 323.

gesetz an die Hand nehmen werde, und übertrug bald darauf *Prof. Rivier* in Brüssel, schweizerischer Generalkonsul in Belgien, die Ausarbeitung eines Vorentwurfes, welcher Mitte Oktober 1889, versehen mit den nötigen Motiven, im Druck erschien. Dieser Vorentwurf diente als Basis für die Kommissionalberatungen, welche vom 14. bis 23. April 1890 unter dem Vorsitz des kürzlich verstorbenen *Bundesrats Ruchonnet* in Bern stattfanden ¹⁾. Von der Bundesversammlung wurde dieser aus den Beratungen der Kommission hervorgegangene Entwurf, ohne Anbringung wesentlicher Abänderungen, zum Gesetz erhoben. Die sozialistische Partei, welche mit dem Gesetz wegen den Bestimmungen, die sich auf die politischen Verbrechen beziehen, unzufrieden war, ergriff die Initiative zum Referendum. Dasselbe kam jedoch nicht zur Volksabstimmung, da die nötige Zahl von Unterschriften nicht aufgebracht werden konnte.

Der Inhalt des Gesetzes zerfällt in vier Titel, nämlich: I. Bedingungen der Auslieferung, II. Auslieferungsverfahren, III. Durchlieferung und IV. Verschiedene Bestimmungen ²⁾. Die wichtigsten Bestimmungen sind selbstverständlich im ersten Titel enthalten und hier wiederum verdient Art. 3 besondere Erwähnung, welcher diejenigen Verbrechen und Ver-

¹⁾ Ueber diese Kommissionalberatungen vergl. *A. v. Orelli*, in der Zeitschrift für schweiz. Recht, Bd. XII, pag. 351 ff., Basel 1893; ferner Bundesblatt, 1890, III, 325.

²⁾ Siehe auch *Brüstlein*: Un projet de la loi fédérale sur l'extradition, Extrait de la Revue pénale suisse (3^{me} année, 2^{me} et 3^{me} livraisons); *Pfenninger*: Der Entwurf eines schweizerischen Bundesgesetzes betreffend die Auslieferung gegenüber dem Auslande, Separatabdruck aus dem Archiv für öffentliches Recht; Bundesblatt, VI, pag. 556 ff., 1891.

gehen aufzählt, wegen welchen Auslieferung gewährt werden kann. Es sind dies folgende:

I. *Delikte gegen Leib und Leben.* 1) Mord, Totschlag und fahrlässige Tötung; 2) Kindsmord und Abtreibung; 3) Aussetzung und bösliches Verlassen von Kindern und hilflosen Personen; 4) Körperverletzung, welche den Tod, einen bleibenden Nachteil oder eine Arbeitsunfähigkeit von mehr als 20 Tagen zur Folge hatte; 5) Teilnahme an einem Raufhandel mit solchem Ausgange;

II. *Delikte gegen Freiheit und gegen Familienrechte.* 6) Menschenraub und Kinderraub¹⁾; 7) Widerrechtliches Gefangenhalten; 8) Entführung von Minderjährigen; 9) Hausfriedensbruch unter erschwerenden Umständen; 10) Androhung gewaltsamer Handlungen gegen die Person oder gegen das Eigentum; 11) Veränderung oder Unterdrückung des Zivilstandes;

III. *Delikte gegen die Sittlichkeit.* 12) Notzucht und gewaltsamer Angriff auf die Schamhaftigkeit, Schändung einer wehrlosen oder geistesgestörten Person; 13) Unsittlichkeiten mit Kindern oder Pflegebefohlenen; 14) Verleitung von Minderjährigen zur Unzucht durch die Eltern, den Vormund oder durch eine Person, unter deren Aufsicht sie stehen; 15) gewerbsmässige Kuppelei; 16) unzüchtige Handlungen, welche öffentliches Aergernis erregen; 17) Blutschande; 18) Bigamie;

IV. *Delikte gegen das Vermögen.* 19) Raub (Seeraub), Erpressung, Diebstahl, Hehlerei; 20) Unterschlagung und Vertrauensmissbrauch; 21) vorsätzliche Eigentumsbeschädigung; 22) Betrug, betrüglicher Bankerott und be-

¹⁾ Sind die Kinder keine Menschen?

trügerische Handlungen im Schuldbetreibungs- und Konkursverfahren;

V. *Delikte gegen Treue und Glauben.* 23) Fälschung und Verfälschung von Münzen, Papiergeld oder Wertzeichen (Postmarken u. s. w.), von Banknoten, Obligationen, Aktien und andern vom Staate, durch Korporationen, Gesellschaften oder Private ausgegebenen Werttiteln; Einführen, Ausgeben und Inverkehrbringen der gefälschten oder verfälschten Gegenstände in betrügerischer Absicht; 24) Fälschung und Verfälschung von Siegeln, Stempeln, Marken oder Clichés, betrügerischer Gebrauch gefälschter oder verfälschter und Missbrauch ächter Siegel, Stempel, Marken, Clichés; 25) Fälschung und Verfälschung von Urkunden, betrügerischer Gebrauch gefälschter und verfälschter Urkunden, Beseitigung von Urkunden, Missbrauch eines Blanketes; 26) Grenzverrückung ¹⁾);

VI. *Gemeingefährliche Delikte.* 27) Brandstiftung, Missbrauch von Sprengstoffen, Verursachung einer Ueberschwemmung, mit Vorsatz oder aus Fahrlässigkeit; 28) vorsätzliche oder fahrlässige Zerstörung oder Beschädigung von Eisenbahnen, Dampfschiffen, Posten, von elektrischen Apparaten und Leitungen (Telegraph, Telephon) und Gefährdung ihres Betriebes; 29) vorsätzliche oder fahrlässige Handlungen, welche die Zerstörung, die Strandung oder den Untergang eines Schiffes bewirken; 30) vorsätzliche oder fahrlässige Verbreitung von Krankheiten bei Menschen und Tieren, gemeingefährliche Verunreinigung von Quellen, Brun-

¹⁾ Es ist dies die Grenzverrückung, die nicht eine Veränderung der Landesgrenze zur Folge hat und nicht im Interesse des Staates geschieht.

nen und Gewässern; 31) vorsätzliche Fälschung und Verfälschung von Lebensmitteln in einer für die Gesundheit von Menschen oder Tieren gefährlichen Weise; Feilhalten und Inverkehrbringen von solchen gefälschten oder verfälschten oder von gesundheitswidrigen oder verdorbenen Lebensmitteln unter Verschweigung ihrer schädlichen Beschaffenheit;

VII. *Delikte gegen die Rechtspflege.* 32) Falsche Anschuldigung; 33) Meineid und wissentlich falsche Versicherung an Eidesstatt; 34) falsches Zeugnis, falsches Gutachten eines Sachverständigen, falsche Erklärung eines Dolmetschers und die Verleitung zu diesen Handlungen;

VIII. *Amtsdelikte.* 35) Bestechung von öffentlichen Beamten, von Geschwornen, Schiedsrichtern und Sachverständigen; 36) Amtsunterschlagung, Erpressung und Uebervorteilung in amtlicher Stellung, Amtsmissbrauch in Folge Bestechung oder zu betrügerischen Zwecken; 37) Unterschlagung von Briefen und Telegrammen, Verletzung des Brief- und Telegraphengeheimnisses durch Post- oder Telegraphenbeamte.

Aus dieser Aufzählung ersieht man, dass die Schweiz bei Auslieferungen gar nicht etwa engherzig ist, sondern dass sie ihr Möglichstes thut, um das gemeine Verbrechen mit Erfolg zu bekämpfen.

Neben diesem Gesetz ist noch zu erwähnen das *Kreisschreiben des Bundesrates an sämtliche Kantonsregierungen über die Vollziehung des Bundesgesetzes vom 22. Januar 1892 betreffend die Auslieferung gegenüber dem Auslande vom 28. Juni 1892*¹⁾. Dasselbe gibt den

¹⁾ Bundesblatt, 1892, IV, 31 ff.

kantonalen Behörden Instruktionen über das Verfahren bei Auslieferung.

§ 35.

**Die Stellung der politischen Delikte
in den Auslieferungsgesetzen und Auslieferungsverträgen.**

Bevor wir auf die Bestimmungen betreffend die politischen Delikte in den schweizerischen Auslieferungsgesetzen und Auslieferungsverträgen selbst eintreten, sei es uns erlaubt, einige allgemeine Bemerkungen über die politischen Verbrechen im Auslieferungsrecht voranzuschicken.

Im internationalen Strafrecht gilt der Satz als allgemein anerkannt, dass wegen politischen Delikten keine Auslieferung gewährt werde¹⁾. Kein moderner Staat wird heutzutage von einem andern ernstlich die Auslieferung politischer Verbrecher fordern. Auch in allen gegenwärtigen Staatsverträgen ist bestimmt, dass wegen politischen Verbrechen keine Auslieferung stattfinde. Dieser internationale Rechtssatz erfreut sich aber noch keines langen Bestandes. Wie wir oben gesehen haben, galten früher die politischen Delikte

¹⁾ Die Litteratur ist eine sehr grosse; vergl. jedoch insbesondere: *Berner*: Der Wirkungskreis der Strafgesetze, pag. 188 ff.; *v. Holtzendorff*: Die Auslieferung der Verbrecher und Asylrecht, pag. 20 ff.; *Renault*: Les crimes politiques en matière d'extradition; *Lammasch*: Auslieferungspflicht und Asylrecht, pag. 203 ff.; *v. Bar*: Lehrbuch des internationalen Privat- und Strafrechts, pag. 306 ff.; *Soldan*: L'extradition des criminels politiques; *Berney*: De la procédure suivie en Suisse pour l'extradition des malfaiteurs, pag. 64 ff.; *Weder*: Zur Behandlung der politischen Verbrecher im internationalen Strafrecht, Berner-Dissertation, pag. 10 ff.; *Töndury*: a. a. O., pag. 51 ff.; *Teichmann*, in der Revue de droit international, Bd. XI, pag. 481 ff.

als die schwersten, woraus es sich erklärt, dass ehemals einander die Staaten gerade die politischen Verbrecher — und diese allein — auszuliefern versprachen, während sie die gemeinen, wenn sie landesflüchtig wurden, ungeschoren liessen ¹⁾. Dieser unerfreuliche Rechtszustand wurde erst in den 30er Jahren dieses Säkulums geändert und zwar durch das Vorgehen Frankreichs und Belgiens, welche durch Gesetz und Vertrag bestimmten, dass wegen politischen Verbrechen nicht ausgeliefert werde ²⁾. Il sera expressement stipulé que l'étranger ne pourra être poursuivi ou puni pour aucun délit politique antérieur à l'extradition ni pour aucun fait connexe à un semblable délit, heisst es z. B. wörtlich in Art. 6 des belgischen Auslieferungsgesetzes vom 1. Oktober 1833, welcher Grundsatz allmählich in sämtliche Verträge aufgenommen wurde, die die Staaten unter sich abschlossen. Im Jahr 1856 erfuhr derselbe in Folge des im September 1854 an Napoleon III. verübten, jedoch missglückten Attentats eine bedeutungsvolle und inhaltsschwere Abänderung. Dadurch wurde nämlich bestimmt: Ne sera pas réputé délit politique, ni fait connexe à un semblable délit, l'attentat contre la personne du chef d'un gouvernement étranger ou contre celle d'un membre de sa famille, lorsque cet attentat constitue le fait, soit de meurtre, soit d'assassinat, soit d'empoisonnement. Auch diese Bestimmung, welche unter dem Namen „*belgische Attentatsklausel*“ bekannt ist, gieng in eine ganze Anzahl von Auslieferungsverträgen über. Nur

¹⁾ Vergl. z. B. v. *Holtzendorff*: Die Auslieferung der Verbrecher und das Asylrecht, pag. 20 und 21.

²⁾ Siehe *Lammasch*: Auslieferungspflicht und Asylrecht, pag. 206; v. *Bar*: Lehrbuch, pag. 306.

Italien, England und die Schweiz haben sich beständig geweigert, dieselbe in ihre Verträge aufzunehmen ¹⁾.

Die Schweiz hat in der That gut gethan, dass sie diese Attentatsklausel nicht adoptiert hat, denn Königsmord ist beinahe immer ein politisches Delikt; es gibt, möchte ich mit *v. Liszt* sagen, kein politischeres Delikt, als den Angriff auf das Leben des Staatsoberhauptes ²⁾.

Das völkerrechtliche Institut hat sich ebenfalls eingehend mit der Stellung der politischen Verbrechen im Rechte der Auslieferung befasst und darüber zu Oxford in These 13 und 14 seine Ansicht kundgegeben ³⁾. Diese Thesen lauten wörtlich :

XIII. L'extradition ne peut avoir lieu pour faits politiques.

XIV. L'état requis apprécie souverainement, d'après les circonstances, si le fait à raison duquel l'extradition est réclamée, a ou non un caractère politique.

Dans cette appréciation, il doit s'inspirer des deux idées suivantes :

a) Les faits qui réunissent tous les caractères de crimes de droit commun (assassinats, incendies, vols), ne doivent pas être exceptés de l'extradition à raison seulement de l'intention politique de leurs auteurs;

b) Pour apprécier les faits commis au cours d'une rebellion politique, d'une insurrection, ou d'une guerre

¹⁾ Vergl. z. B. *v. Liszt*, in der Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft, Bd. II, pag. 65 und *Weder*: a. a. O., pag. 28 ff.

²⁾ *v. Liszt*: a. a. O., pag. 68.

³⁾ Siehe *Annuaire de l'institut de droit international*, Bd. V, Jahrgang 1881—1882.

civile, il font se demander s'ils seraient ou non excusés par les usages de la guerre.

In der Jahresversammlung des schweizerischen Juristenvereins zu Bern (1880) wurde von meinem verstorbenen Lehrer *Prof. A. v. Orelli* der Antrag gestellt, der Verein möge beschliessen, die Oxforder-Thesen auch seinerseits anzunehmen ¹⁾. Dagegen wurde aber mit Recht geantwortet, es sei diese Sache gerade hinsichtlich der politischen Delikte noch nicht genug abgeklärt, weshalb denn auch dieser Antrag abgelehnt wurde ²⁾. Und in der That verhält sich das so, denn es ist das völkerrechtliche Institut in seiner letzten Session, welche im Jahr 1892 zu Genf abgehalten wurde, wieder auf diesen Punkt zurückgekommen und hat folgende neue Thesen aufgestellt:

Art. 1. L'extradition ne peut être admise pour crimes ou délits purement politiques.

Art. 2. Elle ne sera pas admise non plus pour infractions mixtes ou connexes à des crimes ou délits politiques, aussi appelées délits politiques relatifs, à moins, toutefois, qu'il ne s'agisse des crimes les plus graves au point de vue de la morale et du droit commun, tels que l'assassinat, le meurtre, l'empoisonnement, les mutilations et les blessures graves volontaires et préméditées, les tentatives des crimes de ce genre et les attentats aux propriétés, par incendie, explosion, inondation, ainsi que les vols graves, notamment ceux qui sont commis à main armée et avec violences.

Art. 3. En ce qui concerne les actes commis dans le cours d'une insurrection ou d'une guerre civile, par

¹⁾ Protokoll, pag. 147.

²⁾ Protokoll, pag. 158.

l'un ou l'autre des partis engagés dans la lutte et dans l'intérêt de sa cause, ils ne pourront donner lieu à l'extradition que s'ils constituent des actes de barbarie odieux et de vandalisme défendus suivant les lois de la guerre, et seulement lorsque la guerre civile a pris fin.

Art. 4. Ne sont point réputés délits politiques au point de vue de l'application des règles qui précèdent, les faits délictueux qui sont dirigés contre les bases de toute organisation sociale, et non pas seulement contre tel état déterminé ou contre telle forme de gouvernement, mais contre les bases de toute organisation sociale ¹⁾).

Diese Genfer-Thesen, welche an Stelle der Art. XIII und XIV der Thesen von Oxford getreten sind, enthalten einige wesentliche Neuerungen. Dies gilt besonders von Art. 4, der sich gegen den Anarchismus richtet und welche Bestimmung man nur willkommen heissen kann. Denn was haben z. B. die Thaten eines Ravachol, eines Stellmacher, eines Reinsdorf und anderer mit der Politik zu thun? Hoffentlich dauert es nicht mehr lange, bis sich endlich alle Staaten durch Vertrag verpflichten, den Anarchismus auf's Energischste zu bekämpfen, denn nur derart wird man diese Ausgeburt der Hölle — wenigstens bis zu einem gewissen Grad — ertöten können.

Warum sollen aber nun die politischen Verbrecher im Auslieferungsrecht eine andere Behandlung erfahren als die gemeinen? Aus welchem Grund soll wegen politischen Verbrechen keine Auslieferung gewährt

¹⁾ Annuaire de l'institut de droit international, Bd. 12, pag. 182, Jahrgang 1892—1894.

werden? Wir haben auf diese Fragen teilweise früher schon geantwortet, als wir die staats- und rechtsgeschichtliche Stellung der politischen Delikte nachwiesen.

Die Auslieferung findet auf politische Verbrechen deshalb keine Anwendung, weil eine Bestrafung derselben dem Gerechtigkeits- und Billigkeitsgefühl der Bewohner des Zufluchtsstaates widerstreben würde. Ein Staat, der wohlverwaltet und glücklich ist, kann die Rebellen und Revolutionäre in einem andern Staate nicht als Verbrecher betrachten, wenn sie gleiche Institutionen und gleiches Staatsleben fordern. Dadurch bezeugen die Staaten zugleich, dass es ein Notrecht gibt, wenn die Grundlagen eines Staates schlechte und zerrüttete geworden sind. Heute noch haben die Worte Stauffachers Geltung:

Nein, eine Grenze hat Tyrannenmacht,
Wenn der Gedrückte nirgends Recht kann finden,
Wenn unerträglich wird die Last — greift er
Hinauf getrosten Mutes in den Himmel
Und holt herunter seine ew'gen Rechte,
Die droben hangen unveräusserlich
Und unzerbrechlich wie die Sterne selbst. —
Der alte Urstand der Natur kehrt wieder,
Wo Mensch dem Menschen gegenübersteht —
Zum letzten Mittel, wenn kein andres mehr
Verfangen will, ist ihm das Schwert gegeben. —

I. *Die Bestimmungen im Bundesgesetz vom 24. Juli 1852.*

Wir müssen an dieser Stelle nochmals auf den schon erwähnten Art. 55 der Bundesverfassung von 1848 zurückkommen, welcher bestimmt: „Ein Bundesgesetz wird über die Auslieferung der Angeklagten von einem Kanton an den andern Bestimmungen

treffen; die Auslieferung kann jedoch für politische Vergehen und für Pressvergehen nicht verbindlich gemacht werden.“ Diese letzte Bestimmung wurde denn auch ins Auslieferungsgesetz aufgenommen, indem Art. 3 statuiert: „Für politische Vergehen und Pressvergehen muss keine Auslieferung stattfinden.“

Leider sind die offiziellen Berichte in Beziehung auf diesen Verfassungs- wie auf den Gesetzesartikel sehr spärlich ¹⁾. Trotzdem hält es aber nicht schwer die Motive, welche diese Gesetzesbestimmungen veranlassten, herauszufinden. Zu diesem Zwecke müssen wir uns bloss das politische Leben und Treiben in der Eidgenossenschaft vor dem Jahr 1848 vergegenwärtigen. Welche politischen Gegensätze bildeten damals noch die einzelnen Glieder des Staatenbundes! Welch' verschiedene Ansichten walteten in den einzelnen Kantonen! In dem einen Kanton wurde ein und derselbe Mann als Ketzer verflucht, in dem andern beinahe als Heiliger verehrt; in dem einen als Verbrecher verfolgt, in dem andern als ehrbarer Mann geachtet. Zu jener Zeit konnten derartige Satzungen nur von Nutzen sein; heute aber, nachdem sich die Bande zwischen den Staaten enger geschlungen, sind sie entschieden nicht mehr am Platze, ja widersprechen sogar in gewissem Masse dem Bundesstaatsrecht. Der Bundesstaat muss nach Aussen ein festes Ganzes bilden, nach Innen selbst aber sollen die einzelnen Glieder die gleichen Zwecke auf geordneter

¹⁾ Vergl. *Colombi*: a. a. O., pag. 489. Selbst die Botschaft zum Auslieferungsgesetz ist nie deutsch im Druck erschienen; eine französische Uebersetzung findet sich bei *Colombi*, pag. 494 ff.

und gesetzmässiger Basis erstreben ¹⁾. Mit Recht bestimmt daher Art. 4, Sekt. 2, § 4 der Verfassung der Vereinigten Staaten von Nordamerika: A person charged in any state with treason, felony or other crime, who shall flee from justice and be found in another state shall on demand of executive authority of the state from which he fled, be delivered up to be removed to the state having jurisdiction of the same ²⁾.

Für den Fall, dass die Auslieferung nicht bewilligt wird, weil der Requirierte, resp. der Kanton, in dem sich derselbe aufhält, ein politisches Verbrechen vorschützt, kann der requirierende Kanton den Entscheid des Bundesgerichts anrufen, wozu früher der Bundesrat kompetent gewesen war ³⁾. Eine Auslieferung hat dagegen unter allen Umständen stattzufinden, — sei es an das Bundesgericht, sei es an einen andern Kanton — wenn die Bundesassisen oder das Bundesgericht zur Aburteilung kompetent sind, oder wenn die betreffende strafbare Handlung unter ein Bundesgesetz fällt. Es bildet alsdann die gesamte Eidgenossenschaft nur ein einziger Gerichtssprengel ⁴⁾.

¹⁾ Vergl. *v. Bar*: Internationales Privat- und Strafrecht, pag. 594 ff.; *Teichmann*: In der Revue, Bd. XI, pag. 482; *Lammasch*: Das Recht der Auslieferung, pag. 17. Dagegen: *Blumer-Morel*: Handbuch, 3. Aufl., Bd. I, pag. 293; *Pfenninger*: Strafrecht der Schweiz, pag. 326.

²⁾ *Rüttimann*: Nordamerikanisches Bundesstaatsrecht, II, § 437, 438.

³⁾ S. Auslieferungsgesetz, Art. 10 und Bundesverfassung, Art. 113, Ziff. 2, wie auch Entscheidungen des Bundesgerichts, Bd. IV, pag. 235.

⁴⁾ *Schauberg*: Das interkantonale Strafrecht der Schweiz, pag. 31 ff.; *Serment*: Protokoll des Juristenvereins vom Jahr 1880, Separatabdruck, pag. 144.

II. *Die Bestimmungen im Bundesgesetz vom 22. Januar 1892.*

Die Frage betreffend die Auslieferung politischer Verbrecher an das Ausland wird von Art. 10 des Bundesgesetzes geregelt. Die gegenwärtige Fassung erhielt der betreffende Artikel erst nach langen Verhandlungen und lebhaften Debatten. Es war dies die schwierigste Frage, welche der Redaktor des Vorentwurfes, als die vorberatende Kommission, zu lösen hatte. Aus diesem Grunde hat denn auch *Prof. Rivier* in seinem Entwurf zwei verschiedene Redaktionen vorgeschlagen und jede derselben in den Motiven zu rechtfertigen versucht¹⁾. Nach der ersteren hiess es:

Wegen politischer und religiöser Verbrechen und Vergehen wird die Auslieferung nicht bewilligt.

Indessen kann die Auslieferung nicht verweigert werden, wenn die strafbare Handlung, wegen dessen dieselbe verlangt wird, nach dem Rechte des betreffenden Kantons ein gemeines Verbrechen oder Vergehen bildet, selbst wenn der Thäter einen Beweggrund oder einen Zweck politischer oder religiöser Art vorschützt. Im Zweifelsfalle entscheidet die Anklagekammer des Bundesgerichtes über die Natur der strafbaren Handlung auf Grund der bezüglichen kantonalen Gesetzgebung und des Thatbestandes. Bei Bewilligung der Auslieferung durch den Bundesrat stellt derselbe die Bedingung, dass der Ausgelieferte weder durch Ausnahmegerichte beurteilt, noch wegen seines politischen oder religiösen Beweggrundes oder Zweckes strenger behandelt werden dürfe.

¹⁾ Siehe Botschaft des Bundesrates, Bundesblatt, 1890, III, 343 ff.; *Brüstlein*: a. a. O., pag. 25 ff.; *A. v. Orelli*: a. a. O., pag. 353 ff.

Nach der andern Redaktion dieses Artikels wird bestimmt:

Die Auslieferung darf niemals wegen solcher Handlungen bewilligt werden, welche im requirierenden Staate lediglich wegen ihres politischen oder religiösen Charakters strafbar sind. Wenn die Auslieferung eines Individuums, welches eine derartige Handlung begangen hat, wegen eines gemeinrechtlichen Verbrechens oder Vergehens verlangt wird, so bewilligt der Bundesrat die Auslieferung erst dann, wenn er die Zusicherung erhalten hat, dass der Betreffende wegen der erwähnten Handlung nicht strenger behandelt werden wird.

Wegen eines gemeinrechtlichen Delikts, welches zu Zwecken der Politik, oder in politischer Absicht begangen worden ist, kann die Auslieferung verweigert werden, es sei denn, dass sich dasselbe als schweres Verbrechen, so z. B. Mord, Brandstiftung, Zerstörung durch Explosion, Diebstahl, Fälschung qualifiziert. Im Zweifelsfalle entscheidet die Anklagekammer des Bundesgerichts auf Grund des Thatbestandes und der Gesetzgebung des Kantons, in den sich das betreffende Individuum geflüchtet hat. Bei Bewilligung der Auslieferung durch den Bundesrat stellt dieser die Bedingung, dass der Ausgelieferte nicht durch Ausnahmegesetz beurteilt werde.

Die Auslieferung wegen eines gemeinrechtlichen Delikts soll nicht lediglich aus dem Grunde verweigert werden, weil das reklamierte Individuum vorgiebt, aus einem wirklich oder angeblich politischen oder religiösen Beweggrunde gehandelt zu haben.

Nach beiden Redaktionen schimmert die These 14 des Oxforder-Kongresses durch.

Trotz der grossen Autorität des völkerrechtlichen Instituts konnte die Kommission sich doch nicht dazu herbeilassen, dass für gewisse gemeine Verbrechen, wie Mord, Brandstiftung, Diebstahl etc. die Wohlthat, welche den politischen Verbrechern gewährt werde, unter allen Umständen ausgeschlossen bleibe. Es ist der Kommission hoch anzurechnen, dass sie sich nicht auf den Boden der Oxforder-These gestellt hat, denn diese geht unzweifelhaft zu weit. Wenn man gewisse Verbrechen grundsätzlich vom Asylrecht ausschliesse, so würde leicht die Ansicht Platz greifen, als könnten diese Verbrechen unter keinen Umständen politische sein, was doch offenbar unrichtig wäre und der Weltgeschichte spotten würde. Man denke z. B. nur an die Ermordung Morat's durch *Charlotte Corday*. Freilich wollen wir damit nicht behaupten, dass Königs-mord oder Mord an einer politischen Persönlichkeit überhaupt, unter allen Umständen ein politisches Delikt involviere. So ist z. B. die Ermordung *Kaiser Albrechts* durch seinen Neffen *Johann v. Schwaben* u. E. kein politisches Verbrechen.

In den Kommissionalberatungen wurde auch der Antrag gestellt, die Schweiz solle, wenn sie bei relativ-politischen Delikten nicht ausliefere, selbst die Bestrafung für die gemeinen Verbrechen übernehmen. Man zog jedoch im Laufe der Verhandlungen diesen Vorschlag wieder zurück, da dies ebenfalls zu grossen Schwierigkeiten und Verwickelungen hätte führen können. Nachdem noch eine grössere Anzahl Vorschläge gemacht worden waren, einigte man sich schliesslich auf folgenden Wortlaut:

Wegen politischer Verbrechen und Vergehen wird die Auslieferung nicht bewilligt.

Die Auslieferung wird indessen bewilligt, obgleich der Thäter einen politischen Beweggrund oder Zweck vorschützt, wenn die Handlung, um deren willen die Auslieferung verlangt wird, vorwiegend den Charakter eines gemeinen Verbrechens oder Vergehens hat.

Das Bundesgericht entscheidet im einzelnen Falle über die Natur der strafbaren Handlung auf Grund des Thatbestandes.

Wenn die Auslieferung bewilligt wird, so stellt der Bundesrat dem ersuchenden Staate die Bedingung, dass der Auszuliefernde wegen eines politischen Beweggrundes oder Zweckes nicht strenger behandelt werden dürfe.

Wir müssen offen gestehen, dass die Kommission ihre Aufgabe glücklich gelöst und sich namentlich in Beziehung auf die politischen Verbrechen grosse Verdienste erworben hat. Die Schweiz besitzt gegenwärtig ein Auslieferungsgesetz, auf das sie stolz sein kann. Freilich ist in Art. 10 keine objektive Bestimmung gegeben, — und dies wäre auch ganz unmöglich — sondern es ist vielmehr dem Richter anheimgestellt, ob er ausliefern wolle oder nicht, aber trotzdem bedeutet diese Bestimmung einen grossen Fortschritt im schweizerischen Auslieferungsrecht, denn es wird in der Schweiz kein gemeiner Mörder mehr Asyl finden. Die Anarchisten werden in Zukunft ganz unbarmherzig ausgeliefert werden, dagegen wird auch fernerhin jeder rechtschaffene und ehrbare Mann, der um wirkliche und wahre Freiheit und Recht gekämpft hat, in unserem Lande ein Asyl finden. Das ist der Wille des Schweizervolkes, — wenigstens aller „Ordnungsmenschen“, und Gottlob sind sie in der Mehrzahl —

das nicht duldet, dass unser schönes Land zu einer Verbrecherhalle werde¹⁾).

III. *Die Bestimmungen in den Verträgen.*

In allen schweizerischen Auslieferungsverträgen ist der Grundsatz ausgesprochen, dass wegen „politischen Verbrechen“ keine Auslieferung stattfinde²⁾. Unter diesem Ausdruck sind selbstverständlich nicht jene rein politischen Delikte gemeint, wie wir sie in § 5 kennen gelernt haben, sondern vielmehr die „relativ“ oder „konnex“ politischen Verbrechen und Vergehen. Dies ist ganz besonders klar ausgedrückt in der Uebereinkunft zwischen der Schweiz und Belgien betreffend die Abänderung des Auslieferungsvertrages, welche am 11. September 1882 abgeschlossen wurde. „Die Auslieferung kann niemals bewilligt werden wegen politischer Verbrechen oder Vergehen, *oder wegen Handlungen, die mit solchen Verbrechen oder Vergehen zusammenhängen*“ (Art. I, Abs. 1). Aehnlich lautet auch Art. 4 des Vertrages mit Portugal: „In keinem Falle darf die Auslieferung wegen politischer Verbrechen oder Vergehen *oder wegen irgend eines andern darauf bezüglichen Grundes stattfinden*.“ Die Verträge mit Nordamerika, Grossbritannien und dem deutschen Reiche wollen ebenfalls das Gleiche sagen, indem sie bestimmen, dass die Auslieferung nicht stattfinden soll, wenn die strafbare Handlung, wegen deren die Auslieferung

¹⁾ Vergl. auch das kleine, aber vortrefflich geschriebene Schriftchen *Droit d'Asyl*, Publication du Journal de Genève, Genève 1889.

²⁾ *Blumer-Morel*: Bundesstaatsrecht, 2. Aufl., II, 2, pag. 555 ff.; *Berney*: L'extradition des malfaiteurs, pag. 65 ff.; *Töndury*: a. a. O., pag. 58.

verlangt wird, einen „*politischen Charakter*“ an sich trägt. Der grösste Teil der Verträge drückt diese Gleichstellung der absoluten mit den relativ-politischen Delikten dadurch aus, indem sie ausdrücklich normieren, dass kein Individuum, dessen Auslieferung bewilligt worden ist, wegen eines vor der Auslieferung begangenen politischen Vergehens verfolgt oder bestraft werden dürfe und ebensowenig wegen einer Thatsache, die mit einem solchen Verbrechen in Verbindung steht. Diese Fassung enthalten die Verträge mit den Niederlanden (Art. 4), Italien (Art. 3), Frankreich (Art. 3), Russland (Art. 6), Deutschland (Art. 4), Luxemburg (Art. 3), Spanien (Art. 5), Salvador (Art. 6), Monaco (Art. 6) und endlich Serbien (Art. 6).

Es herrscht demnach in allen schweizerischen Auslieferungsverträgen mit Beziehung auf die politischen Delikte vollkommene Einheit. Nach allen sind nicht nur die *rein politischen* Verbrechen von der Auslieferung ausgeschlossen, sondern auch die *konnexen*, also diejenigen, welche mit dem politischen Delikt in einem gewissen innern Zusammenhang stehen. Eine vorzügliche Interpretation über diesen Punkt giebt die schweizerische Note an den Minister des Königs von Serbien vom 28. November 1887 ¹⁾, woselbst es u. a. heisst: Es ist ein Irrtum, zu glauben, es verweigere die Schweiz die Auslieferung derjenigen Personen, die sich eines Verbrechens gegen einen Souverän oder seine Familienglieder schuldig gemacht haben.

Weder der Text der Auslieferungsverträge noch diesseitige Entscheide rechtfertigen eine solche Annahme.

¹⁾ Vergl. 33, 15.

Alle unsere Verträge verpflichten uns zur Auslieferung in den Fällen von Mord, Meuchelmord oder Vergiftung, ohne dass *in Bezug auf die Person*, gegen welche das Verbrechen begangen wird, irgend ein Unterschied gemacht wäre. Der Königsmörder steht auf der gleichen Linie, wie der Mörder eines jeden Menschen.

Allerdings machen die Verträge einen Vorbehalt in Bezug auf *die Natur des Verbrechens*, indem sie bei politischen Verbrechen die Pflicht zur Auslieferung ausschliessen, und es ist klar, dass dieser Vorbehalt auch zutreffen kann, wenn es sich um ein gegen die Person eines Souveräns begangenes Verbrechen handelt. Daraus folgt nun aber keineswegs, dass die Schweiz ein jedes gegen einen Souverän begangenes Verbrechen von vornherein als ein politisches ansehe und unter allen Umständen die Auslieferung verweigere. Niemals ist weder von einer politischen, noch von einer richterlichen Behörde eine derartige Folgerung aus den Verträgen gezogen worden.

Diese Behörden werden immer im einzelnen Fall untersuchen, ob einem Verbrechen die politische Qualifikation zukomme oder nicht. Dies ist der Standpunkt, den die Schweiz einnimmt. Daneben giebt es aber noch zwei andere Theorien. Nach der einen ist das Attentat gegen den Souverän stets ein politisches Verbrechen, woraus folgt, dass in jedem Falle Nichtauslieferung, gestützt auf den Grundsatz des Vorzugs politischer Verbrechen, stattfindet. Nach der andern Theorie dagegen ist der Mord stets gemeines Verbrechen, wer immer auch das Opfer sein mag, wonach konsequenter Weise immer Auslieferung gewährt wird,

da es eben nach dieser Theorie keinen politischen Mord giebt.

Nach diesen Grundsätzen wird es der Schweiz immer möglich sein, ihre Pflicht gegen die übrigen Staaten zu erfüllen. Weiter kann sie aber nicht gehen. Sie kann von der Regel, welche für die politischen Verbrechen allgemein und überall gilt, nicht eine Ausnahme machen, die stets nur für den Mitkontrahenten und nie für sie selbst zur Anwendung kommen könnte.

Ferner ist noch hervorzuheben, dass bei Strafsachen politischer Natur die Staaten weder einander Akten zustellen, noch Zeugen zum persönlichen Erscheinen auffordern, also in keiner Beziehung einander gegenseitige Rechtshilfe zu leisten verpflichtet sind ¹⁾).

Man hat versucht, aus den Bestimmungen über die politischen Verbrechen, wie sie sich in den verschiedensten Auslieferungsverträgen vorfinden, eine allgemein gültige Definition des politischen Delikts herzuleiten ²⁾. Aber auch damit scheint man nicht gerade weit gekommen zu sein. Wenn wir auf Grundlage der Satzungen in den schweizerischen Verträgen das politische Verbrechen definieren wollten, würden wir etwa so sagen: *Unter politischem Verbrechen versteht man die gegen den Staat, die Staatsbehörden in ihren staatlichen Funktionen und gegen die politischen Rechte der Staatsbürger gerichteten strafbaren Handlungen, sowie*

¹⁾ S. z. B. Vertrag mit Belgien, Art. 13, 14 u. 15 und Russland ebenfalls, Art. 13, 14 u. 15.

²⁾ Siehe *Lammasch*: Auslieferungspflicht und Asylrecht, pag. 255 ff.

alle andern strafbaren Handlungen, welche ihrer innern Natur nach mit den erstern verbunden sind.

Dass aber auch diese Definition nicht eine die politischen Verbrechen erschöpfende ist, geht aus dem bereits Ausgeführten hervor.

§ 36.

Die Praxis des Bundesgerichts in politischen Auslieferungssachen.

Ueber streitige Auslieferungsbegehren fremder Staaten entscheidet das Bundesgericht ¹⁾. Dasselbe urteilt auf Grund der Akten, und zwar werden bloss diejenigen Einsprachen des Angeklagten berücksichtigt, welche sich auf das schweiz. Auslieferungsgesetz, auf einen Staatsvertrag oder auf eine Reziprozitätserklärung stützen. Die Schuldfrage hat das Bundesgericht nicht zu prüfen. Dasselbe kann das persönliche Erscheinen des verhafteten anordnen und ihm einen Rechtsbeistand begeben. Der Generalanwalt hat das Recht, sich an der Voruntersuchung und an der Hauptverhandlung zu beteiligen. Er vertritt hierbei die Interessen der Eidgenossenschaft ²⁾. Zur Entscheidung über Auslieferungsbegehren fremder Staaten tritt das Bundesgericht zu einer Plenarsitzung zusammen, d. h. es müssen mindestens elf Mitglieder anwesend sein ³⁾. Die Verhandlung hat öffentlich stattzufinden, wenn das Gericht nicht aus gewichtigen Gründen, die im Protokoll vorzunehmen sind, den

¹⁾ Auslieferungsgesetz, Art. 24; Organisationsgesetz, Art. 23, 3 und Bundesverfassung, Art. 113, Ziff. 3.

²⁾ Auslieferungsgesetz, Art. 23.

³⁾ Organisationsgesetz, Art. 23, Satz 3 und Art. 24.

Ausschluss der Öffentlichkeit verfügt ¹⁾. Eine mündliche Schlussverhandlung hat bis dato in Auslieferungssachen noch nie stattgefunden ²⁾.

Im Folgenden teilen wir eine Anzahl derjenigen Fälle aus der bundesgerichtlichen Praxis mit, in welchen eine Auslieferung wegen politischen Vergehen nicht gewährt wurde, resp. der Angeklagte die Behauptung aufstellte, ein politisches Vergehen begangen zu haben.

I. *Fall Kompowsky*. Die kaiserlich-russische Gesandtschaft in Bern verlangte beim schweiz. Bundesrat mit Note vom 28. Juli 1884 die Auslieferung des *Renouald Kasimir Kompowsky*. Derselbe wurde des Amtsmissbrauches und der Fälschung, begangen im Amte, beschuldigt. Er stand teilweise seine Vergehen ein, behauptete aber, dieselben im Interesse der nihilistischen Partei, welcher er selbst angehöre, begangen zu haben. Auf diese Einrede des Angeklagten bemerkt nun das Bundesgericht: Kompowsky behauptet, dass die ihm zur Last gelegten Handlungen als politisches Delikt deshalb zu qualifizieren seien, weil er aus politischen Motiven und zu politischen Zwecken gehandelt habe, da er bezweckt habe, den Betrag der Preobarschenskyschen Verlassenschaft der russischen revolutionären Partei zuzuwenden, um diese in ihrem Kampfe gegen die russische bestehende Staatsordnung zu unterstützen. Es kann nun dahingestellt bleiben, ob, wenn diese Behauptungen Kompowskys erwiesen wären, ein politisches oder einem politischen Ver-

¹⁾ Auslieferungsgesetz, Art. 23, Abs. 3.

²⁾ S. auch *Lammasch*: Auslieferungspflicht und Asylrecht, pag. 633.

brechen konnexes Delikt im Sinne des Art. 6 des Auslieferungsvertrages vorläge. Denn für die gedachten Behauptungen Kompowskys liegt im Wesentlichen nichts anderes vor als dessen eigene Aussagen. Nun steht aber soviel unter allen Umständen fest, dass der eines seinem objektiven Thatbestande nach gemeinen Deliktes wegen Verfolgte die Auslieferung nicht einfach dadurch abwenden kann, dass er behauptet, die verbrecherische Handlung aus politischen Gründen und zu politischen Zwecken begangen zu haben, sondern dass es ihm, wenn er sich hierauf berufen will, jedenfalls obliegt, dies darzuthun, d. h. solche Umstände zur Ueberzeugung des Richters nachzuweisen, aus welchen die politische Zweckbeziehung des Delikts folgt. Hieran mangelt es, wie bemerkt, im vorliegenden Falle, und es ist daher die Einsprache des Requirierten aus diesem Grunde abzuweisen, ohne dass es einer nähern Erörterung des Begriffes des politischen Delikts im Sinne der Auslieferungsverträge bedürfte.

Das Bundesgericht bewilligte demnach die Auslieferung wegen Amtsmissbrauches und Fälschung, behielt sich dagegen ausdrücklich vor, dass der Ausgelieferte wegen allfällig vor der Auslieferung begangener politischer Vergehen, oder wegen That-sachen, die mit solchen Vergehen in Verbindung stehen, in keinerlei Weise verfolgt oder bestraft werden dürfe ¹⁾).

II. *Fall O'Danne*. Mit Note vom 26. April 1888 beantragte die kaiserlich-deutsche Gesandtschaft in Bern beim schweizerischen Bundesrate die Auslieferung des *August Sidney O'Danne*, welcher des Erpressungs- und Betrugsversuches beschuldigt wurde. Der Requi-

¹⁾ Entsch. des Bundesgerichts, Bd. XII, pag. 120 ff.

rierte protestierte jedoch gegen seine Auslieferung, indem er geltend machte, dieselbe werde nur verlangt, weil man ihn wegen Hochverrates verfolgen wolle und weil er seit drei Jahren Frankreich Dienste geleistet habe. Dies bestritt jedoch die kaiserlich-deutsche Gesandtschaft entschieden, indem sie bemerkte, die kaiserlich-deutsche Regierung würde gar nicht in der Lage sein, dies zu thun, denn es fehle derselben jeder Beweis dafür, dass O' Danne sich einer strafbaren Handlung politischen Charakters gegen das deutsche Reich oder einen der deutschen Bundesstaaten schuldig gemacht habe.

Das schweizerische Bundesgericht sagt in Beziehung auf diesen Punkt in Erwägung 3: Nach Art. 4 des schweizerisch-deutschen Auslieferungsvertrages soll die Auslieferung nicht stattfinden, wenn die strafbare Handlung, wegen der die Auslieferung verlangt wird, einen politischen Charakter an sich trägt, oder wenn die auszuliefernde Person beweisen kann, dass der Antrag auf ihre Auslieferung in Wirklichkeit mit der Absicht gestellt werde, sie wegen eines Verbrechens oder Vergehens politischer Natur zu verfolgen oder zu bestrafen. Diejenige That nun aber, wegen welcher der Requirierte gemäss dem Haftbefehle und der ergänzenden Sachdarstellung des Amtsgerichtes Berlin in Deutschland verfolgt wird, ermangelt offenbar jeder politischen Zweckbeziehung; es ist nicht ersichtlich, dass dieselbe mit politischen, auf Gefährdung der innern oder äussern Sicherheit des deutschen Reichs oder seiner Einzelstaaten abzielenden Bestrebungen in irgend welcher Weise näher oder entfernter zusammenhänge; vielmehr erscheint dieselbe ausschliesslich als gemeines Verbrechen, resp.

Versuch eines solchen. Ebenso wenig hat der Requirierte bewiesen, dass in Wirklichkeit, entgegen dem Wortlaute des Haftbefehls, seine Auslieferung mit der Absicht verlangt werde, ihn wegen eines Delikts politischer Natur zu verfolgen oder zu bestrafen. Die Akten geben hiefür, ja überhaupt für eine wirkliche ernstgemeinte politische, gegen das deutsche Reich oder seine Bundesstaaten gerichtete Bethätigung des O'Danne gar keinen Anhaltspunkt. Selbstverständlich ist übrigens, nach Art. 4, Absatz 2 des schweizerisch-deutschen Auslieferungsvertrages, dass O'Danne in Deutschland wegen keines vor der Auslieferung verübten politischen Verbrechens oder Vergehens und wegen keiner mit einem solchen politischen Delikte im Zusammenhange stehenden Handlung zur Untersuchung gezogen oder bestraft oder an einen dritten Staat ausgeliefert werden darf.

Aus diesen Gründen wurde denn auch die Auslieferung an Deutschland bewilligt ¹⁾.

III. *Fall Malatesta*. Durch Urteil des korrektiven Gerichtetes von Rom vom 1. Februar 1884 wurde *Enrico Malatesta* von Santa Maria Capua Venere gemeinsam mit sieben andern Angeklagten der Teilnahme an einer Verbrecherverbindung mit dem Zwecke, Vergehen gegen Personen und Eigentum zu verüben, schuldig erklärt und zu drei Jahren Gefängnis verurteilt. Dieses Urteil führt im Wesentlichen aus: Malatesta habe im Jahre 1881 an dem Sozialistenkongress in London Teil genommen. Dort seien folgende Resolutionen gefasst worden: Sozialrevolution behufs Umsturzes des bestehenden Regierungssystems und

¹⁾ Entsch. des Bundesgerichts, Bd. XIV, pag. 434 ff.

Eroberungen des Landes und des Kapitals. Zusammenwirken aller Arbeiterklassen zur Errichtung des Reiches der Anarchie! Notwendigkeit, die Massen hiefür vorzubereiten durch Gewöhnung an den Umsturz. Der Kongress sei vom Präsidenten (Crapotkin) mit der Aufforderung geschlossen worden, die Mitglieder sollten in ihre Länder zurückkehren und sich in ihren Ideen bestärken. Aus ihren Statuten ergebe sich im fernern, dass die um Aufnahme Nachsuchenden sich gänzlich der sozialen Revolution haben weihen müssen. Die Propaganda der That sei von diesem Vereine intensiv betrieben worden. Beim Herannahen des 18. März (1883) habe man beschlossen, diesen Tag mit einem *principio di excuzione* zu feiern. In der Nacht des 17. seien an die Mauern Roms Proklamationen angeschlagen worden, deren Inhalt die Londoner Resolutionen wiedergegeben habe; ebenso schwarze Fahnen aufgehisst mit der roten Inschrift: „Es lebe die Kommune!“ Es erscheine diese Gesellschaft danach nicht mehr als ein politischer Verein, sondern als eine „Verbrecherverbindung“, da dieselbe die Revolution mit nachfolgender Anarchie bezweckt habe.

Durch Urteil vom 11. September 1891 verweigerte das Bundesgericht die Auslieferung des Enrico Malatesta und begründete seinen Entscheid in der Hauptsache folgendermassen: Es ist richtig, dass die gegen den Requirierten ergangenen Strafurteile feststellen, dieser habe einer Verbrecherverbindung angehört, welche zum Zwecke gehabt habe „Vergehen gegen Personen und Eigentum“ zu verüben und dass die letztere Bezeichnung Auslieferungsverbrechen, wie Totschlag und Raub, in sich begreift. Allein ebenso

unzweifelhaft ist, dass gemäss Art. 3 des Auslieferungsvertrages die Auslieferung auch wegen der in Art. 2 dieses Vertrages aufgezählten Thatbestände dann zu verweigern ist, wenn das Vergehen nicht als ein gemeines, sondern als ein politisches erscheint. Art. 3 beschränkt in diesem Sinne den Art. 2; er schliesst, wie überhaupt die sämtlichen schweizerischen Auslieferungsverträge, die Auslieferung nicht nur für die absolut, sondern auch für die relativ politischen Delikte, welche gleichzeitig den Thatbestand eines gemeinen Verbrechens erfüllen, aus. Dies kann gewiss nicht bezweifelt werden. Die Auslieferung wegen Vergehen, welche an sich unter die Bestimmung des Art. 2 des Auslieferungsvertrages fallen, wie z. B. Totschlag und dgl., ist gemäss Art. 3 dann ausgeschlossen, wenn die That eine politische ist, z. B. zum Zwecke der Durchführung einer Revolution begangen wurde. Die Frage, ob ein an sich unter Art. 2 des Auslieferungsvertrages fallender Thatbestand als politisches Delikt sich qualifiziere und daher die Auslieferung zu verweigern sei, ist vom ersuchten Staate selbständig, auf Grund gewissenhafter Würdigung der sämtlichen Umstände des Einzelfalles, zu prüfen und zu entscheiden; der Ausspruch der Gerichte oder sonstigen Behörden des ersuchenden Staates, dass es sich um ein gemeines Verbrechen handle, bindet den ersuchten Staat nicht und enthebt dessen Behörden nicht des Rechtes und der Pflicht eigener Prüfung des Sachverhaltes. Wird danach im vorliegenden Falle untersucht, ob es sich um ein politisches Delikt handle, so ist diese Frage zu bejahen. Die Verbindung, wegen deren der Requirierte bestraft worden ist, bezweckt nach der Darstellung der ergangenen Strafurteile den

Umsturz der bestehenden staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung, um an deren Stelle ein anderes politisches und wirtschaftliches System, dasjenige der „Anarchie“ zu setzen; deren ausgesprochener Zweck ist also zweifellos ein politischer. Da sie ihre Ziele, die Beseitigung der bestehenden politischen Gewalten und andere Verteilung der wirtschaftlichen Güter, wie nach den vorliegenden Urteilen angenommen werden muss, nicht etwa nur auf dem Wege der friedlichen Propaganda, sondern auf dem Wege der Gewalt zu erreichen strebt, so ist allerdings anzuerkennen, dass ihr Zweck die Begehung von Verbrechen gegen Personen und Eigentum involviert. Allein dafür, dass es dabei auf die Verübung gemeiner, mit einem auf politische Zwecke gerichteten Unternehmen gar nicht oder nur locker zusammenhängender Verbrechen abgesehen sei, liegt nicht das Mindeste vor. Die Propaganda der That, welche die Gesellschaft bis jetzt entwickelt hat, beschränkt sich auf Aufreizungen zum Aufruhr durch Verbreitung aufrührerischer Proklamationen und Aufhissen revolutionärer Fahnen; sie bewegt sich also durchaus in der Bahn politischer und nicht in derjenigen gemeiner Verbrechen, und es berechtigt nichts zur Annahme, dass die Gesellschaft in That und Wahrheit ein anderes bezwecke. Wenn es richtig wäre freilich, dass die Gesellschaft unter dem blossen Scheine der Beschäftigung mit politischen Fragen auf Aneignung fremden Eigentums und dgl. ausginge, so könnte von einem politischen Delikte nicht die Rede sein. Denn es ist klar, dass das blosse Vorschieben politischer oder sozialer Doktrinen den Kampf des Verbrechertums gegen die Gesellschaft, wie er von Alters her durch Diebstahl, Raub und dgl.

geführt wird, nicht zu einem politischen zu stempeln vermag. Allein thatsächlich spricht nun nichts dafür, dass die Gesellschaft in Wirklichkeit nicht eine politische Verbindung, sondern eine Diebs- oder Räuberbande sei. Sie erscheint vielmehr nach allem, was gegenwärtig vorliegt, durchaus als eine revolutionäre politische Verbindung; da sie den gewaltsamen Umsturz der bestehenden gesetzlichen Ordnung vorzubereiten und durchzuführen bezweckt, so sind ihre Zwecke allerdings rechtswidrige; allein die Verbrechen, deren Begehung sie bezweckt, sind nicht gemeine, sondern politische ¹⁾.

IV. *Fall Köster*. Durch Urteil der I. Strafkammer des königl. preussischen Landgerichts in Magdeburg vom 1. Oktober 1891 wurde *Friedrich Köster* aus Rodenburg (Preussen) der Majestätsbeleidigung schuldig erklärt und dafür mit einem Monat Gefängnis bestraft. Das Gericht nahm als feststehend an, Köster habe am 2. oder 3. Mai 1891 mit dem Gastwirt *Hoppe* in Bennechenbach bei Gr. Ottersleben, in dessen Lokal die Anhänger der Sozialdemokratie am 3. Mai 1891 die sozialdemokratische, sog. Maifeier abhalten wollten, wegen der Zurichtung des Lokals für die Feier Rücksprache genommen. Der Saal sei damals mit Fahnen, vorwiegend in den deutschen und preussischen Farben und mit von früheren Festlichkeiten herrührenden Guirlanden geschmückt gewesen; auch seien an der einen Wand die Büsten des Kaiser Wilhelm I, Friedrich III. und des jetzt regierenden Wilhelm II. angebracht gewesen. Köster habe nun, auf diesen Saalschmuck und insbesondere auf die Büsten hinweisend,

¹⁾ Entsch. des Bundesgerichts, Bd. XVIII, pag. 450 ff.

zu Hoppe geäußert: „Der „Grümpel“ muss raus!“ In dieser Äußerung erblickt das Gericht den Thatbestand einer Majestätsbeleidigung. Der Angeklagte hatte geleugnet, die inkriminierte Äußerung gethan zu haben. Der als Zeuge einvernommene Gastwirt Hoppe hatte dieselbe bei einer ersten (unbeeideten) Einvernahme bestätigt, später aber seine Aussage geändert und in der Hauptverhandlung vom 1. Sept. 1891 beschworen, Köster habe den Ausdruck „Grümpel“ nicht gebraucht.

Köster entzog sich der Vollziehung des Urteils durch Flucht in die Schweiz. Gegen Hoppe aber wurde Klage wegen Meineid eingeleitet und gegen den flüchtigen Köster ein Verhaftsbefehl erlassen, worin derselbe der Anstiftung des Meineides beschuldigt war. Gestützt auf diesen Verhaftsbefehl verlangte die kaiserlich-deutsche Gesandtschaft in Bern vom schweizerischen Bundesrat die Auslieferung Kösters. Köster erhob gegen seine Auslieferung Einsprache, indem er u. a. geltend machte, die ihm zur Last gelegte, strafbare Handlung trage einen politischen Charakter an sich. Daraufhin wies der Bundesrat die Akten behufs endgültiger Erledigung des Falles an das Bundesgericht.

Dasselbe spricht sich nun in dem vorzüglich redigierten Entscheid u. a. wie folgt aus: Art. 4, Abs. 1 des schweizerisch-deutschen Auslieferungsvertrages statuiert den Ausschluss der Auslieferung ganz allgemein für alle strafbaren Handlungen, die einen politischen Charakter an sich tragen. Damit ist die Auslieferung nicht nur für die absolut, sondern auch für die relativ-politischen Delikte, die gleichzeitig den Thatbestand eines gemeinen Verbrechens erfüllen, aus-

geschlossen. Art. 4 statuiert nicht nur, dass wegen der absolut politischen Delikte (die ja ohnehin in Art. 1 nicht als Auslieferungsdelikte aufgezählt, und daher stillschweigend von der Auslieferungspflicht ausgeschlossen sind) die Auslieferung nicht stattfindet, sondern er enthält eine Einschränkung des Art. 1; er schreibt vor, dass wegen Verbrechen, die an sich unter die Bestimmungen des Art. 1 des Auslieferungsvertrages fallen, die Auslieferung dann zu verweigern sei, wenn die That einen politischen Charakter an sich trägt. Dies ergibt, wie der ganz allgemeine Wortlaut des Art. 4, Abs. 1, so auch die Vergleichung des Abs. 2 dieses Artikels und entspricht übrigens der in den Auslieferungsverträgen der Schweiz stets festgehaltenen Regel (vergl. Lammasch: Auslieferungspflicht und Asylrecht. S. 247 ff., insbes. S. 262, Anm. 2). Die Auslieferung ist also auch ausgeschlossen wegen strafbarer Handlungen, die mit einem politischen Verbrechen oder Vergehen im Zusammenhange stehen.

Der Meineid, zu welchem der Requirierte angestiftet haben soll, wurde in einem gegen letztern wegen Majestätsbeleidigung geführten Prozesse geleistet, die Anstiftung soll zu dem Zwecke erfolgt sein, um durch das falsche Zeugnis des Angestifteten der Verurteilung wegen Majestätsbeleidigung zu entgehen. Da die Majestätsbeleidigung, wie auch die deutsche Gesandtschaft anerkennt, ein politisches Delikt ist, die Anstiftung zum Meineide dagegen sich als Delikt gegen die Rechtspflege erweist, so kann dieser That der Charakter eines politischen Delikts nicht abgesprochen werden. Eine politische Zweckbeziehung ist gegeben. Allerdings ist die That nicht begangen, um ein absolut politisches Verbrechen vorzubereiten oder dessen Erfolg zu sichern,

wohl aber bezweckt der Thäter, die staatliche Repression eines von ihm bereits begangenen Delikts zu verhindern. Eine solche That richtet sich nicht gegen diejenigen Interessen, die durch die Bestrafung des politischen Delikts geschützt werden sollen. Der strafrechtliche Schutz dieser Interessen soll vereitelt und damit sollen die Interessen selbst mittelbar verletzt werden. Derartige Handlungen müssen jedenfalls dann als relativ-politische Verbrechen aufgefasst werden, wenn sie, wie hier, sich lediglich gegen den Staat, dessen Organe oder Funktionen richten und kein privates Rechtsgut verletzen. Unter dieser Voraussetzung jedenfalls liegt nicht ein von dem politischen Verbrechen unabhängiges, selbständiges gemeines Verbrechen vor, sondern eine strafbare Handlung, die zwar allerdings den Thatbestand eines gemeinen Verbrechens erfüllt, aber mit dem politischen Verbrechen konnex ist. Der Thäter setzt den durch das politische Verbrechen begonnenen Angriff auf politische Staatsinteressen durch einen neuen Angriff auf ein staatliches Rechtsgut fort, das verhindern soll, dass die Verletzung der Rechtsordnung, wie sie durch das politische Delikt herbeigeführt wurde, durch strafrechtliche Ahndung dieses Delikts ausgeglichen werde. [Vergl. Lammasch a. a. O. S. 243, 294] ¹⁾.

Wenn man nun diese Entscheidungen mit unseren theoretischen Ausführungen über den Begriff des politischen Delikts vergleicht, so wird man sich überzeugen können, dass unsere Auffassung des politischen Verbrechens vollständig der Praxis des Bundesgerichtes

¹⁾ Dieser Entscheid findet sich abgedruckt in Bd. XIX (1893) der landesgerichtl. Entsch., pag. 122 u. ff.

entspricht. Ferner wird man auch immer deutlicher einsehen, dass es wirklich absolut unmöglich ist, eine umfassende Definition des politischen Delikts zu geben; man wird anerkennen müssen, dass die Bedürfnisse des Lebens, in ihren Manigfaltigkeiten, wie sie zu Tage treten, stärker wirken als alle Theorien. Die gegenwärtige Praxis des Bundesgerichtes in Auslieferungssachen ist also vollkommen richtig und es ist an derselben nichts auszusetzen.



Anmerkung.

Wir hatten zuerst im Sinne in einem Anhang das schweizerische Anarchistengesetz, sowie die diesbezüglichen Gesetze des Auslandes zum Abdruck zu bringen, und dieselben zu erläutern. Dies ist jedoch nicht möglich, da es mit der Ablieferung der nötigen Exemplare an die staatswissenschaftliche Fakultät Eile hat.

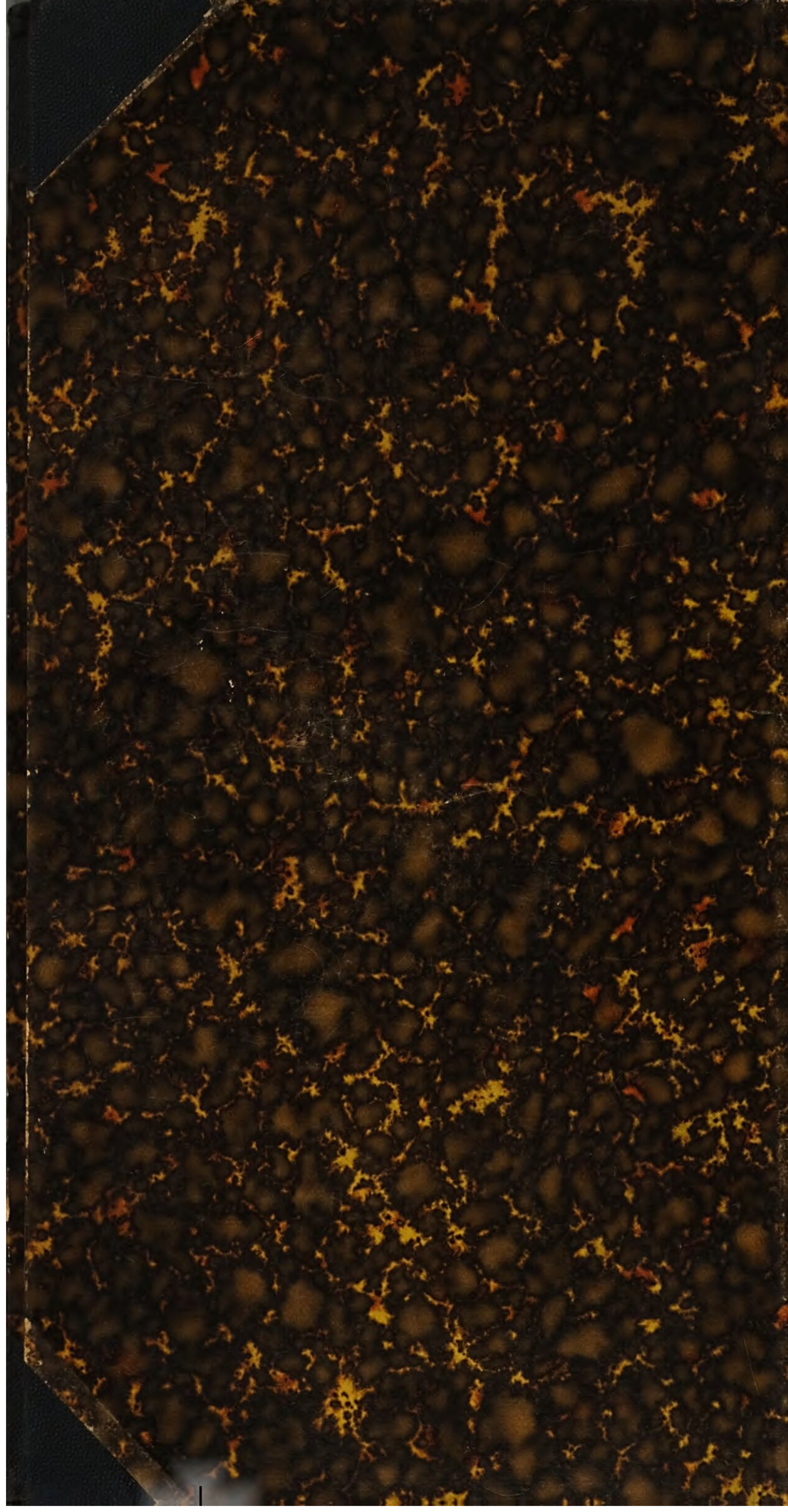
Die betreffende Arbeit wird also nächstens separat erscheinen.

AN INTRODUCTION

The history of the world is a story of the struggle for the mastery of the world. It is a story of the struggle for the mastery of the world, and it is a story of the struggle for the mastery of the world. It is a story of the struggle for the mastery of the world, and it is a story of the struggle for the mastery of the world. It is a story of the struggle for the mastery of the world, and it is a story of the struggle for the mastery of the world.

The history of the world is a story of the struggle for the mastery of the world. It is a story of the struggle for the mastery of the world, and it is a story of the struggle for the mastery of the world. It is a story of the struggle for the mastery of the world, and it is a story of the struggle for the mastery of the world.

Bögl



Bader, Reinhold,

Der Begriff des politischen Delikts nach schweizerischer Gesetzgebung und
Praxis

Zürich 1894

Crim. 9 df

urn:nbn:de:bvb:12-bsb11583795-8